Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 85 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 5465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei öfterm. Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 19. | Dresden, Montag den 25. Januar 1909. | 20. Jahrg.

Block-Brüder.

Himmeljauchzend — zum Tode betrübt — in den schärfsten Gegensätzen eilt die Reichspolitik seit den „nationalen Wahlen" in der Block-Aera dahin. Einen Tag ist alles herrlich und wohlbestellt, den nächsten ist alles im Nebel und Krisenluft weht; dann macht Bülow wieder Sonnenschein und dann ist's schnell wieder dunkel und kalt. Noch nie war eine Zeit im Deutschen Reiche so voll Unsicherheiten und kritischen Zwischenfällen, als die wundervolle Zeit der Blockpolitik, die ja ganz neue und berauschende Freudigkeiten dem deutschen Volke bringen sollte.

Augenblicklich liegt der Hauptkrisenherd bei der Finanzreform, insbesondere bei der Nachlaßsteuer. Unter den Konservativen herrscht schon seit den Kaiserdebatten im November ein gehöriges Durcheinander. Damals schon gab es einen Tag scharfe Worte gegen Bülow, um am andern Tage wieder einzulenken. Jetzt ist es wieder so. Die Konservativen schwanken zwischen mehreren taktischen Möglichkeiten. Die einen sagen: Fort mit Bülow, wenn er den Grundbesitz besteuern will! Die andern hoffen noch Bülow einschüchtern zu können, daß er von der Nachlaßsteuer absieht.

Aber nicht nur die Nachlaßsteuer ist der Grund der konservativen Unzufriedenheit, sondern die Blockpolitik überhaupt. Diese Blockpolitik ist eben den Konservativen nur so lange recht, als sie die Konservativen nicht das geringste kostet. Wenn aber die Regierung aus Rücksicht auf die bürgerlichen Blockparteien auch nur den Schein einer preußischen Wahlreform zulassen will, so ist es ganz aus mit der konservativen Blockfreudigkeit. Zu alledem kommt natürlich fortdauernd der Kampf um den Kaiser.

Die scharfen Aeußerungen des Draufgängers v. Oldenburg auf der westpreußischen Junkerversammlung sind in der konservativen Presse wohl ein wenig abgeschwächt worden. Aber andrerseits tritt die parteioffiziöse Kons. Korrespondenz, die in der Novemberkrisis die Anti-Bülow-Note schärfer anschlug, auf die Seite der rabiaten Oldenburge. Sie erklärt:

„In Nr. 58 des Tag findet sich unter der Politischen Rundschau eine Mitteilung über die Stellungnahme der konservativen Partei als solche zu der Danziger Rede des Herrn v. Oldenburg, welche den Anschein erweckt, als ob die Parteileitung mit den Hauptgedanken des Herrn v. Oldenburg, insonderheit auch bezüglich der Nachlaßsteuer, nicht einverstanden sei. Eine solche Auffassung liegt der konservativen Parteileitung fern."

Aber auch die Kreuzzeitung ist recht erregt wider Bülow, weil er von den Konservativen Nachgiebigkeit in der Nachlaßsteuerfrage gefordert habe, anstatt Mahnungen an die andere Blockseite, an den Freisinn, zu richten: Sie schreibt in ihrer letzten Wochenrundschau:

„Weit näher hätte es gelegen, dem Freisinn ins Gewissen zu reden. Er hat in die Reichsdagskommission Abgeordnete gesandt, die ihren Lebenszweck darin sehen, den verhaßten Agrariern nicht nur Widerstand zu leisten, sondern ihnen auch bei jeder Gelegenheit „eins auszuwischen". Mit solchen Politikern werden die Konservativen auch beim besten Willen kein Kompromiß zustande bringen können. Der Reichskanzler sieht ja, wie der Freisinn mit dem Zentrum das Branntweinhandelsmonopol in der Kommission zu Falle bringen will und in allen wirtschaftspolitischen Fragen ohne Rücksicht auf das Zustandekommen der Finanzreform sein Parteiprogramm und seine Parteigrundsätze den Ausschlag geben läßt. Eine energische Mahnung an den Freisinn, sich nicht vom Doktrinarismus leiten zu lassen, wäre also wohl angebracht gewesen. Statt dessen nur von den Konservativen Opfer zu verlangen, ist zum mindesten nicht diplomatisch. Im äußersten Falle werden von den Konservativen jetzt 5 bis 6 Stimmen für die Nachlaßsteuer zu gewinnen sein, und da im Zentrum auch nur 10 bis 15 Stimmen dafür eintreten, so kann die Nachlaßsteuer tatsächlich als aussichtslos gelten. Dasselbe gilt von der Beschränkung des Intestaterbrechts zugunsten des Reiches, eines Gesetzesvorschlages, von dessen gefährlicher Tendenz sich die Konservativen immer mehr überzeugt haben, und den sie zu Fall bringen können, wie die Abstimmung in der Kommission gezeigt hat. Sollten solche Forderungen trotzdem aufrecht erhalten bleiben, so müßten die Konservativen sich zur Durchführung der Finanzreform nach einer anderen Bundesgenossenschaft umsehen."

Man sieht: die Freundschaft zwischen den Blockbrüdern ist wieder einmal überaus innig! Bülow aber hat die Aufgabe, wieder einmal zwischen diesen guten Freunden zu vermitteln. Die Gefahr ist groß, daß er sich zwischen die Stühle setzt und auf die Erde purzelt. Vielleicht aber gelingt es ihm auch nochmals, über diese Krisis hinauszukommen. Bis zur nächsten Krisis! Wahrlich ein erbaulicher Zustand des politischen Lebens!

•

Bülow und der Kaiser.

Unsere Mitteilungen über die eigentlichen Beweggründe der letzten Rede des Reichskanzlers im preußischen Abgeordnetenhause werden jetzt von verschiedenen bürgerlichen Blättern bestätigt. So erklärt die Köln. Volksztg., es sei ein offenes Geheimnis, daß die Meinungsverschiedenheiten in der konservativen Fraktion in der letzten Zeit zuweilen einen krisenhaften Charakter angenommen hätten. Die Verstimmung gegen den Fürsten Bülow könne zu Weiterungen aber nur unter der Voraussetzung führen, daß die Konservativen noch die frühere Aktionskraft besäßen und das Ohr des Kaisers für sich hätten. In der Umgebung des Kaisers ständen aber heute Vertraute Bülows, deren mächtigster der Oberhofmeister v. Mirbach sei, der oft Vermittler von Bülows sonst schwer durchzusetzenden Wünschen gewesen sei. Mirbachs Einfluß sei es auch gelungen, die Erregung des Kaisers über die Daily-Telegraph-Affäre zu beruhigen. Die Nationalzeitung meint dazu, daß die „Offenbarungen" der Köln. Volksztg. nichts Neues enthielten. Es ist also richtig, daß die Stellung des Reichskanzlers heute nur noch auf seiner Freundschaft mit einem stark ramponierten Hofmann beruht.

Wahlrechtsdemonstrationen in Berlin.

Eine Berliner Telegraphen-Agentur meldet vom Sonntag: Für den heutigen Sonntag hatte die sozialdemokratische Parteileitung eine Anzahl Versammlungen einberufen mit der gemeinsamen Tagesordnung: Freies Wahlrecht oder Mandatskassierung und Ausnahmegesetze. Referenten waren: Boeske, Bernhard Bruns, Eichhorn-Mannheim, Emmel-Mülhausen, Richard Fischer, Adolf Hoffmann, Hugo Heimann, Paul Hirsch, Lehmann-Wiesbaden, Ledebour, Pfannkuch, Robert Schmidt, Singer, Stadthagen, Ströbel, Wels, Zietsch, Zubeil. Die Redner nahmen zu dem Versuch, die sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Preußischen Landtage durch Einlegung von Wahlproteſten zu entfernen, Stellung und geißelten dieses Verfahren in schärfsten Worten. Die Versammlungen verliefen im allgemeinen ruhig. Von den Einberufern wurde zum Schluß die Versicherung abgegeben, daß, im Falle die Mandate der sozialdemokratischen Abgeordneten im Preußischen Landtage als ungültig erklärt werden sollten, die sozialdemokratische Partei mit aller Energie in die Wahlagitation eintreten wolle, und daß sie nicht früher ruhen werde, bis das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe für alle Personen über 21 Jahre ohne Rücksicht auf das Geschlecht durchgeführt ist.

Eine Meldung eines anderen Bureaus besagt noch: Die am Sonntag stattgefundenen Wahlrechtsdemonstrationen, die sich an 18 gleichzeitige, ruhig verlaufene starkbesuchte Versammlungen anschlossen, nahmen einen großen Umfang an. Es nahmen daran etwa 50 000 organisierte Sozialdemokraten teil, die truppweise vom Norden und Osten nach dem Stadtinnern zogen und dabei Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausbrachten. Am Hausvogteiplatze sammelten sich 10 000 Personen an. Ueber Ausschreitungen ist näheres noch nicht bekannt. — Eine weitere Meldung besagt: Nach Beendigung zahlreicher sozialdemokratischer Versammlungen, wo Resolutionen betreffend das allgemeine Wahlrecht gefaßt wurden, versuchten mehrere Trupps Unter den Linden zum Kgl. Schlosse vorzudringen. Die Polizei zerstreute die Demonstranten. Nach einigen bedeutungslosen Zusammenstößen gingen die Demonstranten unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht auseinander. — Auch in den Vororten sind die Umzüge ohne ernste Zwischenfälle verlaufen.

• • •

Ferner wird uns aus Berlin geschrieben:

Berlin stand am Sonntag unter dem Eindruck sozialdemokratischer Wahlrechtsdemonstrationen. Weite Straßenzüge der Vorstädte waren erfüllt von gedrängten, das Wahlrechtslied singenden, begeistert bewegten Menschenmassen. Selbst die geheiligte Prachtstraße Unter den Linden konnte, trotz eines Massenaufgebots von Rössern und Reisigen, nicht ganz davor bewahrt werden, daß ihre Fensterscheiben nach den vorschriftswidrigen Rhythmen der Marseillaise klirrten.

Die Stadt war in Quartiere geteilt, von denen jedes von allen anderen durch undurchdringliche Polizistenhecken getrennt war. Der Verkehr des Publikums, nicht bloß der Demonstranten, war dadurch dauernd gehemmt und zeitweilig völlig gelähmt. Wieviel Schäden durch Zeitverlust, Ausbleiben von Gästen in Cafés und Gastwirtschaften usw. verursacht wurden — von den vielen verdorbenen Sonntagsvergnügen ganz abgesehen — läßt sich nicht zählen. Berlin stand vollständig unter dem Terror, allerdings nicht der Arbeiter, sondern — der Polizei.

Der eigentliche Beruf von Straßen, zumal von Straßen einer Weltstadt, besteht nicht darin, daß sie abgesperrt werden. Und die normale Aufgabe der Polizei besteht darin, den Verkehr zu erleichtern und vor Störungen zu bewahren, nicht aber ihn durch Schutzmannsketten zu strangulieren. Solche Maßnahmen läßt sich der friedliche Bürger zur Not einmal im Jahr gefallen, wenn er sich an Leib, Leben und Eigentum bedroht fühlt. Wenn er aber weiß, daß ihm von seiten der demonstrierenden Arbeiter nichts Böses droht, wenn er erfährt, daß diese Leute nichts anderes wollen, als für ein gutes Recht mit friedlichen, wenn auch lebhaften und drastisch wirkenden Mitteln eintreten, dann wird er rasch bemerken, daß der eigentliche Ruhe- und Verkehrsstörer von Berlin nicht die Arbeiterschaft, sondern die Polizei ist.

Der letzte Sonntag hat abermals gezeigt, daß der Polizei gegenüber demonstrierenden Arbeitern nur zwei Möglichkeiten offen bleiben: entweder sie läßt die Arbeiter demonstrieren, oder — sie demonstriert selber für sie. Auf keinen Fall kann sie den Zweck der Uebung verfehlen, der darin besteht, die noch nicht zu politischem Bewußtsein erwachten Teile der Bevölkerung kräftig aufzurütteln. Warum die Menschenmengen auf den Straßen? Wem gelten ihre Hochrufe? Was bedeuten ihre Lieder? Was rennen und reiten die Schutzleute? Warum stoßen und treiben sie friedliche Menschen vor sich hin? Warum sperren sie Straßen und Gassen mit bewaffneter Macht, als ob feindliche Eroberscharen in die Stadt gefallen wären? Das sind Fragen, die sich jetzt dem Gleichgültigsten, Teilnahmslosesten ganz von selber aufdrängen und ihn nicht in Ruhe lassen, bis er die Lösung gefunden hat.

Die Polizei rechnet falsch. Sie vergißt, daß die Gesetze der Straßenstrategie wesentlich verschieden sind von den Gesetzen politischer Logik. Für die politischen Gedanken, die von einer Straßendemonstration ausgelöst werden, gibt es keine verbotenen Straßen und keine Polizeispaliere. Ob da oder dort gegangen wird, und ob es gelingt, sich an diesem oder jenem Punkte zu versammeln, ist verhältnismäßig gleichgültig. Die Schutzleute zwingen die Passanten, bestimmte Wege einzuschlagen, die Demonstranten zwingen das Denken der Bevölkerung in eine bestimmte Richtung. Und so bleiben sie auf alle Fälle die Stärkeren.

Die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei.

Arbeitslosenfrage und Steuerpolitik.

Von unserem Korrespondenten.

j. s. London, 22. Januar.

Die englische Arbeiterpartei hält ihre diesjährige Jahreskonferenz am 27. Januar in Portsmouth ab, und im Anschluß an dieselbe hat die Partei zwei Spezialkonferenzen nach Portsmouth einberufen; die eine davon hat die Arbeitslosenfrage zum ausschließlichen Gegenstand, während die andere sich mit der Frage der Steuerpolitik befassen wird. Die Arbeiterpartei hat mit Bezug auf beide Konferenzen ein erläuterndes Memorandum zum Gebrauche der Delegierten abfassen lassen, in welchem der Zweck und die Bedeutung der Konferenzen eingehend dargelegt wird.

Bei der Spezialkonferenz über die Arbeitslosenfrage wird Genosse Keir Hardie den Vorsitz führen. Mit Bezug auf diese täglich brennender werdende Frage will die organisierte Arbeiterschaft Englands erstens ihre Forderung aufstellen, daß der Staat das Problem der Arbeitslosigkeit ernstlich in die Hand nehmen müsse, und weiter will sie abermals erklären, daß sie an der Arbeitslosen-Vorlage der Arbeiterpartei, welche in der vergangenen Session vom Unterhause in zweiter Lesung abgelehnt wurde, festhält.

Mit Rücksicht auf die zahlreichen Nachwahlen der jüngsten Vergangenheit, bei welchen die konservativen Schutzzöllner gegenüber den Kandidaten der Regierungspartei den Sieg davontrugen, betont das Memorandum nachdrücklich, daß die Versprechungen der Schutzzöllner, sie würden die Arbeitslosenfrage lösen, illusorisch und lügnerisch sind. Die Kreise und Interessen, welche die Schutzzollagitation finanzieren, sind die alten Feinde der Arbeiterschaft — die Grundbesitzer, welche eine höhere Bodenrente vom Volke erpressen wollen, und die Kapitalisten, welche eine größere Macht über die Gewerkschaften gewinnen wollen. Aber auch sonst liefert die erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland, den Vereinigten Staaten und anderen schutzzöllnerischen Staaten einen unwiderlegbaren Beweis dafür, daß keinerlei Aenderung der englischen Zollpolitik diesem furchtbarsten der sozialen Uebel ein Ende bereiten kann.

Bei der vorjährigen Spezialkonferenz in Hull hatte die Arbeiterpartei festgestellt, daß die beispiellose kapitalistische Expansion und der wirtschaftliche Aufschwung des Jahres 1907 je einem Arbeiter eine Einkommenerhöhung von durchschnittlich nicht ganz 30 M. im Jahre gebracht hat. Seitdem haben neuere Statistiken ergeben, daß seit dem Eintritte der wirtschaftlichen Krise und bis zum Monat November 1908 120 000 Arbeiter sich eine Lohnreduzierung von 1,50 bis 2 M. haben gefallen lassen müssen. Das Einkommen der besitzenden Klassen ist dagegen seit dem Jahre 1901 um 147 Millionen Pfund Sterling oder beinahe 3 Milliarden Mark gestiegen. In denselben sieben Jahren ist die Gesamtsumme der Arbeiterlöhne nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar erheblich zurückgegangen. Das ist ein Beweis dafür, daß der Fortschritt der Produktion und die Erhöhung ihrer Ergiebigkeit ausschließlich den besitzenden Klassen zugute kommt, und daß sich die Lage der Arbeiterschaft nicht bloß relativ, sondern auch absolut verschlechtert.

Auf diese fundamentale Tatsache gründet die Arbeiterpartei ihre Forderungen in der Arbeitslosenfrage. Die Vorlage der Arbeiterpartei besteht aus zwei Hauptteilen. Erstens legt sie den Behörden die Verpflichtung auf, den Arbeitslosen entweder Arbeit oder Lebensunterhalt zu verschaffen, und zweitens sieht sie die Maschinerie vor, welche den Behörden ermöglichen wird, dieser Verpflichtung genug zu tun. Zu diesem Zwecke muß der Staat mit den lokalen Verwaltungskörperschaften zusammenwirken. Die Arbeitslosen müssen in produktiven Arbeiten beschäftigt werden, was den heimischen Markt erweitern und so die Arbeitslosigkeit auch mittelbar einschränken wird. Die Denkschrift erkennt, daß

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090125/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

auch diese Maßnahmen nicht imstande sein werden, den wirtschaftlichen Krisen und der Arbeitslosigkeit ein Ende zu machen, denn diese sind dauernde Begleiterscheinungen der auf der Konkurrenz und dem Privateigentum beruhenden Wirtschaftsordnung.

Der Präsident der Arbeiterpartei, Artur Henderson, wird der Konferenz die folgende Resolution vorlegen, welche zwar in theoretischer und logischer Hinsicht nicht ganz einwandfrei abgefaßt ist, aber gerade deshalb ein treues Bild von der Stufe gibt, welche die englische Arbeiterpartei in ihrer Entwicklung zum Sozialismus hin heute erreicht hat:

„Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit nicht durch unsere Freihandelspolitik verursacht ist und auch durch keinerlei Aenderung unseres Zollsystems beseitigt werden kann, daß sie vielmehr eine dauernde Erscheinung unserer gegenwärtigen gewerblichen Organisation ist. Die Konferenz erklärt deshalb, daß das Problem nur gelöst werden kann durch die entschiedene Anwendung der gesetzgeberischen und administrativen Gewalt der Regierung und der lokalen Behörden, einschließlich der Verkürzung der Arbeitszeit der örtlichen und sonstigen Angestellten sowie der Beschützung der Arbeiter vor der Wirkung der Land- und sonstiger Monopole, welche die Dörfer entvölkern, die Städte überfüllen, die Arbeitslöhne herabdrücken, und jenen Teil des nationalen Produktes vergrößern, welcher den müßigen Reichen zufällt. Die Konferenz fordert deshalb die Regierung auf, das am 21. Oktober vom Premierminister gemachte Versprechen, „die dauernden Ursachen und Bedingungen der Arbeitslosigkeit bekämpfen" zu wollen, im Laufe der nächsten Session einzulösen, und erklärt, daß zu diesem Behufe die Grundsätze und die Maschinerie der Arbeitslosen-Bill der Arbeiterpartei angenommen werden müssen."

Bei der Spezialkonferenz über Steuerpolitik wird Genosse Philip Snowden den Vorsitz führen, und sie hat den Zweck, die Haltung der Arbeiterpartei in Fragen der Steuerpolitik festzustellen, und namentlich bestimmte Forderungen mit Bezug auf das Budget des nächsten Jahres aufzustellen.

Die Denkschrift führt aus, daß das Budget von den Regierungen dazu benutzt worden ist, um dem Volke ungerechte und bedrückende Lasten aufzubürden, und zwar auf so geschickte Weise, daß die Massen gar nicht merken, wo sie der Schuh drückte. Nach dem Budgetvoranschlag werden die Staatseinnahmen aus Zöllen und Verzehrungssteuern im laufenden Finanzjahre 31 700 000 Pfund Sterling betragen. Es ist berechnet worden, daß vier Fünftel dieses Betrags von der Arbeiterklasse getragen werden. Diese Besteuerung bedeutet eine staatliche Verkürzung von Einkommen, welche im Durchschnitt so gering sind, daß sie nicht genügen, die zum Lebensunterhalt notwendigen Dinge herbeizuschaffen. Die Erbschaftssteuer, die Vermögens- und Einkommensteuer wird in demselben Zeitraume 32 500 000 Pfund Sterling einbringen. Dies ist der Betrag, welchen die besitzenden Klassen dem Staate entrichten als Gegenleistung für das Privilegium, ein Einkommen von 180 Millionen Pfund Sterling einzuziehen. Damit nicht zufrieden, betreiben die begüterten Klassen nun noch eine Agitation unter dem Namen der Zolltarifreform, deren Zweck die größere Besteuerung der von den Massen konsumierten Waren ist, um dadurch die gegenwärtige Steuerlast der Besitzenden zu verringern.

Die Summe des gesellschaftlich erzeugten Reichtums nimmt jährlich zu; der auf die Arbeiter entfallende Anteil bleibt dagegen stillstehend oder geht zurück. Die Sozialreform hatte sich die Sicherung alles gesellschaftlich erzeugten Reichtums zum Nutzen der Allgemeinheit zum Ziele setzen. Dazu müßten die Finanzen, von einer demokratischen Regierung gehandhabt, ein mächtiges Werkzeug abgeben. Im nächsten Budget werden neue Steuern auferlegt werden müssen. Die Alterspensionen werden mehrere Millionen Pfund Sterling erfordern; für die Arbeitslosenfrage sollten große Summen aufgewendet werden. Nach der Ansicht der Arbeiterpartei ist es von der größten Wichtigkeit, daß diese Summen durch die Besteuerung der großen Einkommen herbeigeschafft werden. Wenn die Armen die für die Alterspensionen und die Arbeitslosen nötigen Steuern zu tragen hätten, so würde das bedeuten, daß diese Reformen den werktätigen Klassen keinen reinen Nutzen bringen könnten.

Die diesbezüglichen Forderungen der Arbeiterpartei sind in der folgenden Resolution zusammengefaßt, welche Genosse Ramsay Macdonald der Konferenz vorlegen wird:

„Die Konferenz fordert eine kräftige Reform des Steuersystems, damit die staatlichen Lasten jenen aufgebürdet werden, die am besten imstande sind, sie zu tragen, und die den größten Schutz und die meisten Vorteile vom Staate erhalten. Die Konferenz ist darum entschlossen, alle Vorschläge zur größeren Besteuerung der Massen, welche jetzt unter dem Namen der Zolltarifreform befürwortet werden, zu bekämpfen. Sie erklärt, daß die heutigen indirekten Steuern die werktätigen Klassen bedrücken und abgeschafft werden sollen. Sie ist der Ansicht, daß die Kosten der sozialen Reformen aus einem Teile des gesellschaftlich erzeugten Reichtums gedeckt werden sollen, welchen sich die Reichen in Gestalt von Rente, Kapitalzins und Unternehmergewinn aneignen, und fordert deshalb die folgenden Reformen im Budget des nächsten Jahres, nämlich: eine besondere Steuer auf große Einkommen, die spezielle Besteuerung der staatlich anerkannten Monopole, die Erhöhung der Erbschaftssteuer, und einen wirklich ernsten Anfang mit der Besteuerung des Grundbesitzes."

Diese Konferenz ist besonders zu begrüßen, weil sie den ersten Fall darstellt, daß sich die Arbeiterpartei mit Fragen der Steuerpolitik ernstlich und selbständig beschäftigt. Allerdings handelt es sich hier nur erst um die Art der Herbeischaffung der Staatseinkünfte, nicht um die Art von deren Herausgabung — für Armee, Flotte und Sinekuren. Aber jeder einzelne Schritt ist erfreulich, mit dem die Arbeiterpartei ihre selbständige Stellungnahme auf ein neues Gebiet des öffentlichen Lebens ausdehnt, denn eben darin liegt die sicherste Bürgschaft für den Fortschritt in England.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag nahm am Sonnabend zunächst die Wechselstempelsteuervorlage debattelos an und wandte sich dann einem dem preußischen Partikularismus mühsam abgerungenen Gesetze zu, durch welches verfügt werden soll, daß die Besitzer in Zukunft an ihrem Wohnorte besteuert werden, auch wenn derselbe jenseits der Landesgrenze liegt, während bisher der Staat die Steuern erhob, der die betreffenden Beamten besoldete. Das Arbeiterinteresse wird durch den Gesetzentwurf sehr wenig, oder doch nur indirekt berührt. Genosse Binder erklärte sich namens unserer Fraktion mit der Tendenz des Gesetzes einverstanden. Eine ganze Schwadron kleinstaatlicher Abgeordneter, Neumann-Hofer aus Lippe-Detmold, Münstermann aus Schaumburg-Lippe, Enders aus Meiningen, von Damm aus Braunschweig, sprachen, ohne Rücksicht auf Fraktionszugehörigkeit, gegen den auch hier zutage tretenden Preußenfanatismus der Junker, der sich doch wieder wenigstens insoweit durchsetzte, daß die ursprünglich für denselben Tag geplante zweite Lesung verschoben wurde.

Hierauf fuhr man in der Besprechung der Interpellationen über das Vereinsgesetz fort. Den wohlbegründeten Anklagen der polnischen Redner suchte sich Bethmann-Hollweg mit einer Geschmeidigkeit, um die Aale und Schlangen ihn beneiden könnten, zu entziehen. Damit handelt er nicht nach dem Geschmack des Reichsverbandsgenerals Liebert, der auch Bethmann-Hollweg gern in Kürassierstiefeln einherstolzieren sähe. Als unfreiwilliger Komiker stellte sich Liebert mit seiner Sonnabendrede ebenbürtig seinem Blockbruder Müller-Meiningen an die Seite, der an diesem Tage erneut den Mund aufzutun sich veranlaßt sah. Uneingedenk der alten Lehre, daß Glashausbewohner nicht mit Steinen schmeißen sollen, jammerte der emeritierte Statthalter von Ostafrika über Boykott und Müller-Meiningen über Beleidigungen, die man seiner erhabenen Person antue. Die saftdicken Schimpfworte Müllers ließ Herr Johannes Kaempf, der während des größten Teils der Sitzung den Präsidentenstuhl zierte, ungerügt hingehen. Der Mann paßt in die Blockgera. Hoffentlich bringt er es noch bis zum schwarzen Adler. Derselbe Blockgreis, der seinen Müller ungestört schimpfen ließ, unterbrach wieder einmal die Rede des Genossen Ledebour, als dieser mit den freisinnigen Verrätern der Volksrechte erneut Abrechnung hielt, mit einem albernen Ordnungsruf. Man versieht die Lobsprüche, die das Organ Kruten-Oertels fortgesetzt dem Herrn Johannes spendet. So ein millionenschwerer Hausagrarier ist ein Vorsitzender nach dem Herzen der Landagrarier.

Am Montag steht der unlautere Wettbewerb auf der Tagesordnung.

Sozialdemokratische Anträge zum Etat des Innern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Etat des Innern eine Anzahl Resolutionen gestellt. Sie betreffen: Schutz der Arbeiter in der Groß-Eisenindustrie, dann wird verlangt eine Verordnung über Einrichtung und Betrieb von Metallschleifereien. Eine andere Resolution verlangt die Vorlegung eines Reichsberggesetzes und eine dritte Resolution bezieht sich auf den Schutz der Arbeiter in der Glasindustrie. In all diesen Anträgen wird eine Verkürzung der Arbeitszeit und die Schaffung sanitärer Einrichtungen sowie Beschränkung der Ueberarbeitszeit verlangt.

Bergarbeiterschutz.

Der gemeinschaftliche Landtag für die Herzogtümer Koburg-Gotha beschäftigte sich am Sonnabend mit einem Antrage unseres Genossen Bock auf reichsgesetzliche Regelung der bergbaulichen Verhältnisse. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Schulreform im Württembergischen Landtage.

Der Württembergische Landtag beendete nach dreitägiger Debatte die Beratung über die ersten vier Artikel des Teiles des Schulgesetzes, der sich mit der Ortsschulaufsicht befaßt. Es besteht schon seit langem eine heftige Opposition gegen den Fortbestand der geistlichen Schulaufsicht im Volke und selbstverständlich auch in der Lehrerschaft. Der Regierungsentwurf trug dieser Strömung nur insofern Rechnung, als er dem Ortsschulrat die sogenannte technische Aufsicht abnahm und sie auf den Bezirksschulaufseher, der in Zukunft ein Fachmann sein soll, übertrug. Dagegen wollte die Regierung den Geistlichen in allen nicht voll ausgebauten Volksschulen die persönliche Aufsichtsführung über das dienstliche und außerdienstliche Verhalten der Lehrer überlassen und ihnen außerdem das Recht des Schulbesuches übertragen.

Die Sozialdemokratie sah es deshalb als ihre Aufgabe an, durch verschiedene im Plenum eingebrachte Anträge die geistliche Schulaufsicht noch weiter einzuschränken, was ihr auch in einigen wesentlichen Punkten gelang. So fand ein Antrag Annahme, der dem Ortsschulrat nur die Beschwerdeführung über dienstliche Verfehlungen der Lehrer als Aufgabe zuwies, anstatt der verlangten Aufsicht über die Lehrer. Ein zweiter Antrag, der angenommen wurde, besagt, daß diese Beschwerdeführung niemals vom Ortsschulaufseher selbständig, sondern nur auf Beschluß des Ortsschulrates, in dem die Lehrerschaft vertreten ist, ausgeübt werden kann. Gegen diese Anträge stimmten nur Zentrum und Konservative.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis fanden zwei weitere Anträge Annahme, nach denen der Schulrat seine persönliche Vertretung in ein- bis zweiklassigen Schulen seinem Mitvorsitzenden — das ist der Geistliche — oder einem anderen Mitglied des Ortsschulrats übertragen kann. Die Sozialdemokraten beantragten dann noch, in jeder Gemeinde für die Schulen der verschiedenen Konfessionen einen gemeinsamen Schulrat einzurichten. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volkspartei abgelehnt.

Dagegen fand unter Mitwirkung der Nationalliberalen eine Bestimmung Annahme, nach der der Ortsvorsteher, der im Ortsschulrat beider Konfessionen den Vorsitz führt, befugt ist, in Angelegenheiten, die gemeinsamer Natur sind, eine gemeinschaftliche Beratung und Beschlußfassung der verschiedenen Ortsschulräte herbeizuführen. Der Natur der Sache nach dürfte diese gemeinschaftliche Beratung zur Regel werden, sodaß diese Bestimmung immerhin einen Fortschritt gegen den heutigen Zustand darstellt.

Die Niederlage der Christlich-Sozialen in Siegen

gibt der politischen Tagespresse Anlaß, eingehende Betrachtungen anzustellen. In der Staatsbürgerzeitung nimmt der durchgefallene Kandidat Dizentiat Mumm selbst das Wort und stellt die unglaubliche Behauptung auf, „daß er dem Geist der Lüge erlegen sei". Dabei wird von allen Parteien übereinstimmend festgestellt, daß von keiner Partei unverfrorener gelogen wurde, als gerade von den Christlich-Sozialen.

Mumm tröstet sich mit einem Telegramm, das ihm Stöcker geschickt hat, und hofft, daß der Wahlkreis das nächste Mal anders entscheiden. Der Gottesmann Mumm hat entschieden Pech; bei den letzten Landtagswahlen glaubte er bestimmt, in den Landtag zu kommen, und erlebte einen glänzenden Durchfall. Und bei der Reichstagswahl ist es ihm jetzt nicht besser gegangen.

•

Im christlich-sozialen Volk war vor der Wahl folgende anmutige Anzeige zu lesen:

Der Wahlkampf im Kreise Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf wird unter harten Kämpfen weitergeführt. Unsere Freunde werden uns gewiß nicht im Stich lassen, wenn wir um weitere Gaben bitten, damit der endliche Sieg nicht ausbleibt. Freilich wird dieser Geisterkampf nicht durch die Menge des Geldes entschieden. Der letzte Ausgang liegt überhaupt nicht bei Menschen. Christl.-soz. Wahlbureau.

Also war's der liebe Gott, der für seinen getreuen Knecht, den Lic. Mumm aus Berlin, die Wahlschlacht schlagen sollte. Aber Satan, „der Geist der Lüge", hat es nicht zugelassen, daß Mumm als Sieger aus der Wahlschlacht heimkehrte.

Noch ein erbauliches Pröbchen von christlich-sozialer Wahlagitation: In einer Versammlung der Christlich-Sozialen zu Hartenrod im Wahlkreis Siegen-Wittgenstein erging sich nach dem Hinterländer Anzeiger ein Agitator Reuther in folgenden Ausfällen gegen die Lehrer:

„Die Schullehrer gehen aus dem Bauern- und Arbeiterstand hervor. Dann wird der letzte Groschen herbeigekratzt, damit der Sohn nur Schullehrer werden kann. Später laufen sie dann herum mit dem Zwicker auf der Nase, hohem Stehkragen und einem modernen Hute, der die Schnalle hinten hat. Dann arbeiten sie gegen Bauern- und Arbeiterstand, woraus sie hervorgegangen. Die Lehrer agitieren ja nur für ihre Besoldung. Aber sie sind nie satt zu machen. Es gibt ja überhaupt Leute, die nie zufrieden werden. Aber die Schullehrer sind wie hungrige Hunde; wenn man denen einen Knochen hinwirft, so lassen sie ihn liegen und greifen schon nach dem, der noch auf dem Tisch liegt."

Diese freundlichen Worte an die Adresse der Lehrer kamen — aus blockbrüderlichem Lager!

Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis 18 Hannover, Senator Reese (natl.), ist in Stade in der vergangenen Nacht gestorben.

Zentrum gegen Nationalliberale. Im Wahlkreise Bingen-Alzey haben die Nationalliberalen Dr. Becker als Reichstagskandidaten aufgestellt. Diese Kandidatur scheint dem Zentrum doch etwas zu unbequem gewesen zu sein, denn eine Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei hat beschlossen, nun einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Damit wird der Ausgang der Wahl ziemlich ungewiß.

Eine Steuer auf Ziegelsteine als „Ersatz für die Nachlaßsteuer" empfiehlt die Deutsche Tageszeitung. Sie berechnet, daß diese Steuer 90 Millionen Mark einbringen könnte, dafür sollen die Ziegeleien vor jeder Konkurrenz geschützt werden.

Der ostpreußische Städtetag richtete an den Landtag erneut eine dringende Vorstellung wegen vollständiger Beseitigung des Gemeindesteuervorrechtes der Beamten, Geistlichen und Lehrer.

Zum Münchner Petersprozeß. Der Redakteur der Münchner Post Genosse Gruber legte gegen das Urteil des Landgerichts München I, das ihn wegen Beleidigung Dr. Peters zu 400 M. Geldstrafe verurteilt hat, Revision beim Oberlandesgericht ein.

Die Kieler Werftunterschleife ziehen immer weitere Kreise. Am Sonnabend wurde der Marineoberwerkmeister Riecken wegen Teilnahme an den Werftunterschleifen auf der Kaiserwerft verhaftet. Nur stehen zwölf Personen unter Anklage.

Der Hofbericht. Ueber die politische Tätigkeit des Kaisers soll künftig nur noch zweimal wöchentlich im Reichsanzeiger berichtet werden. Scherl tröstet seine Emporleser bereits damit, daß er nach wie vor über höfische Vorgänge privater Natur zu berichten bestrebt sein werde.

Kleine politische Nachrichten. Aus Anlaß des Bummels der deutschen Couleurstudenten kam es am Sonntag in Prag wieder zu Zusammenstößen. Gegen mittag wurde der Graben durch berittene Polizei geräumt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Da die Polizei nicht ausreichte, wurde Gendarmerie mit aufgepflanztem Bajonett zur Verstärkung herangezogen. Die Menge leistete Widerstand und unternahm einen Sturm auf das Deutsche Haus, worauf die Gendarmerie im Laufschritt vorrückte. Es entstand eine große Verwirrung, wobei zahlreiche Personen verwundet wurden. — Der Korsi Benedetti, der am letzten Tage des vorigen Jahres einen Revolveranschlag auf Clemenceau verübte, ist gelinde bestraft worden, weil er keinen Mordanschlag plante, sondern lediglich Aufsehen erregen wollte. Er ist zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden. Zum Beweise dafür, daß er kein Blut vergießen wollte, berief er sich in der Verhandlung auf das Zeugnis Clemenceaus. „Hätte ich", rief Benedetti aus, „den Ministerpräsidenten töten wollen, dann hätte ich es tun können, denn er war in meiner Gewalt. Unaufgehalten war ich bis in die Vorhalle des ministeriellen Bureaus vorgedrungen und hatte Clemenceau drei Schritte vor mir, bevor er den zu seinem Arbeitszimmer führenden Gang betrat."

Ausland.

Balkan.

Oesterreichische Proteste.

Konstantinopel, 24. Januar. Oesterreich-Ungarn hat an die Pforte zwei Verbalnoten gerichtet. Die erste Note besagt, daß nach einer Depesche des Honorarkonsuls Rossi in Tripolis (Afrika) am letzten Sonntag eine den Boykott ausübende Menge die Monarchie aufs gröblichste beleidigt habe dadurch, daß sie das Konsularwappen und den Konsul anspuckte. Auf Verlangen des Konsuls hat der Wali zwar die Schuldigen verhaften lassen, sie aber auf Drängen der Menge sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Die zweite Note besagt: Kürzlich kam der Honorarvizekonsul von Alexandretta in der Levante mit einem Lloyddampfer nach Mersina. Als er sich mit einer Lloydbarke, welche die österreichische Flagge trug, an Land begeben wollte, wurde er von den Bootsführern daran gehindert, gestoßen und zu Boden geworfen. Erst nachdem er sich auf einen italienischen Dampfer geflüchtet hatte, konnte er mit der Barke in der italienischen Agentur landen. Die Schritte des Konsularagenten in Mersina zur Bestrafung der Schuldigen sind erfolglos geblieben. Beide Verbalnoten haben folgenden Schluß: Die Botschaft lenkt die allerernsteste Aufmerksamkeit der Pforte auf diese flagrante Verletzung des Völkerrechts und hofft, daß die Pforte sofort kategorischen Befehl für eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen und eine entsprechende Genugtuung an das betreffende Konsulat geben werde.

•

Konstantinopel, 24. Januar. Die Pforte hat die gemeinsame Verbalnote der diplomatischen Missionen vom Ende Dezember d. J. in der erklärt wird, daß der festgesetzte zweimonatliche Termin für die Anmeldung schwebender Forderungen an den türkischen Staat bei strittigen Forderungen nicht angewendet werden kann, ablehnend beantwortet.

Einberufung der bulgarischen Reserven.

Sofia, 24. Januar. Heute vormittag wurde ein Befehl erlassen, durch den dreizehn Reservejahrgänge aller Waffengattungen der 5. Grenzdivision von Stara Zagora telegraphisch zu

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090125/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

einer dreiwöchigen Waffenübung einberufen werden. Die Division wird dadurch auf volle Kriegsstärke gebracht.

Serbische Forderungen.

Belgrad, 24. Januar. In der vorgestrigen Ministerratssitzung, an der auch der König teilnahm, wurde die neue serbische Note, die in den nächsten Tagen an die Berliner Signatarmächte, mit Ausnahme der österreichisch-ungarischen Regierung, gerichtet werden soll, verlesen. Ueber den Inhalt der Note, die gestern den politischen Parteiführern im Vertrauen mitgeteilt wurde, verlautet folgendes: Der Standpunkt der serbischen Regierung in der Annexionsfrage wird in dem Memorandum nochmals präzisiert. Es werden wieder territoriale Kompensationen für Serbien und Montenegro und die Autonomie für Bosnien und die Herzegowina verlangt, aber nicht unter der Souveränität des Sultans. Namentlich wird als Kompensation ein Stück der annektierten Provinzen gefordert, das Serbien den freien Zutritt zum Meere verbürgen würde.

Rußland.

Der Alexejew-Prozeß.

Petersburg, 23. Januar. Am heutigen vierten Verhandlungstag war der Sitzungssaal überfüllt. Die von dem Ingenieur Rudnizki vorgelegten Quittungen bezogen sich auf zwei Erfindungen, die Alexejew ihm übergab, um sie der Firma Hotchkiß zu verkaufen, nachdem die russische Regierung den Ankauf refüsiert hatte. Es wurde ein entlastendes Telegramm des Großfürsten Alexander Michailowitsch aus Biarritz verlesen, das dieser Tage an Alexejew eingetroffen war; der Großfürst bezeugt darin, daß Alexejew sich bei der Ausrüstung der Handelsschiffe während des Russisch-Japanischen Krieges als ausgezeichneter Fachmann erwiesen und niemals irgendeine Fabrik empfohlen habe. Obgleich dies Telegramm einen ausgezeichneten Eindruck machte und die Verteidigung glänzend war, fanden doch die Richter General Alexejew schuldig, von interessierter Seite Geld angenommen zu haben, und verurteilten ihn unter Ausschließung vom Militärdienst zu 10 000 Rubel Strafe, an deren Stelle im Unvermögensfalle 1 Jahr Gefängnis tritt. Die Verurteilung machte auf den Angeklagten wie das gesamte Publikum einen niederschmetternden Eindruck. Als Alexejew das letzte Wort erhielt, bezeichnete er die Anklage als einen Verleumdungsakt und sich als unschuldig.

Stolypin und der Provokateur Azew.

Die offizielle und offiziöse russische Presse steht den aufsehenerregenden Enthüllungen über die provokatorische Tätigkeit des Chefs der Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei, Azew, vollkommen ratlos gegenüber. Sowohl die amtliche Rossija, das Leibblatt Stolypins, wie die halbamtliche Nowoje Wremja hüllt sich in feierliches Schweigen und findet kein Wort der Entgegnung für die furchtbaren Anschuldigungen, die in der europäischen Presse gegen die russische Regierung erhoben werden. Auch die offizielle Petersburger Telegraphen-Agentur, die sonst flugs an der Hand ist, wenn es gilt, die öffentliche Meinung Europas irre zu führen, übergeht die ganze Affäre mit vollkommenem Stillschweigen.

Von amtlicher Seite wird nur der Versuch gemacht, die Petersburger Korrespondenten der ausländischen Blätter in ihrem Sinne zu „informieren". So berichtete der Korrespondent des B. T. am [illegible] Januar, daß „die von Paris verbreitete Nachricht, der russische Terrorist Azew sei an verschiedenen Attentaten gegen russische Würdenträger, darunter an jenen gegen Plehwe und den Großfürsten Sergius beteiligt gewesen, hier an amtlicher Stelle völlig in Abrede gestellt wird".

Der Inhalt der offiziellen Dokumente zum Fall Azew, zu deren Veröffentlichung wir in den nächsten Tagen schreiten werden, wird den Beweis erbringen, daß es sich hier nicht um einen Einzelfall, sondern um die Vollendung eines Systems handelt, auf dem der russische Absolutismus aufgebaut ist. Die bevorstehende Dumainterpellation, deren politische Konsequenzen heute noch schwer abzuschätzen sind, wird die Regierung zwingen, aus ihrer jetzigen Reserve herauszutreten und zu erklären, welche Stellung sie einnimmt zu der behördlich genehmigten und vom Polizeidepartement geleiteten Ermordung des Onkels des Zaren, Sergei Alexandrowitsch, des Ministers des Innern Plehwe, des Gouverneurs von Ufa, Bogdanowitsch, des Petersburger Stadthauptmannes Launitz usw.; was ihr bekannt ist von der unter der Leitung Azews erfolgten Ermordung des Rentiers Müller in Interlaken (Prozeß Leontjewa) und von der aufsehenerregenden „Expropriation" im Fonarny Pereulok in Petersburg, bei der unter der Leitung Azews und nach einem im Polizeidepartement ausgearbeiteten Plane einige hunderttausend Rubel staatlicher Gelder geraubt wurden usw. Die letzte Hülle wird dann von den Trägern des jetzigen Regierungssystems ein Rußland fallen und den Abgrund der Verworfenheit und der Scheußlichkeiten aufdecken, die man unter den pseudokonstitutionellen Flicken zu verbergen sucht.

Es wird inzwischen wohl nicht an Soldschreibern mangeln, die den Leiter der inneren Politik Rußlands, Stolypin, von jeder Verantwortung zu entlasten und als vollkommen unbeteiligt an der ganzen Affäre hinzustellen suchen werden. Darum muß jetzt schon mit aller Bestimmtheit darauf hingewiesen werden, daß Stolypin das System der Provokation, das er von seinen Vorgängern übernahm, weiter ausgebildet und als einen der wichtigsten Punkte in das Programm aufgenommen hat, das er für den Kampf mit der Revolution aufgestellt und in allen Einzelheiten während der letzten Jahre durchgeführt hat.

Im September 1906, gleichzeitig mit der Proklamierung des Kriegszustandes und der Einsetzung der Feldkriegsgerichte, versandte er in seiner Eigenschaft als Chef des abgeteilten Gendarmenkorps ein Geheimzirkular an die Chefs der Gendarmerieabteilungen, in dem er sein politisches Glaubensbekenntnis ausführlich darlegte. In diesem Zirkular schrieb er den örtlichen Behörden u. a. vor, keine Aufwendungen zu scheuen, um sich in allen Kreisen Provokateure zu verschaffen und die politische Spionage nach allen Richtungen hin zu verstärken. Daß er auch im Falle Azew keine passive Rolle gespielt hat, ist aus der Haltung ersichtlich, die er gegen den früheren Direktor des Polizeidepartements, Lopuchin, eingenommen hat, der von dem revolutionären Untersuchungstribunal aufgefordert wurde, sein Gutachten abzugeben über die Authentizität der Dokumente, auf Grund welcher Azew für schuldig befunden wurde. Lopuchin, der wegen seiner Enthüllungen über die Pogrompropaganda des Polizeidepartements seit 1906 in „Ungnade" gefallen ist, richtete am 21. November (4. Dezember) 1908 folgenden Brief an Stolypin:

An S. Exzellenz den Vorsitzenden des Ministerkonseils P. A. Stolypin.

Peter Arkadjewitsch!

Am 11. November erschien abends in meiner Wohnung (Tawritscheskaja 7) Ewgenij Azew, den ich zur Zeit, als ich vom Mai 1902 bis Januar 1905 die Leitung des Polizeidepartements in Händen hatte, als Pariser Beamten des Polizeidepartements kannte.

Ohne vorherige Anmeldung in mein Zimmer tretend, erklärte er mir, daß die revolutionäre Organisation, deren Mitglied er sei, Kenntnis erlangt habe von seiner Tätigkeit als Polizeiagent; daß infolgedessen gegenwärtig ein aus Parteimitgliedern bestehendes Gericht gebildet werde; daß das Tribunal mich um Aufklärung ersuchen würde, und daß sein Leben sich infolgedessen in meinen Händen befinde.

Heute besuchte mich gleichfalls ohne vorherige Anmeldung der Chef der Petersburger Schutzabteilung, Generalmajor Gerassimoff, der mir erklärte, daß er auf die Bitte Azews die Frage an mich richten müsse, was ich antworten werde, wenn die Mitglieder des Tribunals, die Azew richten müßten, sich in dieser Angelegenheit an mich wenden würden. Der Chef der Schutzabteilung, G. M. Gerassimoff, fügte hinzu, daß ihm alles, was sich im Tribunal abspielen würde, bekannt sein werde, und desgleichen die Namen der Zeugen, die in dieser Angelegenheit vernommen werden würden.

In den Forderungen Azews und den Erklärungen des Chefs der Schutzabteilung ... sah ich eine gegen mich gerichtete Drohung, und erachte es als notwendig, dies alles zur Kenntnis Ihrer Hohen Exzellenz zu bringen, und gleichzeitig die Bitte an Sie zu richten, mich vor der Aufdringlichkeit des Verräters zu schützen, der meine Ruhe stört und vielleicht sogar mein Leben bedroht...

Diese Bitte blieb, wie nicht anders zu erwarten war, unberücksichtigt. Bald darauf mußte Lopuchin, der die Richtigkeit der gegen Azew erhobenen Anschuldigungen bestätigt hatte, Petersburg verlassen und im Auslande Schutz suchen. Generalmajor Gerassimoff hatte ihm bei seinem Besuche mit drohender Stimme erklärt: „Die politische Schutzabteilung existiert noch", und Lopuchin kannte nur zu gut das Schicksal Plehwes, um noch länger die Gastfreundschaft Stolypins in Anspruch nehmen zu wollen.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

176. Sitzung vom 25. Januar 1909.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält der Abg. Dr. Kühlmorgen das Wort zu einer Erklärung: In der Ersten Kammer habe bei der Beratung des Feld- und Forstdiebstahlsgesetzes der Abg. Wach darüber Beschwerde geführt, daß das Forst- und Feldstrafgesetz ¾ Jahr in der Zweiten Kammer gelegen und nun erst in den letzten Tagen zur Schlußberatung komme. Er sei Berichterstatter über die Sache gewesen, er habe sich aber keine Pflichtvernachlässigung in dieser Sache zuschulden kommen lassen. Der Redner weist das des näheren nach.

Als erster Punkt kommt der Antrag Günther über die alljährliche Einberufung des Landtags zur Beratung. Die Gesetzgebungsdeputation hat darüber folgenden Antrag eingebracht:

Die Deputation beantragt, die Kammer wolle beschließen: den Antrag der Herren Abgeordneten Günther, Bär und Roch: „die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, der Ständeversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem frühestens im Oktober jedes Jahres ein ordentlicher Landtag einzuberufen ist", abzulehnen.

Abg. Dr. Kühlmorgen (Berichterstatter): Nach Ansicht der Gesetzgebungsdeputation sei alljährliche Landtagstagung unnötig. Es sei auch bei einjährigen Landtagssessionen eine abermalige Aenderung des Diätengesetzes erforderlich. In dringenden Fällen könne ja ein außerordentlicher Landtag einberufen werden.

Abg. Günther (freis.): Er könne die Gründe der Deputation nicht gelten lassen. In anderen Ländern, z. B. in Württemberg, hätte man auch alljährliche Landtagstagungen. Mehr Beamte würden dadurch nicht nötig werden, denn es könnten ja trotzdem die zweijährigen Etatsperioden beibehalten werden. Auch die engen Beziehungen zwischen Reichs- und Staatsfinanzen sprächen für alljährliche Landtagstagungen. Es sei Sache der Einzelstaaten, mehr Einfluß auf die Reichsfinanzgebarung zu erlangen. Wenn auch der Antrag heute abgelehnt würde, werde man doch später genötigt sein, den Landtag alle Jahre einzuberufen. Es würde dann auch eine solche Ueberlastung eines Landtags, wie bei dem jetzigen, nicht mehr eintreten.

Staatsminister Graf Hohenthal: Mit aller Entschiedenheit müsse er zurückweisen, daß es Schuld des Bundesrats sei, wenn im Reiche Finanzmisere herrsche. Der Bundesrat habe nicht unterlassen, Vorschläge zu machen; wenn sie vom Reichstage abgelehnt worden seien, könne man dafür nicht den Bundesrat verantwortlich machen. Einjährige Perioden wären ohne eine Vermehrung der Beamten nicht durchzuführen. Zur Abkürzung des Landtags würde es wesentlich beitragen, wenn gewisse Reden, die immer wieder kommen, vermieden würden. (Lebh. Sehr richtig! rechts.)

Abg. Schieck (natl.): Wir sind keine prinzipiellen Gegner des Antrags Günther; es müßten aber noch die Erfahrungen abgewartet werden, die man in Württemberg mit der alljährlichen Berufung des Landtags unter Beibehaltung zweijähriger Etatperioden machen werde. Deshalb würden seine politischen Freunde dem Antrage der Deputation zustimmen.

Abg. Hähnel (kons.): Bei einjährigen Perioden würden die Landtagssessionen bald wieder die bisherige Länge bekommen.

Abg. Zimmermann (Antis.): Er müsse mit aller Entschiedenheit die Behauptung des Ministers zurückweisen, daß nur der Reichstag an der Finanzmisere des Reiches schuld sei. Der Bundesrat sei ebensoviel schuld, er habe vor allem in verschiedenen Punkten die erforderliche Sparsamkeit vermissen lassen.

Abg. Günther: Er gebe dem Grafen Hohenthal recht, daß verschiedene Reden im Hause nicht gehalten werden brauchten. Es werde nirgends zu beobachten sein, daß von einer Fraktion 10 bis 15 Redner zu einem Punkte sprechen. Vor allem sei es aber auch nötig, daß Regierungsvorlagen besser vorbereitet werden. (Sehr richtig! links.)

Staatsminister Graf Hohenthal: Er habe nicht gesagt, daß der Reichstag allein die Schuld trage, müsse aber betonen, daß auch Sparsamkeitsmaßnahmen vom Bundesrat vorgeschlagen und vom Reichstag abgelehnt worden seien. Was die schlecht vorbereiteten Regierungsvorlagen anbelange, so rate er dem Abg. Günther, doch einmal ein Wahlgesetz für Sachsen vorzubereiten. (Lebhafte Zurufe von links: Das haben wir getan!)

Abg. Langhammer (natl.): Er erwarte, daß die sächsische Regierung jetzt im Bundesrat nachdrücklich dafür eintrete, daß die tragfähigen Schultern mehr direkte Steuern auf sich nehmen.

Dem Antrage der Deputation gemäß wird der Antrag Günther gegen drei Stimmen abgelehnt.

Die Bergarbeiter Herold und Genossen in Conradsdorf bei Freiberg haben um eine Erhöhung ihrer Lohn- und Pensionsverhältnisse petitioniert. Sie betonen, die Pensionsbeträge seien so niedrig, daß sie davon nicht existieren können; zumeist betrage die Jahrespension nur 200 M., das sei um so schlimmer weil die Bergarbeiter des Freiberger Bezirks jetzt nur 800 M. pro Jahr Einkommen hätten. Die Regierung hat in der Finanzdeputation A, wie aus dem Bericht des Abg. v. Querfurth hervorgeht, betont, daß eine höhere Entlohnung nicht angängig sei; es sei den Bergarbeitern zu empfehlen, mehr als bisher zu versuchen, in dem lohnenderen Kohlenbergbau Unterkommen zu finden. Die Regierung bedaure, daß dies nicht in großem Umfange geschehen sei. Eine Erhöhung der Pensionen sei schon deshalb nicht möglich, weil die Bergarbeiter im Freiberger Bezirk höhere Beiträge nicht leisten wollten.

Ohne Debatte beschließt darauf das Haus, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Sodann stimmt das Haus einem abermaligen Beschlusse der Ersten Kammer über die Geltung des Radiumgesetzes in der Oberlausitz zu.

(Bei Schluß der Redaktion geht die Verhandlung noch weiter.)

Dresdner Polizeibericht vom 25. Januar.

Auf dem Bischofsplatze verschied am Sonnabend vormittags gegen 10 Uhr eine 54 Jahre alte Arbeiterin infolge Herzschlags.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 26. Januar 1909

Keine Witterungsänderung.

Quittung. Freiwilliger Parteibeitrag durch Ungenannt in Kobitz 25 M. Robert Leuthold.

Zu den Berliner Wahlrechts-Kundgebungen,

die am Sonntag stattfanden, wird uns noch berichtet:

Berlin stand am gestrigen Sonntag wieder im Zeichen von sozialdemokratischen Wahlrechtskundgebungen, aber es ging friedlicher zu als bei den Manifestationen am 12. Januar des vergangenen Jahres. Nur in der Siegesallee zog einmal die Polizei blank, ein Gebrauch der Waffe erfolgte aber nicht. Die Demonstrationszüge umfaßten etwa 30 000 sozialdemokratische Arbeiter. Sie durchzogen die Straßen, indem sie abwechselnd die Arbeiter-Marseillaise sangen, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht hochleben ließen und Rufe wie: „Nieder mit Bülow!" und „Pfui Bülow!" ausstießen.

Die Straßen, die zum Schloß führen, waren abgesperrt. Besonders zahlreich war das Schutzmannsaufgebot am Brandenburger Tor und an der Kreuzung der Friedrichstraße und der Linden; hier stand eine Schutzmannskette von 50 Mann. Eine Kompagnie berittener Schutzleute hatte an der Mittelpromenade Aufstellung genommen. Die meisten Polizeibeamten waren mit geladenen Pistolen versehen. Das Polizeipräsidium hatte einen fliegenden Patrouillendienst eingerichtet. Er bestand aus über 100 radfahrenden Schutzleuten, die vom Mittag ab von Revier zu Revier und von Postenkette zu Postenkette die Befehle übermittelten. Im Schloßhofe und im königlichen Marstall war Militär und ein großes Polizeiaufgebot untergebracht. Das Palais des Fürsten Bülow war von 12 Uhr ab von 20 Polizisten bewacht.

Ueber den in großer Ordnung sich vollziehenden Massenumzug wird berichtet:

Es waren vier starke Züge. Der Südzug, der etwa zehntausend Personen stark war, kam singend die Charlottenstraße hinauf, den Linden zu. An der Kreuzung der Jägerstraße angekommen, wurde nach Westen abgeschwenkt, um nicht mit den Schutzleuten zusammenzustoßen, die die Charlotten- und Behrenstraße abgesperrt hatten. „Zu Bülow!" rief es aus tausend Kehlen, und in etwas rascherem Tempo ging es nach dem Wilhelmsplatz. Schon wollte die Spitze des Zuges den Wilhelmsplatz durchqueren, als plötzlich ein Leutnant mit einem Trupp von Schutzleuten zu Fuß und hoch zu Roß ankam und die Demonstranten vom Platze wieder zurückdrängte. Der Zug nahm seinen Rückweg durch die Mauer-, Leipziger- und Seydelstraße und strebte der Peripherie zu, wo er sich zerstreute.

Der Nordzug drang bis zur Weidendammer Brücke vor, wo er von einer starken Schutzmannskette aufgehalten wurde. Die Demonstranten machten Kehrt und zogen bis zum Exerzierplatz in der Schwedter Straße. Dort veranstalteten sie eine Versammlung unter freiem Himmel, in der Ansprachen gehalten wurden.

Der Ostzug kam bis zum Alexanderplatz. Der Moabiter Zug marschierte bis zur Siegesallee, wo er von einer starken Schutzmannskette aufgehalten wurde. Die Manifestanten versuchten nach dem Brandenburger Tor zu gelangen. Der Polizeioffizier ließ blank ziehen. Die Masse drängte daraufhin zurück.

Bald nach 3 Uhr waren die Demonstrationen beendet, da die einzelnen Züge um diese Zeit nach der Peripherie der Stadt abschwenkten.

Letzte Telegramme.

Vom preußischen Wahlrechtskampf.

Berlin, 25. Januar. (Privattelegramm.) Den Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses war durch Eilboten vom Bureau mitgeteilt worden, daß die Prinz-Albrecht-Straße, an der das Abgeordnetenhaus liegt, frühzeitig polizeilich gesperrt werde. Die Abgeordneten werden ersucht, sich mit Einlaßkarten zu versehen, um passieren zu können. Die Demonstration verlief ruhig und ohne Zwischenfälle. Die Zugänge zum Abgeordnetenhause waren abgesperrt, und als sich gegen 11 Uhr die Demonstranten anzusammeln begannen, wurde die Absperrung durch ein außerordentliches Polizeiaufgebot verstärkt, das die Bildung geschlossener Gruppen zu verhindern suchte.

Als die Menge auf etwa 1000 angewachsen war, wurden auch die Straße oberhalb und unterhalb des Abgeordnetenhauses abgesperrt. Jeder Versuch, den starken Polizeikordon zu durchbrechen, wurde vereitelt. Den Hauptkampf führte die Polizei gegen die zahlreichen Amateurphotographen, die sich dort drängten, wo die Polizei mit den Demonstranten zusammenstieß.

Nach 12 Uhr zerstreuten sich die Demonstrierenden langsam.

Verschleppungsarbeiten.

Erklärung des Ministers des Innern.

Berlin, 25. Januar. (Privattelegramm.) Im preußischen Landtage erhob sich der Minister des Innern, bevor die Antragsteller ihren Wahlrechtsantrag begründeten, zu folgender Erklärung:

„Aus der letzten Rede des Herrn Ministerpräsidenten und aus früheren Kundgebungen der Regierung ist Ihnen wohl bekannt, daß seit längerer Zeit die Vorarbeiten im Gange sind, welche die Grundlagen für eine Gestaltung der Wahlreform abgeben sollen. Diese Vorarbeiten bewegen sich augenblicklich auf dem Gebiete der Wahlstatistik und werden mit Nachdruck gefördert. Sie verlangen aber, wie es die Natur der statistischen Arbeiten bedingt, eine gewisse Zeit zu ihrer Erledigung. Die Fertigstellung der speziellen Uebersicht der Wahlergebnisse der letzten Landtagswahlen steht unmittelbar bevor. Sie ist für alle Erhebungen und Entschließungen auf diesem Gebiete eine unabweisbare Notwendigkeit. Die früheren Statistiken reichen nicht aus. Sie sind überholt durch die letzten Wahlen, bei welchen, wie Sie wissen, zum ersten Male neue Wahlvorschriften in Kraft traten, bei welchen zum ersten Male die neue Einkommensteuernovelle in Anwendung kam, bei welchen zum ersten Male die Sozialdemokratie im allgemeinen in den Wahlkampf eingetreten ist und bei welchen auch sonstige Parteikonstellationen ihre Wirkung auf die Beteiligung bei der Wahl ausgeübt haben. Es kommt hinzu, daß die früheren Erhebungen nicht mit Feststellungen gerechnet haben, die bei den gegenwärtigen Zwecken von Bedeutung sein müssen.

Dem Hohen Hause ist bekannt, daß die Wählerlisten aus diesem Grunde bei den letzten Wahlen auch auf eingehendere Erhebungen eingerichtet werden mußten als in früheren Fällen. Andernfalls hätte es an der Handhabe gefehlt, den Besitz, die Steuerkraft, das Alter der Wähler statistisch zu erfassen, die Merkmale also, bei deren Prüfung im Hinblick auf die früheren Besprechungen der für die Wahlreform in diesem Hohen Hause gegebenen Anregungen nicht verzichtet werden darf. Bevor nicht die allgemeine Wahlstatistik vorliegt, wird es erforderlich sein, noch speziellere statistische Erhebungen in Musterbezirken folgen zu lassen, welche die Wirkung der Aenderung der Wahlvorschriften veranschaulichen sollen. Es wird auch bei diesen schwierigen Arbeiten keine Zeit unnütz verloren gehen.

(Nach diesen Ausführungen des Ministers scheint also vorläufig an eine Wahlreform in Preußen nicht zu denken zu sein.)

Protest gegen den Mandatsraub.

Bochum, 25. Januar. (Privattelegramm.) In Linden bei Bochum fand eine von 1000 Bergleuten besuchte Versammlung statt, die lebhaft gegen die Kassierung der Landtagsmandate im preußischen Landtage protestierte.

Blinde Schüsse.

Grenoble, 25. Januar. Ein Korporal des 140. Infanterieregiments namens Craemer feuerte auf den Bischof Monsignore Henri, als dieser in Begleitung des Bischofs von Belley die Kirche verließ, zwei blinde Revolverschüsse ab. Der Korporal wurde verhaftet. Er gab an, daß er lediglich eine Kundgebung gegen den Bischof beabsichtigt habe, weil dieser sich geweigert hätte, seiner Schwester, einer geschiedenen Frau, die kirchliche Trauung zu bewilligen.

Das heutige Blatt enthält 10 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090125/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

4. Wahlkreis.

Bezirk

Mickten, Uebigau Trachau, Kaditz.

Dienstag den 2. Februar, in **Watzkes Etablissement,** Mickten.

Zwei starkbesetzte Kapellen, Streich- und Blasmusik, spielen ununterbrochen.

Karten bei allen Vorstandsmitgliedern und Kassenboten.

Anfang 7 Uhr. **Ende 3 Uhr.**

Programm auf den Plakaten.

Zu zahlreicher Beteiligung ladet die Mitglieder und deren Angehörige ein **Die Verwaltung.**

Grosses

Faschings-Fest

Konsumverein Vorwärts, Dresden

Nichts wärmt besser an kalten Abenden als **eine warme Suppe,** hergestellt von

Erbs-Konserven mit Gemüse

Diese ist schmackhaft, billig und dabei nahrhaft.

pro Pfund 24 Pfennig

noch nicht einmal die Hälfte des sonstigen Einkaufspreises.

Nie wiederkehrende Gelegenheit.

NB. Die Konserven müssen 20 Minuten kochen.

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Deuben u. Umg.

Der Vorstand für das Geschäftsjahr **1909** setzt sich aus folgenden Herren zusammen:

Möbeltischler **Oskar Hartmann,** Vorsitzender
Fabrikbesitzer **Karl Malky,** stellvertretender Vorsitzender
Glasmacher **Louis Müller,** Schriftführer
Glaser **Otto Bauer,** stellvertretender Schriftführer
Zigarrenarbeiter **Emil Göhl**
Fabrikbesitzer **Artur Heller**
Glasmacher **Joseph Hilsky**
Bauunternehmer **Richard Richter**
Zigarrenarbeiter **Max Ryssel**
} Beisitzer

Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß der **dritte Nachtrag des Kassenstatuts** von der Aufsichtsbehörde genehmigt ist. Derselbe tritt **mit dieser Bekanntmachung in Kraft.** Druckexemplare desselben können in den Geschäftsstunden im Kassenlokale entnommen werden.

Deuben, den 25. Januar 1909.

Der Vorstand. O. Hartmann, Vorsitzender.

Stadt Leipzig Pieschen, Leipz. Str. 78. Täglich **Gr. Frei-Konzert** d. Ung.-Sertlichen Tamburiza-Kapelle.

Klischees

sind **sofort** nach Ablauf des Inserats **abzufordern,** da wir für späteren Anspruch darauf keine Verbindlichkeit übernehmen können. **Die Expedition.**

Englisch
Anfangs-Kursus
Mittwoch, 27. Januar, abends 8½ Uhr
Französisch
Freitag, 29. Januar, abends 8½ Uhr
Sofortige Anleitung zum Sprechen
vierteljährl. 26 Stdn. 5 M.
Anmeld. bei der Lehrerin des **Volksbild.-Vereins,** Blochmannstraße 18, 2 od. i. Stundenlokal Amalienstr. 19, I, lks.

Hallo! Hallo!
Reichshallen
Palmstr. 13, 1 Min. v. Postplatz.
Feines Kabarett!!
Tadelloses Programm!
Im dem oberen Saale
Feiner Ball a la Paris.
6 Stück Tanzmarken 30 Pf.
Egal Spaß! **Binder-Ernst.**

Fisch-Götze — Alte Eiche.

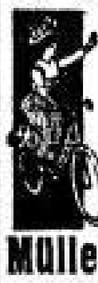
Billige Einkaufsquelle!
Guterhalt. getragene **Herren-Jacketts 2 M.,** herrschaftlich getr. **Winterüberzieher 8 bis 10 M., Winterjoppen, Herrenanzüge, Stiefel spottbillig.** Gr. Posten hochmod. **Muster-Anzüge f. Herren 18-25 M., Westen,** Stück **50 Pf.** usw.
Reich. Gr. Brüderg. 5, I.

Rover, gebraucht und neu, spottbillig zu verk.
Große Brüdergasse 21, II.

Dresdner
Felsenkeller-Pilsner
in Flaschen, sehr wohlschmeckend und gut bekömmlich,
empfiehlt
Eberlbräu-Hauptdepot
Dresden, Bönischplatz II.
Fernsprecher 3257.
Verkaufsstellen in allen Straßen.

Möbel bezieht man jetzt **direkt** aus **Wilsdruff** vom **Genossen Hildebrand.**

Fahrräder
Fahrradartikel

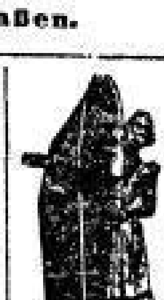


zu **Engros-Preisen!!**
Konkurrenzlos billig!!
Räder, 1 Jahr Garantie, M. 49.—, Sättel M. 1.75,
Pneumäntel . M. 1.90,
Fußpumpen . M. 0.75,
Pedale . . . M. 1.40,
Gamaschen . M. 0.40
usw.
Müller, Feldgasse 2, part.

Billigste Kaufgelegenheit in g. herrsch. getr. wie a. neuen H.- und D.-Kleidern, Schuhen, Federbetten, Kindersachen zc., a. z. Verleihen.
10 Gr. Brüdergasse 10, 2.

ff. Speise-Kartoffeln
Zwiebeln
Futter-Kartoffeln
im ganzen und einzelnen billigst bei
Kartoffel-Schneider
Dresden-N., Moritzburger Strasse 61
Telephon 9474.

Einkauf
von **Hadern, Knochen, Alt-Eisen** u. **Alt-Metall**
Max Lehmann, Liegau.
Bitte um Unterstützung meines Unternehmens. **D. O.**



Badewannen
solid und groß besser u. billiger als in Warenhäusern
nur 9 M.
Sitzwannen
nur 6 M.
Otto Graichen
Trompeterstr. 15
Zentral-Theater-Passage

Mutterspritzen
Spülkannen v. 1 M. an, **Leibbinden** und alle **hygienischen Frauenartikel.**
Preisliste gratis. 10 Proz. Rabatt
Frau Heusinger
Am See 37
Ecke Dippoldiswaldaerplatz.
Nur achte auf die Firma!

Federbetten kauft heiß
Federreinigung Amalienstr. 12.

Gittersee, Coschütz, Klein-Naundorf, Burgk und Zschiedge

Bestellungen

auf Dresdner Volkszeitung, Wahren Jakob, Postillon, Glühlicht, sowie alle Parteiliteratur nimmt entgegen

Hermann Weichold, Kolporteur, **Gittersee.**

Zigarren-Haus
August Döppmann
Siebenlehner Straße 16
hält sich bei Bedarf bestens empfohlen.

Frauen!
Verlangt das Buch: **Die Störung der Periode** von Dr. A. E. Schäffer.
Gegen Einsendung v. 1 M.
Frau R. Freisleben
Dresden 1, Postfach 1.

Elfenbeinschnitzer gesucht.
2—3 junge Blumenschnitzer, auf kleine Figuren und Tierchen geübt, finden dauernde Beschäftigung. Offerten unter Chiffre **F 489 Y** an **Haasenstein & Vogler,** Bern (Schweiz).

Lebensmittelpreise (in Pfennigen) in der städtischen Markthalle auf dem Antonsplatze, auf den offenen Märkten und in den Geschäften am 21. Januar 1909. (Mitgeteilt vom städtischen Statistischen Amte.) — **Mühlenerzeugnisse** (½ kg) **Roggenmehl:** Nr. I 20, hausbacken 16—19, Nr. 3 13—15; **Weizenmehl:** Kaiserauszug 22—32, Grießlerauszug 21—23, Bäckermundmehl 20—[illegible] **Nudeln:** Nr. I (Kaiserauszug) 40—60, Nr. II (Grießlerauszug) 32—46, Eiernudeln 40—65. **Brot** (½ kg): Saxoniamühle, Micken, I. Sorte 15, II. Sorte 14, III. Sorte 13; Niedersedlitzer I. Sorte 15, II. Sorte 14, III. Sorte 13; Plauensches I. Sorte 15—15,5, II. Sorte 14—14,5, III. Sorte 13—13,5. **Fleisch und Fleischwaren** (½ kg): **Rindfleisch:** Suppenfleisch 60—120, Bauchfleisch 50—80, Bratenfleisch, Keule 80—[illegible] Schoßfleisch 80—160, Lende, unausgeschält 80—140, Lende, ausgeschält 110—250; **Kalbfleisch:** Schnitzelfleisch 120—200, Keule 80—120, übrige Teile 60—120; **Hammelfleisch:** Keule 75—120, Koteletten 75—120, Kochfleisch 60—100; **Schweinefleisch:** Keule 75—100, Karree 85—120, Bauchfleisch 65—85, Rindtalg 80—[illegible] Rauchfleisch 80—130; **Schinken:** im ganzen Stück 100—150, im Aufschnitt 160—240, Speck, geräuchert 70—100, Speck, roh 65—90, Schweineschmalz 90—100, Schweineschmalz, ausländisches 70—75, Rindsfett 60—80, Blutwurst 50—140, Leberwurst 60—140, Zervelatwurst [illegible] 200. **Zahmes Geflügel (geschlachtet):** Gänse (½ kg) 70—85, [illegible] (St.) 1000—1400, Enten (St.) 200—600, Kapaunen (St.) 300—550, [illegible]hähne (St.) 700—1500, Truthühner (St.) 450—1000, Perlhühner (St.) [illegible] bis 350, Hühner, alte (Stück) 180—350, Hühner, junge (Stück) 10[illegible] 275, Tauben (Stück) 40—130. **Wildbret:** Hasen im Fell (Stück) [illegible] bis 500, Hasen, gespickt (Stück) 275—450, Hirschwild, Kochfleisch (½ [illegible] 40—70, Hirschkeule (Stück) 1200—2500, Hirschrücken (Stück) 12[illegible] 3000, Rehkeule (Stück) 450—900, Rehrücken (Stück) 600—1500. [illegible]geflügel: Fasanen (Stück) 250—450, Birkhähne (Stück) 275—350, [illegible]hühner (Stück) 200—300, Haselhühner (Stück) 150—180, Schneehühner (Stück) 140—180, Schnepfen (Stück) 350—450, Wildenten (Stück) 150—[illegible] **Lebende Fische und Schaltiere:** Barsche (½ kg) 50—60, [illegible] Fische (Backfische) (½ kg) 40—70, Forellen (Stück) 80—[illegible] Hechte (½ kg) 110—140, Karpfen (½ kg) 75—90, Zander (½ [illegible] 140—150, Schleien (½ kg) 150—180, Aale (½ kg) 160—180, [illegible] (½ kg) 100—120, Hummer (½ kg) 325—360, Krebse (15 St.) — [illegible] **Fischwaren: a) frische:** Bunte Fische (Backfische) (½ kg) 3[illegible] Schellfische 30—75, Hechte 70—100, Kabeljau 30—60, Rotzungen 70—[illegible] Goldbutt 40—70, Zander 85—150, Schleien 80—100, Rheinlachs 40[illegible] 500, Seezungen 150—300, Silberlachs 100—250, Steinbutt 140—[illegible] **b) gesalzene und geräucherte** (Stück): Maatjesheringe 2[illegible] Vollheringe 4—10, Bücklinge 5—10, Sprotten (½ kg) 60—[illegible] **Grünwaren:** Blumenkohl (St.) 15-60, Rosenkohl (½ kg) 45-85, [illegible] (St.) 10-50, Weißkraut (St.) 8-50, Welschkraut, Wirsing (St.) 10-60, [illegible] (½ kg) 25—35, Spinat (½ kg) 35—40 Karotten, neue (15 Bündchen) 40—150, Kohlrüben (Stück) 8—20, Mohrrüben (½ kg) 3—4, [illegible] Rüben (15 Stück) 40—60, Teltower Rüben (½ kg) 30, [illegible] Rüben (½ kg) 10, Kohlrabi (Stück) 5—20, Meerrettich [illegible] 15—45, Radieschen (Bündchen) 7—20, Rettiche (Stück) 4—10, [illegible]wurzel (Bündchen) 8—12, Sellerie (Stück) 5—25, Spargel, französ. [illegible] (½ kg) 240, Zwiebeln (½ kg) 12—20, Kopfsalat, hiesiger —, Kopfsalat, fremder (Stück) 18—20, Endivien, [illegible] (St.) 8—12, Endivien, fremde (½ kg) 35—45, Bohnen, [illegible] ausl. (½ kg) 150—450, Gurken (Salat-) (Stück) 180—20[illegible] Äpfel (½ kg) 30—70. **Sauerkraut** (½ kg) 10—12. [illegible] Gurken (Stück) 5—10. **Pilze** (½ kg) **Champignons** 150—[illegible] Steinpilze, getrocknete 200—400, Morcheln, getrocknete 400—[illegible] **Trockenes Gemüse** (½ kg): Bohnen 16—24, Erbsen, [illegible] 18—34, Erbsen, ungeschälte 18—24, Graupen 15—40, [illegible] 20—44, Hafergrütze 20—40, Heidegrütze 24—40, Hirse 1[illegible] Linsen 16—45. **Gemüse-Konserven** (½ kg): Stangenspargel [illegible] bis 95, Erbsen, natürliche 30—80, Bohnen 22—45. **Obst, Süd-** **und Gartenfrüchte:** Äpfel, inländische (½ kg) 8—80, ausländische (½ [illegible] 18—80, amerikanische (½ kg) 30—60, Birnen, inländische (½ kg) 20—[illegible] 20—120, Preißelbeeren (½ kg) — — —, do. amerik. (½ kg) 90—[illegible] Haselnüsse (½ kg) 40—80, Walnüsse (½ kg) 30—60, Weintrauben, inländ. (½ kg) — — —, Weintrauben, ausländ. (½ kg) 55—350, [illegible] sinen (½ kg) 20—50, Mandarinen (St.) 7—20, Datteln (½ kg) [illegible] Feigen (½ kg) 26—160, Korinthen (½ kg) 30—50, Mandeln (½ kg) [illegible] bis 140, Rosinen (½ kg) 30—110, Zitronen (Stück) 3—10. **Trockenobst** [illegible] **eingemachtes Obst** (½ kg): Äpfel 48—110, Birnen 26—100, [illegible] 30—80, Mischobst 25—80, Pflaumen 18—100, Prünellen 80—[illegible] Pflaumenmus 20—35, Marmelade 25—80, eingekochte Preißelbeeren mit Zucker 30—50, eingekochte Preißelbeeren ohne Zucker [illegible] **Molkereiprodukte:** Vollmilch (l) 17—22, Sahne 40—100, [illegible] milch 8—10, Zentrifugen-Magermilch 8, Molkereibutter (½ kg) 11[illegible] 170, Landbutter (½ kg) 115—130, Koch- und Backbutter (½ kg) 70—[illegible] 108—125, Quark (½ kg) 10—20, Sahnenkäse (½ kg) 80—[illegible] Magermilchkäse (½ kg) 22—60, Schweizerkäse (½ kg) 11—20, [illegible] **Margarine** (½ kg) 60—103. **Eier:** Tageseier (Stück) [illegible] eier (15 Stück) 135—170, fremde (15 Stück) 120—150. **Kartoffeln** (50 kg) 250—350, do. (½ kg) 3,5—4. **Honig** (½ kg) 90—250.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Gräßich, Mobschatz bei Dresden. Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden. Druck und Verlag von Kaden & Comp., Dresden.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 19. | Dresden, Montag den 25. Januar 1909. | 20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Personenwechsel im Ministerium des Innern?

Nach der Meldung eines Leipziger Blattes soll Graf Hohenthal infolge seiner schweren Erkrankung seinen Posten im Laufe dieses Jahres aufgeben wollen. Diese Meldung bringt das Neues, wird auch niemand überraschen. Wenn Graf Hohenthal nicht wieder gesund wird, bleibt ihm nichts anderes übrig, als auf seinem Posten zu verzichten. Damit soll ja nach dem ärztlichen Gutachten als wahrscheinlich zu rechnen sein. Sollte aber der Wahlrechtsgraf leidlich wieder hergestellt werden, wird seinen jetzigen Platz kaum sobald räumen. Dazu liegt um so weniger Veranlassung für ihm vor, weil er sich unter Verzichtleistung auf alle früheren liberalen Anwandlungen mit den Konservativen ausgesöhnt hat und das neue Wahlunrecht sicher eine neue konservative Mehrheit bringen wird.

Dem Leipziger Blatte zufolge soll aber für den Fall des Ausgangs Hohenthals bereits ein Nachfolger ausersehen sein und zwar der jüngere Bruder des Präsidenten der Ersten Kammer, Graf Vitzthum von Eckstädt, der früher Amtshauptmann von Annaberg und jetzt als Nachfolger Hohenthals sächsischer Gesandter in Berlin ist.

In der heutigen Morgenausgabe der Dresdner Nachrichten wird die Meldung mit großer Wichtigtuerei dementiert. Es wird aber von der übereifrigen Tante auf der Marienstraße bei in die Luft geschossen. Denn es hat niemand behauptet, daß Graf Hohenthal jetzt sein Amt niederlegen wolle; es ist nur gemeldet worden, daß er im Laufe des Jahres gehen werde. Ein Nachfolger ist nur für den Eventualfall vorgesehen, wie es in Sachsen in den letzten Jahren üblich geworden ist. Metzsch war ja auch noch lange im Amte, als Hohenthal bereits Nachfolger gesichert war. Die Geschichte hat also einige Wahrscheinlichkeit für sich. Hierbei sei noch daran erinnert, daß wir vor einem halben Jahre schon einmal meldeten, daß als Nachfolger Hohenthals ein Graf Vitzthum von Eckstädt ausersehen sei, nur hatten wir anscheinend irrtümlich auf den Präsidenten der Ersten Kammer geraten, während sein Bruder in Betracht kommt.

Das Wassergesetz

wird dem Anscheine nach nun doch noch zustande kommen. Die zwischen den Beschlüssen der Ersten und Zweiten Kammer bestehenden Differenzen sind im Vereinigungsverfahren ausgeglichen worden, und zwar haben beide Teile nachgegeben. Die beiden wichtigsten Differenzen betrafen die Frage der Unterhaltungspflicht und die Flußläufe und die Enteignung der Quellen. In der letzten Frage sollten nach den Beschlüssen der Ersten Kammer die Gemeinden der Unterhaltungspflicht obliegen, während das Zweite Haus die Gründung von Zwangsgenossenschaften forderte. Zur Beseitigung dieser Differenz hatte die Regierung einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der zwar das Genossenschaftsprinzip ablehnte, aber seine Einführung nur langsam und unter Gewährung einer langen, anfänglich auf zehn Jahre veranschlagten Frist in die Wege leiten wollte. Schon in der Verhandlung in der Zweiten Kammer hatte man sich allgemein für eine kürzere Frist ausgesprochen, und im Vereinigungsverfahren ist das Uebergangsstadium bis 31. Dezember 1912 angenommen worden. Auch soll den Gemeinden nach Ablauf dieser Frist die Beibehaltung der Unterhaltungspflicht nicht anheimgestellt.

Einen vollständigen Sieg haben die Agrarkonservativen der Zweiten Kammer in der Frage der Quellenteigung errungen. Es war eine der bösartigsten Verschlechterungen des Wassergesetzes, daß das Recht auf Enteignung von Quellgebieten in dringenden Notfällen gestrichen wurde. Die Erste Kammer hatte das Enteignungsrecht wieder hergestellt, doch blieb das Dreiklassenparlament auf seinem früheren Beschluß stehen. Im Vereinigungsverfahren hat der umstrittene § 149 folgende Fassung erhalten: „Die Enteignung von Grundwasser, Quellen und Quellgrundstücken zum Zwecke der Versorgung von Ortschaften und Ortsteilen mit Haus- und Nutzwasser ist ausgeschlossen.“

Jetzt ist nun jedes Enteignungsrecht besonders ausgeschlossen worden. Die Agrarier haben erreicht, was sie wollten. Wenn Städte jetzt Wasser brauchen, können die Besitzer von Quellgrundstücken ihnen jeden beliebigen Preis abfordern. Unter solchen Umständen ist auf eine Zustimmung zu den Abmachungen im Vereinigungsverfahren in der Zweiten Kammer sicher zu rechnen.

Der sächsische nationalliberale Landesverein

trat am Sonntag in Dresden zu einer Sitzung zusammen, um über die durch das Zustandekommen des neuen Wahlgesetzes geschaffene politische Lage zu beraten und die Vorbereitungen zu den nächsten Landtagswahlen zu treffen. Natürlich geschah dies hinter verschlossenen Türen. Die Presse war nur insoweit zugelassen, als es sich um mehr oder weniger uninteressante Dinge handelte. In einem vom Generalsekretär Dr. Westenberger erstatteten Jahresbericht heißt es u. a., daß die nationalliberale Fraktion in der Zweiten Kammer infolge ihrer Stärke von 31 Mitgliedern ihren Willen nachhaltiger als früher bethätigen konnte. Das hätte sich vor allem in der Tatsache gezeigt, daß die langjährigen Verhandlungen über das Wahlrecht schließlich doch mit einem Ergebnis endeten, das wenigstens dem Grundgedanken nach dem von Anfang an von ihr vertretenen Vorschlag entsprach. Wenn die Zuerkennung von Zusatzstimmen (3) über das Maß hinausgehe, das die nationalliberale Partei für zweckmäßig hielt, so sei es auf die Haltung der Regierung und der konservativen Partei zurückzuführen, die sich mit einer geringeren Sicherung gegen die Macht der Sozialdemokratie nicht begnügen wollten. Da die nationalliberale Partei nach immer der Minderheit sei, mußte sie an diesem Punkte ein wichtiges Zugeständnis machen, aber das Zustandekommen des Wahlgesetzes hindern, daß sie nicht verantworten konnte und wollte.

Die Zahl der dem Landesverein angeschlossenen örtlichen Konstituierungen ist von 71 auf 90 gestiegen, die Zahl der Mitglieder von 11 859 auf 14 256.

Während des letzten Teils der Sitzung, der mit einem Vortrag des Abg. Heitner über die Vorbereitungen zur Landtagswahl und der Kandidatenaufstellung ausgefüllt wurde, mußte die Presse den Saal verlassen. — Nachmittags fand noch eine Hauptversammlung statt, in der man sich über die Reichsfinanzreform und die politische Lage in Sachsen und im Reiche unterhielt.

Wem die Leipziger Stadtväter helfen — und wem sie nicht helfen.

Die Leipziger Stadtverordneten lehnten am vorigen Donnerstag, wie wir berichtet haben, den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Arbeitslosen Geldunterstützungen zu gewähren, die nicht als Armenunterstützung angesehen werden sollen, glattweg ab; selbst von den fünf bürgerlichen Vertretern der dritten Klasse stimmte nur ein einziger für den Antrag. Dieser engherzige Standpunkt der bürgerlichen Mehrheit wird besonders drastisch durch einen Vorgang beim Leipziger Bankkrach illustriert, worauf Genosse Lange in der Leipziger Volkszeitung aufmerksam macht. Am 25. Juni 1901 verkrachte die Bank und bereits am 3. Juli beschlossen die Stadtverordneten, aus allgemeinen Mitteln der Stadt zur Beleihung von Einlagebüchern der Bank eine Million zur Verfügung zu stellen, weil beim Quartalswechsel die Miete, Gehälter und Löhne bezahlt werden müßten. Ausdrücklich wurde anerkannt, daß die Stadt in einer solchen Zeit alles tun müsse, um den Geschädigten über die schwere Lage hinwegzuhelfen. Die Sozialdemokraten stimmten damals für die Forderung, während jetzt die Bürgerlichen gegen eine Unterstützung der in schwerer Bedrängnis befindlichen Arbeitslosen stimmten. Schärfer kann man die Arbeiterfeindlichkeit nicht dokumentieren, als es die bürgerlichen Stadtväter Leipzigs getan haben; denn wahrscheinlich haben sie deshalb gegen den sozialdemokratischen Antrag gestimmt, weil die Unterstützungen nicht als Armenunterstützung angesehen werden sollten. Wird die Notlage der Arbeitslosen nicht behoben, so muß nach § 2 Absatz 1 sowie nach § 25 der sächsischen Armenordnung eine Unterstützung eintreten, aber die Unterstützten verlieren auf zwei Jahre die politischen Ehrenrechte und werden nach § 61 und folgende der Armenordnung der Aufsicht der Armenbehörde unterstellt, der sie über ihr Tun und Lassen jederzeit Rechenschaft zu geben haben. Fallen die Arbeitslosen der Armenunterstützung anheim, was die Sozialdemokratie mit ihrem Antrage verhüten wollte, so können bei den Landtagswahlen im Herbst Hunderte und Aberhunderte nicht wählen; auch bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen trifft das gleiche zu.

Am Mittwoch werden die Leipziger Arbeiter in fünf Volksversammlungen zu der Haltung der bürgerlichen Stadtväter Stellung nehmen.

Die Maßregelungen der Arbeitervertreter vor dem Bergamt.

Wie wir schon berichteten, ist die Rache einiger Grubenmagnaten, besonders im Oelsnitz-Lugauer Revier, so weit gegangen, daß sie die von seiten der Bergarbeiter aufgestellten und auch gewählten Knappschaftsvertreter einfach schnöde aufs Straßenpflaster warfen; trotzdem die Bergarbeiter durch die Gesetze und Statuten der Knappschaftskassen dazu verpflichtet werden, ihre Vertreter zu wählen. Wählen aber Bergarbeiter Leute ihres Vertrauens, dann warten die Grubenmagnaten nicht einmal so lange, bis diese gewählt sind, sondern es gibt sächsische Grubenverwaltungen, die solche Vertrauenspersonen vielfach schon vor der Wahl maßregeln!

Einige von solchen Opfern waren nun bei der Bergbehörde in Freiberg vorstellig geworden, um durch deren Vermittlung die Wiedereinstellung zu ermöglichen. Vom Bergamt war auch eine Einigungsverhandlung anberaumt worden, zu der als Vertreter der Finanzamtmann Dr. Weigelt aus Freiberg erschienen war. Es scheiterten alle Einigungsversuche an dem Herrenstandpunkt des Grubenbesitzers, der einfach eine Wiedereinstellung der Gemaßregelten rundweg ablehnte. Der Direktor des Werkes erklärte, daß er es seinem Werk sowie seinen Arbeitern schuldig wäre, die Kündigung derselben aufrecht zu erhalten.

Selbst die Herren von der Bergbehörde mußten zugeben, daß es nicht gerade als schön und menschenfreundlich zu bezeichnen ist, wenn man jetzt Arbeiter entläßt, wo man doch ganz bestimmt weiß, da sich einer die Füße wundlaufen kann, ohne wieder Arbeit zu bekommen.

Nadelstichpolitik.

Am vergangenen Sonntag hatten sich die Parteigenossen von Mühlgrün bei Auerbach i. V. zusammengefunden, um sich über die Einverleibungsfrage nach Auerbach, Verbreitung der Parteipresse usw. in einer ungezwungenen Besprechung zu unterhalten. Die gänzlich harmlose Zusammenkunft stempelte man jedoch als eine — öffentliche Versammlung und bedachte den angeblichen Veranstalter, Genossen Steinkuhl, Auerbach, mit einer Strafverfügung in Höhe von 10 Mark. Selbstverständlich werden unsere Genossen, da es sich keinesfalls um eine Versammlung, sondern nur lediglich um eine gänzlich harmlose Zusammenkunft handeln kann, gegen diese Strafverfügung Berufung einlegen, um so der Anklagebehörde Gelegenheit zu geben, vor Gericht definieren zu können, wo eine Versammlung anfängt und wo eine harmlose Besprechung aufhört.

Stärkungsmittel oder Heilmittel.

Eine Arbeiterin in Chemnitz hatte zur Kräftigung ihres Körpers nach überstandener Krankheit auf Anraten des Arztes, der sie behandelt hatte, Nährmittel, und zwar Kakao und Honig, gekauft und verzehrt. 37,70 M. hatte sie dafür ausgegeben in der Annahme, daß ihr der Betrag von der Ortskrankenkasse Annaberg, bei der sie versichert war, wieder ersetzt werden würde. Die Kasse weigerte sich aber, den Betrag zu ersetzen. Deshalb klagte die Arbeiterin. Das Verwaltungsgericht der Kreishauptmannschaft Chemnitz wies aber diesen Anspruch zurück mit der Begründung, daß Kakao und Honig wohl „Stärkungs“mittel seien, aber als „Heil“mittel nicht bezeichnet werden könnten; die Krankenkassen seien aber nur zur Leistung von Heilmitteln verpflichtet.

Klingenthal. Die Gemeinderatswahl am 7. und 8. Dezember v. J. ist von der vorgesetzten Behörde für ungültig erklärt worden, weil die Aufstellung der Wählerliste nicht ordnungsgemäß erfolgt war. Die Nachwahl findet demnächst statt.

Frohburg. Die von der Arbeiterschaft nachgesuchte Errichtung einer Ortskrankenkasse wurde vom Stadtgemeinderat abgelehnt, weil eine Aenderung der bestehenden Arbeiterversicherungsgesetze zu erwarten sei. Das ist eine sehr fragwürdige Ausrede.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Nacht zum Sonnabend ist in Plauen die 22jährige Fabrikarbeiterin Olga Kaspar mit ihrem 4 Monate alten Kinde einer Gasvergiftung zum Opfer gefallen. Das Mädchen muß während der Nacht den Gaskocher benutzt haben. Man fand ihn morgens vom Küchenofen herabgenommen und an die Wand gelehnt. Dabei hat sich jedenfalls der vom Kocher zum Gasrohr führende Schlauch gelockert, so daß das Gas infolge des gelockerten Schlauches ungehindert in die Wohnung ausströmte. Als Nachbarn durch den Geruch aufmerksam wurden und in die Wohnung eindrangen, war es bereits zu spät! Mutter und Kind waren tot. Das bedauernswerte Mädchen wollte in kurzer Zeit heiraten. — Im Staatsforst zu Bockau bei Aue fiel dem 18jährigen Waldarbeiter Richard Meinhold beim Baumfällen ein Ast in das Auge und zerstörte die Sehkraft vollständig. Der Bedauernswerte mußte sofort nach Leipzig in die Augenklinik gebracht werden. — Schwere Schicksalsschläge haben die Familie des in Ullersdorf wohnenden Gutsbesitzers Nake betroffen. Die Mutter des Herrn Nake war verstorben, und um den für die Leiche nötigen Sarg abzuholen, fuhr Nake am Freitag nachmittag 5 Uhr mit seiner Schwester im Wagen zu seinem Schwager nach Cunnersdorf bei Schönfeld. Auf dem Rückwege scheuten die Pferde seines Geschirres in der Dunkelheit vor einem vorüberfahrenden Radfahrer und gingen durch. Nake verlor die Gewalt über die Tiere und wurde mit seiner Schwester vom Wagen geschleudert. Nake wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb und nur als Leiche nach Ullersdorf gebracht wurde; seine Schwester trug schwere Rippenbrüche davon und auch ihr Zustand ist besorgniserregend. — Als der im 74. Lebensjahre stehende Rittergutsnachtwächter Lindner in Auerswalde in der vergangenen Nacht in dem ihm zur Verfügung stehenden Raum etwas kleines Holz in den Ofen legen wollte, erfaßte die herausschlagende Flamme seine Kleidung, die ihm buchstäblich vom Leibe gebrannt wurde. In seiner Angst begab sich der Bedauernswerte nach dem Wassertrog, um die Flammen zu ersticken, doch ist er früh gegen 8 Uhr infolge der erlittenen schweren Brandwunden verstorben. — Durch einen vorzeitig losgegangenen Sprengschuß wurde im Steinbruch bei Erlau der Wirtschaftsbesitzer Bemmann tödlich verletzt. Der Verletzte starb bald darauf. — Ein 11 Monate alter Knabe riß in seiner elterlichen Wohnung in Altchemnitz einen Topf siedendes Wasser von der Ofenbank herab und verbrühte sich dabei derart, daß er den schweren Brandwunden, die er am ganzen Körper erlitt, erlag.

Stadt-Chronik.

Lehrer, Geistlichkeit und das „christliche Haus“.

Zu stürmischen, teilweise tumultuarischen Szenen kam es in einer am Sonnabend im Vereinshause von einer Anzahl hiesiger und auswärtiger Herren mit tönenden Namen und Titeln einberufenen Versammlung, auf deren Tagesordnung das Thema stand: Das christliche Haus und die Forderungen der Zwickauer Lehrerversammlung. Zu der Versammlung, die äußerst zahlreich — das Hauptkontingent der Besucher stellten die Lehrer und Geistlichen — besucht war, hatte man die „Väter und Mütter aller Stände aus dem ganzen Lande, die zu dem alten Evangelium von Christo Jesu, dem Sohne Gottes, unserem Erlöser, sich bekennen“ usw. eingeladen.

Geleitet wurde die Versammlung von dem Oberverwaltungsgerichtsrat v. d. Lecken. Die Forderungen der Zwickauer Lehrerversammlung, so behauptete er, hätten im ganzen Lande eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Nicht weniger als 800 Proteste seien bereits beim Kultusministerium eingegangen. (Schrecklich!) Verhältnismäßig am wenigsten sei bisher das christliche Haus zu Worte gekommen, obwohl in dieser Sache die Väter und Mütter allermeist interessiert wären. Die Versammlung solle „aufklärend und belehrend“ wirken. Kürzlich habe ein Schulmeister, der auch Theologe ist, gesagt: In unserm wissenshellen Jahrhundert könnten nur noch Fanatiker und Schwachköpfe auf dem Standpunkt des Glaubens stehen. (Lebhafte Zwischenrufe.) Das sei im höchsten Grade bedauerlich.

Dann nahm der Vortragende, Oberfinanzrat Dr. Mettig, das Wort. Idealismus und Realismus ringen zurzeit um die deutsche Volksseele. Und mitten in diesem Kampfe erklärte die Zwickauer Lehrerversammlung, Religion sei ein wesentlicher Unterrichtsgegenstand, sie sei nötig, um die Gesinnung Jesu im Kinde lebendig zu machen. Diese beiden Grundsätze bewiesen, daß wir mit den sächsischen Lehrern auf ein und demselben Boden stehen, und deshalb müssen wir mit der Lehrerschaft zu einer Einigung kommen! (Lebhafter Beifall.) Die Frage, ob auch das christliche Haus den Religionsunterricht für reformbedürftig halte, müsse bejaht werden. Der Gewalt einer strömenden Geistesrichtung könne niemand auf die Dauer widerstehen. Könne man sich nun aber mit den Zwickauer Thesen, wonach die Schule ein Territorium ist, einverstanden erklären? Nur insoweit, als darin gefordert werde, daß das Gebiet der Anordnung des Stoffes und das Lehrverfahren den Pädagogen allein zu überlassen ist, hinsichtlich der Auswahl und Auffassung des Stoffes müßten jedoch die religiösen Erwägungen überwiegen. Der kleine Katechismus Luthers müsse beibehalten werden. Gewiß enthalte er Dogmen, aber ohne solche seien Religion und Religionsunterricht gar nicht denkbar. (!) Die Lehrerschaft fordere aber Freiheit von den Dogmen aus wissenschaftlichen und pädagogischen Grundsätzen. Wenn verlangt werde, daß der Religionsunterricht im Einklang mit dem geläuterten sittlichen Empfinden unserer Zeit zu bringen ist, so frage er, ob es nicht viel richtiger sei, unser sittliches Empfinden mit der Religion in Einklang zu bringen. Der historische Zusammenhang zwischen Staat, Kirche und Schule dürfe nicht zerstört werden.

In der Debatte wurde die Redezeit auf — 5 Minuten beschränkt. (!) Geheimrat Graf Vitzthum v. Eckstädt erklärte, daß er als Offizier mit dem Vortragenden übereinstimme. Daß der Religionsunterricht eine selbständige Veranstaltung der Schule werden solle, dem könne niemals zugestimmt werden. (Beifall und Widerspruch.)

Oberlehrer Leuschke, der Vorsitzende des Sächsischen Lehrervereins, erklärte, es sei auffallend, daß sich gerade die Kreise am meisten aufregten, die sonst mit der Volksschule nichts zu tun hätten. Den 800 Petitionen lege er nicht den geringsten Wert bei, wisse man doch, wie solche Erklärungen zustande kommen. (Stürmischer Beifall.) Was habe denn überhaupt eine Reform des Religionsunterrichts mit einer Reform der Kirche und des Bekenntnisses zu tun? Wir haben nicht die Interessen der Kirche, sondern die der Kinder zu wahren, das ist für uns Pädagogen die Hauptsache! Von der Forderung auf Beseitigung der geistlichen Aufsicht können wir nicht lassen, das ist der Mittelpunkt unserer Reformbestrebungen. (Langanhaltender Beifall.) Wir wollen keinen theologischen und religiösen, sondern einen pädagogischen physiologischen Unterricht geben. (Bravo- und Schlußrufe. Der Lärm im Saale hat inzwischen einen solchen Höhepunkt erreicht, daß der Vorsitzende nur mit Mühe die Ruhe einigermaßen wieder herstellen kann.) Gegenwärtig, das müsse er im Widerspruch zum Referenten konstatieren, bestünden zwischen hüben und drüben noch unüberbrückbare Gegensätze.

Schuldirektor Arnold: Er sei „evangelisch-lutherisch bis auf die Knochen“, aber es käme ganz darauf an, was man da-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090125/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

runter verstehe. (Beifall.) Unsere Zeit habe einmal das Bestreben, sich in vielen Dingen von den Dogmen der Kirche zu trennen. Wenn der Vortragende gesagt habe, er kenne nichts Unanschaulicheres als den kleinen Katechismus, so möge dies wohl für die Erwachsenen gelten, für die Kinder bleibe er aber unverständlich. (Lebhafte Zustimmung. Rufe: Schluß, Schluß! Abiureten!) Wir durchleben gegenwärtig eine neue Reformation, die Entwicklung lasse sich wohl eine Zeitlang niederhalten, aber totmachen lasse sie sich nicht. (Demonstrativer Beifall.)

Geh. Schulrat Kittan: Die Glaubenslehre ist die Hauptsache im Religionsunterricht; von ihr ist erst die Moral abzuleiten. Den Kindern seien die biblischen Stunden am liebsten. (Gelächter, teilweiser Beifall.)

Rechtsanwalt Dr. Hippe meint, wenn eine große Anzahl hervorragender Namen unter dem Aufrufe für die heutige Versammlung stehe, es dafür nur zweierlei Erklärung gibt: Entweder man handelte aus praktischem, politischem Opportunismus, eingedenk des Grundsatzes: Dem Volke muß die Religion erhalten werden! oder man handelte aus lauterer, ehrlicher Ueberzeugung! (Unruhe und Pfui-Rufe, auf der anderen Seite lebhafter Beifall.) Mit dem christlichen Gedanken sind jedenfalls Zuchthäuser, Eidesleistung und dergleichen unvereinbar, keine Dialektik könne darüber hinweghelfen. (Stürmischer, minutenlanger Beifall.) Ist unsere Ethik überhaupt eine so christliche? Glauben Sie an eine Hölle, an eine unbefleckte Empfängnis? Sie treiben das Kind in Gewissensnöte hinein! (Großer Lärm und Beifall.) Die Lehrer haben recht, wenn sie so gehandelt haben, wie sie es taten. In Deutschland gehöre schon ein gewisser Mut dazu, seine Ueberzeugung zu bekennen. (Enthusiastischer Beifall.)

Oberlandesgerichtsrat Dr. Baring wendete sich in höchster Erregung gegen den Vorredner. Wenn gefragt werde: Glauben Sie an die Hölle und an eine unbefleckte Empfängnis, so sage ich (Redner schlägt mit der Faust auf das Rednerpult): Ich glaube daran! (Beifall.) Wenn der Vorredner gesagt habe, die Zuchthäuser usw. vertrügen sich nicht mit der christlichen Lehre, so erkläre er: Das gehört nicht hierher! (Beifall und Widerspruch.)

Der Vorsitzende wollte, obgleich die Rednerliste noch lange nicht erschöpft war, nunmehr die Debatte abbrechen, mußte aber auf den Widerspruch der Versammlung hin von seinem Vorhaben Abstand nehmen. Zeichner Grunder tritt für die Lehrer ein, die sein Vertrauen haben. Die Zwickauer Thesen seien noch nicht einmal das äußerste, es wird und muß zur vollständigen Trennung zwischen Kirche und Schule kommen. (Beif. l.)

Lehrer Arzt: Was ist denn überhaupt ein Dogma? Neige deine Stirn, und wenn mein hohler Schädel an deinem hohlen Schädel liegt — das ist ein Dogma! (Frenetischer Beifall bei der Lehrerschaft, Zischen und Pfui-Rufe. Die Versammlung hat sich in höchster Erregung zum großen Teil von den Plätzen erhoben. Der Tumult ist derartig, daß der Redner nicht weitersprechen kann. Erst nach einiger Zeit wird es wieder ruhiger.) Vorsitzender: Es tut mir aufrichtig leid, daß die Lehrerschaft gerade diesen Satz vom Dogma mit solchem Beifall begrüßt hat! (Lachen.) Lehrer Arzt (fortfahrend): Diesen Satz hat kein anderer als der Hofprediger Generalsuperintendent Oberkonsistorialrat Herter ausgesprochen, und der muß es doch gewußt haben! (Erneuter stürmischer Beifall.)

Darauf erteilte der Vorsitzende, obwohl sich noch mehr als ein Dutzend Debatteredner gemeldet hatte und von verschiedenen Seiten Rufe: „Zur Geschäftsordnung!" ertönten, kurzerhand das Schlußwort.

Gründlicher konnte die von den Pfaffenfreunden bezweckte Einigung mit der Lehreropposition nicht vorbeigelingen. Wir für unsern Teil haben keine Veranlassung, uns in diesen großen Streit um kleine Dinge hineinzumischen. Wir haben wiederholt dargelegt, wie unzulänglich und schüchtern das Vorgehen der sächsischen Lehrer in dem fraglichen Punkte ist. Um so bezeichnender ist, daß die Honoratioren aber auch hierin schon Gefahr im Verzuge sehen. Helden waren es freilich nicht, sondern mehr komische Figuren, die sie im Vereinshause ins Treffen schickten.

Strafmandate

hat weiter eine Anzahl Personen wegen den Wahlrechtsdemonstrationen am 17. Januar erhalten. Sie lauten fast durchgängig auf Haftstrafen, und zwar sollen die damit Beglückten je nach ihrem „Vergehen" drei bis vierzehn Tage hinter schwedischen Gardinen über die Herrlichkeiten des bürgerlichen Rechtsstaates nachdenken. Diese polizeilichen Strafen sind diktiert wegen Groben Unfugs, Beteiligung an einem nicht genehmigten Umzug usw. In Hochrufen auf das Wahlrecht, im Rufen und Pfeifen bei der Vorbeifahrt des Königs und so weiter werden diese strafwürdigen Dinge erblickt. Von größeren gerichtlichen Aktionen ist bisher nichts bekannt geworden. Aber auch diese Strafbefehle sind bezeichnend genug im Staate des gleichen Rechtes für alle. In Massen nach Kommando auf öffentlichen Straßen etwelche gefürstete Personen hochleben zu lassen, ist nicht nur erlaubt, sondern sehr erwünscht. Wenn aber die Arbeiter gleiche Gefühle für ein wichtiges politisches Recht in derselben Weise ausdrücken, dann ist das strafbarer grober Unfug. — —

Die „Standesinteressen" der Techniker.

Damit beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung, einberufen von der hiesigen Geschäftsstelle des Deutschen Techniker-Verbandes. Der Vorsitzende, Ingenieur Krüger-Berlin, referierte. Redner bezeichnete den Technikerstand als das Aschenbrödel der Industrie. Die Arbeiter haben zuerst begriffen, daß nur durch fromme Organisation zu höherem Menschtum zu gelangen ist. Nach einer in Berlin aufgenommenen Statistik gab es dort 1908 unter 2050 befragten Technikern 339 unter 1200 M. Jahresverdienst, von da bis 1800 M. 581, über 1800 bis 2100 M. 921 und über 2100 M. 439. Im allgemeinen sind die Bau- und Maschinentechniker in der Privatindustrie schlechter bezahlt wie in den Staatsbetrieben. Es müsse verlangt werden, daß alle technischen Lehranstalten in den Besitz des Staates übergehen. Ferner seien zu fordern: die Beseitigung der Konkurrenzklausel, das Verbot der Abnahme des Ehrenwortes, die Unzulässigkeit der schwarzen Listen, Reform des Patentgesetzes usw. Redner hat die Zuversicht, daß mehrere diese Forderungen jetzt bei der Novelle berücksichtigt würden, ebenso glaubt er, daß durch das Entgegenkommen der Arbeitgeber noch eine Reihe weiterer strittiger Fragen auf friedlichem Wege geregelt werden könne. In bezug auf die Pensionsfrage hat er Hoffnung auf die Regierung. Um aber dies alles zu erreichen, sei eine starke Organisation nötig: der 1884 gegründete Deutsche Technikerverband. Dann sprach der Diplomingenieur Pfücker vom Bund der technisch-industriellen Beamten. Er meinte, während der Bund auf geradem Wege den größten Feind, das Arbeitgebertum, direkt bekämpft, gingen der Verband Deutscher Techniker „immer an der Wand lang". Das hätte das Verhalten des Verbandes in Augsburg, Oberschlesien und Friedrichsort bewiesen. Redner übt eingehende Kritik an der Arbeit des Verbandes Deutscher Techniker, der nach seiner Ansicht viel zu leise auftrete, um „Standesfragen" zu lösen. (Während der Ausführungen dieses Redners erhob sich fortwährend Widerspruch mit Beifall gemischt.) Vorstandsmitglied Grohse, Meißen, wendete sich gegen den Vorredner um unverfälschten Unternehmer-Jargon. Er habe sich schon den Haß des Redakteurs vom Meißner sozialdemokratischen Blatte zugezogen. Ein anderer Redner erklärt unter großem Beifall, die Hauptsache sei, daß jeder Techniker organisiert ist, wo, ist gleich, um unsern einigen Feind zu bekämpfen, wie es die Arbeiter machen. Der Streit zwischen den Organisationen zersplittere die Kräfte. Nachdem Pfücker noch einmal gesprochen hatte, machte der Referent vom Schlußwort sehr ergiebigen Gebrauch unter fortwährenden Protestrufen der anwesenden Bundesmitglieder. — Einen Erfolg werden von dieser Versammlung beide Organisationen wohl kaum gehabt haben.

Ein toller Hund

hat kürzlich in Dresden und Umgebung eine ganze Anzahl Menschen gebissen, weshalb bekanntlich die Hundesperre verhängt wurde und die Gebissenen sich in das Pasteursche Institut nach Berlin begeben mußten. Da wird nun häufig gefragt: Wer bezahlt Fahrt und Kur? Die Verwaltung der betreffenden Gemeinde hat bei Mittellosigkeit der Verletzten unverzüglich die Mittel zur Fahrt bez. Zehrkosten vorlagsweise bereitzustellen. Die Behandlung im Pasteurschen Institut zu Berlin ist völlig kostenfrei und werden die Kosten aus Mitteln des Kaiserlichen Gesundheitsamtes bestritten. Die Aufnahme sächsischer Staatsangehöriger ist durch Uebereinkommen geregelt. Weiter ist die Meinung verbreitet: Für getötete tollwütige oder auch nur tollwutverdächtige Hunde oder Katzen könne Entschädigung verlangt werden. Das Gesetz über die Bekämpfung der Viehseuchen bestimmt jedoch ausdrücklich, daß ein Schadenersatz niemand zusteht, auch wenn das getötete Tier nur tollwutverdächtig war.

Selbstmord.

Am Sonntag wurde in ihrer in der Wilsdruffer Straße Nr. 50 gelegenen Wohnung die 52 Jahre alte Privata Anna Grohmann tot aufgefunden. Sie hatte sich in einem Zustand von Schwermut durch Leuchtgas vergiftet.

Vermischte Nachrichten. Die Sitzungen der 6. Strafkammer des hiesigen Landgerichts finden vom 2. Februar an im Justizgebäude auf der Pillnitzer Straße statt. Es handelt sich um Strafsachen gegen jugendliche Angeklagte, die vor das Landgericht verwiesen worden sind, und um Berufungen in Privatklagesachen. Den Vorsitz führt Herr Landgerichtsdirektor Dr. Dürbig. — Aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers sind nächsten Mittwoch die Geschäftsstellen der Polizeidirektion während der Nachmittagsstunden nur für dringliche Angelegenheiten geöffnet.

Berichtigung. In dem Artikel Die Arbeitslosen in Nr. 17 heißt es dritte Spalte unter der Resolution: Der Metallarbeiter-Verband zahlte z. B. im letzten Quartal 1907 an Arbeitslose 38000 M. und in derselben Zeit 1908 128000 M. Diese Summen sind nun nicht im letzten Quartal, sondern im ganzen Jahre ausgezahlt worden.

Gewerbegericht.

In dem Lehrvertrage zwischen dem Pianofortetischlermeister Virke und dem Lehrling Lempe war vereinbart, daß der Lehrling im zweiten Lehrjahre 2 bis 4 M., im dritten Lehrjahre 4 bis 6 M. und im vierten Lehrjahre 6 bis 8 M. Gratifikation wöchentlich mindestens erhalten solle. Weil diese Vertragsbestimmung von dem Meister angeblich nicht voll erfüllt wurde und der Lehrling zu lange beschäftigt worden sei, klagte dieser wegen Auflösung des Lehrverhältnisses. Der Meister antwortete mit einer Gegenklage, denn der Kläger war bereits aus der Lehre fortgeblieben. Der Vater des Lehrlings macht nun geltend, der schriftliche Vertrag weiche — wie er erst jetzt bemerkt hätte — insofern von den vorher getroffenen mündlichen Vereinbarungen ab, als für das zweite Lehrjahr mindestens wöchentlich 4 M., für das dritte 6 M. und für das vierte Lehrjahr 8 M. Gratifikation ausgemacht war. Sein Sohn, der jetzt im zweiten Lehrjahre stehe, habe aber nicht regelmäßig 4 M., sondern vielfach weniger erhalten. Außerdem werde er öfters bis nach 6 Uhr abends beschäftigt. Es wird festgesetzt, daß der Lehrling nur in der Zeit vor Weihnachten länger beschäftigt wurde, und ein großer Teil dieser Ueberstunden entfällt auf die Anfertigung eines Weihnachtsgeschenkes für den Vater, an dem der Lehrling in der Werkstelle arbeitete. Das Gericht ist der Ansicht, daß von einer Ueberanstrengung des Lehrlings nicht gesprochen werden kann. Der schriftliche Vertrag, dessen Gültigkeit vom Kläger angefochten wird, gilt dem Gericht als ordnungsmäßig. Vergleichsweise werden die darin enthaltenen ungenauen Bestimmungen über die Gratifikation durch genauere ersetzt. Das Lehrverhältnis wird fortgesetzt.

Während des Christbaummarktes wurde der Arbeiter Walther von den Christbaumhändlern Uhlitzsch und Keller beschäftigt. Aus diesem Arbeitsverhältnis fordert W. noch 10 M. Lohn, wobei er behauptet, es seien 3 M. Tagelohn vereinbart worden. Das bestreiten die Beklagten, und sie führen insbesondere an, daß der Kläger mit dem ihm gezahlten Lohne ausdrücklich einverstanden war und hinzugefügt habe: „Ich sehe ja, daß ihr selbst nicht mehr verdient habt!" Dieses Einverständnis ist entscheidend und führt zur Abweisung der Klage, nachdem sich der Kläger einer vergleichsweisen Zahlung von 4 M. gegenüber ablehnend verhalten hatte. (Vorsitzender: Gewerberichter Dr. Hänlsche. Unternehmer-Beisitzer: Strohhutfabrikant Küchenmeister und Klempnermeister Paul. Arbeiter-Beisitzer: Hutarbeiter Törner und Modelltischler Patzig.)

Aus der Umgebung.

Deuben. Nächsten Donnerstag, abends 7½ Uhr, findet im Rathause öffentliche Gemeinderatssitzung statt. — Wie mitgeteilt wird, soll gegen die Gemeinderatswahl Einspruch erhoben worden sein. Zur Begründung des Einspruchs macht man geltend, daß minderbesteuerte Ansässige in der Klasse der höchstbesteuerten Ansässigen und umgekehrt höchstbesteuerte Ansässige in der Klasse der Minderbesteuerten gewählt hätten und daß auch Nichtsachsen in den Listen geführt worden seien.

Radebeul. Der Schuhmacher Baumann wurde im Jahre 1896 von der damals noch selbständigen Gemeinde Serkowitz als Nachtwächter mit einem Jahresgehalt von 755 M. angestellt unter der ausdrücklichen Versicherung, daß er nach zehnjähriger Dienstzeit pensionsberechtigt sei. Diese Bestimmung wurde auch in das Ortsstatut aufgenommen. Als Serkowitz sich 1905 mit Radebeul vereinigte, wurde B. als Beamter übernommen. Bei der ersten Gehaltszahlung wurde ihm auch hier die Pensionsberechtigung bestätigt. Anfang Juni 1907 wurde dem Manne, ohne daß er sich des geringsten Vergehens schuldig gemacht hätte, die Stelle plötzlich für Ablauf des Jahres gekündigt. Begründet wurde die Maßregel vom Gemeinderat damit, daß die Nachtwächterstelle eingezogen und dafür zwei Nachtschutzmannsstellen eingerichtet werden sollten, für die sich B. jedoch nicht eignet. Letzterer beanspruchte nun von der Gemeinde Pension. Er beanspruche gemäß der Pensionsordnung 30 Prozent seines zuletzt bezogenen Gehalts als Ruhegehalt. Die Gemeinde verhielt sich ablehnend. In der ersten Verhandlung vor der Kreishauptmannschaft schien ein Vergleich zustande zu kommen, da sich der Gemeindevorstand zur Gewährung einer jährlichen Unterstützung von 180 M. bereit erklärte. Dieser Vergleich wurde jedoch später vom Gemeindeverat widerrufen. Der Kläger, der ärztlicherseits als starker Neurastheniker bezeichnet wird, jetzt aber nicht mehr den Nachweis zu führen vermochte, daß er bei seiner Entlassung dienstunfähig gewesen ist (ein Arzt bezeichnete ihn zur Verrichtung von Botengängen noch für fähig), wurde abgewiesen. In der Urteilsbegründung bemerkte der Vorsitzende, Billigkeitsgründe könnten nicht maßgebend sein, und deshalb habe die Klage abgewiesen werden müssen, so leid es dem Gericht tue. Die Gemeinde sei eben formell zur Kündigung berechtigt gewesen.

Ullersdorf. Der hiesige Gutsbesitzer Nake fuhr am Freitag mit seiner Schwester im Wagen zu seinem Schwager nach Cunnersdorf bei Schönfeld, um einen Sarg für seine verstorbene Mutter zu holen. Auf dem Rückwege scheuten die Pferde in der Dunkelheit vor einem vorüberfahrenden Radfahrer und gingen durch. Nake wurde mit seiner Schwester vom Wagen geschleudert und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb und abends 9 Uhr als Leiche nach Ullersdorf gebracht wurde; seine Schwester trug schwere Rippenbrüche davon, auch ihr Zustand ist besorgniserregend. Sie wurde zurück nach Cunnersdorf befördert und zu den Verwandten in Pflege gegeben.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Falsche Anschuldigung. Bei der Firma Liebscher (Wagenfabrik) arbeitete unter dem Werkmeister Geyer der Stellmacher M., und er erhielt eines Tages von G. den Auftrag, einen Aufbewahrungsraum aufzuräumen. In zwei Tagen war M. mit dieser Arbeit fertig. Er zeigte ihn G. bei dem Betriebsleiter wegen angeblichen Diebstahls an. Er wollte nämlich in dem offenstehenden Kasten von M.s Hobelbank einige Probefläschchen Lack usw., etwa ein Dutzend Messingschrauben in Papier eingewickelt und einen Verreiber gefunden haben. Ferner seien auch aus dem Aufbewahrungsraum während des Aufräumens verschiedene Sachen verschwunden, die nur M. haben könne. Auf diese Anschuldigung hin entließ der Betriebsleiter den schon mehrere Jahre dort beschäftigten M. Dieser bestritt mit aller Entschiedenheit, etwas gestohlen zu haben. Er habe von G. die Weisung erhalten, das unbrauchbare Zeug in die Aschengrube zu werfen. Unter diesem befanden sich auch die kleinen Fläschchen. Da sie feuergefährliche Stoffe enthalten könnten, stellte er sie zunächst in den jedermann zugänglichen Kasten, damit G. später darüber entscheide, was damit geschehen solle. Die Schrauben lagen zur etwaigen Verwendung bei kommenden Arbeiten in dem Kasten bereit, da derartige kleine Posten nicht an den Werkmeister zurückgegeben werden. Wie der Verreiber in den Kasten gekommen sei, wisse er nicht; jedenfalls sei er von jemand anders hineingetan worden. Auch von dem Verbleib der fehlenden Sachen habe er keine Ahnung. Der Betriebsleiter riet hierauf M., G. wegen Beleidigung zu verklagen, damit die Sache klargestellt werde. M. tat dies, das Verfahren schwebt gegenwärtig. Es wurde nämlich gegen M. Anzeige wegen Diebstahls erstattet. Die Verhandlung gegen ihn fand am Sonnabend statt. Ein Mitarbeiter M.s bekundete hier als Zeuge, er habe beobachtet, wie der Werkmeister Geyer, der während des Streiks der Stellmacher als Streikbrecher zu der Firma kam, fortgesetzt Diebstähle beging. G. hätte ganze Pakete mitgenommen und sie gewöhnlich zu seinem Bruder Otto Geyer auf die Kanalwache gebracht. Als ihm das endlich zu viel wurde und dazu noch unschuldige Mitarbeiter in Verdacht kamen, habe er seine Wahrnehmungen eines Tages dem Chef und dem Betriebsleiter mitgeteilt. Er erhielt darauf den Auftrag, den Werkmeister Geyer weiter zu beobachten und ihn womöglich auf frischer Tat anzuhalten. Das hätte sich aber herumgesprochen und G. wurde dadurch gewarnt. Er nahm sich in Zukunft in acht. Eines Tages wurde ihm von einigen Kollegen gemeldet, G. schaffe wieder ein Paket fort. Er ist sofort nachgegangen, sei aber zu spät gekommen. Festgestellt habe er aber, daß G. mit einem Paket fortgegangen, kurze Zeit darauf ohne Paket zurückgekehrt sei. Es müsse ihm dies also auf der Straße von einem anderen abgenommen worden sein. — Der Betriebsleiter wird ebenfalls als Zeuge vernommen, und er stellt dem Angeklagten M. das beste Zeugnis aus. Eine höchst verdächtige Geschichte sei auch ihm erst vor kurzer Zeit mit Geyer passiert. Dieser habe nämlich, da die Firma in der Auflösung begriffen sei, einen Posten Nußholz usw. gekauft. Lange habe er das nicht abgeholt. Als er (der Zeuge) einmal nicht da war, kam G. in der Zeit, wo der Chef auch noch nicht in der Fabrik war, mit einem Wagen. Als er (der Zeuge) zurückkehrte, sah er den Wagen gepackt stehen. Er sah auch sofort, daß darauf Sachen waren, die nicht darauf gehörten. Bei näherer Untersuchung fand er, daß von einem Hausse Modelle, die schon anderweit verkauft waren, über die Hälfte fehlten und sich auf dem Wagen Geyers befanden. Als er diesen deshalb zur Rede stellte, machte er zunächst allerhand Ausflüchte, gab aber schließlich zu, „einen Fehler gemacht" zu haben. — Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme war die Sache nicht mehr zweifelhaft. Der Amtsanwalt enthielt sich eines Antrages und das Gericht erkannte auf Freisprechung. Begründend wurde ausgeführt, es liege der Verdacht nahe, daß die Sachen, von deren Herkunft M. nichts wisse, von einem andern, der die Diebstähle bei der Firma ausführte, in den Kasten der M.schen Hobelbank legte, um den Verdacht von sich abzulenken. — Für den samosen Werkmeister wird wohl die Geschichte noch Blaten ziehen.

Vergehen gegen das Kinderschutzgesetz. Der Bäckermeister Baumann beschäftigte schulpflichtige Kinder morgens vor dem Schulgange mit dem Austragen von Frühstück. Durch eine Anzeige wurde dem nach drei Wochen ein Ende gemacht. Das Gericht verurteilte ihn zu 20 M. Geldstrafe.

Militärgericht.

Rekrutenmißhandlung. Gelegentlich des Schießens der 12. Kompagnie des 177. Infanterie-Regiments in Freiberg am 4. Dezember v. J. legte der Rekrut Körbitz die linke Hand falsch ans Gewehr. Der aufsichtsführende Vizefeldwebel Buhlang „korrigierte" diesen Fehlgriff, indem er dem Rekruten einen Schlag auf die „Pfote" mit dem Deckel der Munitionsliste versetzte. An demselben Abend schmerzte dem Soldaten die Hand und er bemerkte bei näherer Untersuchung ein kleines Geschwür. Als an den nächsten Tagen die ganze Hand anschwoll, stach er auf Anraten seiner Kameraden das Geschwür mit einer Stecknadel auf. Trotzdem ging der Krankheitsprozeß weiter, der Arm schwoll bis zum Ellenbogen an und Körbitz mußte vom Dienst dispensiert werden und sich in ärztliche Behandlung begeben. Der Arzt stellte eine Zellengewebsentzündung fest; die Ursache ließ sich nicht genau ermitteln. Da Körbitz befürchtete, einen steifen Finger zu behalten und dadurch teilweise erwerbsunfähig zu werden, meldete er, um eventuell Pension zu erhalten, die Sache mit dem Schlag. Nun wurde gegen den Feldwebel das Verfahren wegen Mißhandlung in der Ausübung des Dienstes eingeleitet. Er stellte jede Absicht in Abrede und versuchte den Schlag auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Körbitz, dessen Hand vollständig geheilt ist, war sehr zurückhaltend in seiner Aussage und wollte sogar an den „unglücklichen Zufall" glauben. Die Zeugenaussagen waren aber derartig belastend, daß die Schuld des Angeklagten zweifellos feststand. Das Gericht rettete dem Angeklagten noch die Karriere und kam auf eine Verurteilung wegen „unvorschriftsmäßiger Behandlung" zu. Das Urteil lautete auf 3 Tage gelinden Arrest. (!!) — Körbitz gab noch während der Verhandlung an, daß ihm der Feldwebel einmal an der Nase gezerrt habe, daß ihm das Wasser aus den Augen gelaufen sei. Dieser Punkt stand aber nicht unter Anklage.

Briefkasten.

E., Reick. Wenden Sie sich an die Kinderschutzkommission im Volkshaus, Ritzenbergstraße.

Wissen ist Macht. In der Zeitung können wir uns nicht darüber unterhalten. Wenden Sie sich an jenen Verein, der völlig unabhängig in seinen Einrichtungen ist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090125/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Deutscher Reichstag.

192. Sitzung. Sonnabend, 23. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg.

In dritter Beratung wird der Entwurf betr. Aenderungen des Wechselstempelsteuer-Gesetzes debattelos angenommen.

Zur Beratung des Gesetzentwurfes zur Abänderung des Reichsgesetzes wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung (der Entwurf will die Bestimmung streichen, daß das Gehalt der Zivilbeamten von dem sie besoldenden Staate besteuert wird) ergreift das Wort

Abg. Dr. Brunstermann (Reichsp.): Der Entwurf ist ein bundesfreundliches Entgegenkommen Preußens gegen die Kleinstaaten, da namentlich viele preußische Eisenbahnbeamte in anderen Staaten wohnen. Er hat unser Einverständnis.

Abg. v. Brockhausen (kons.) bittet, den Entwurf an die Finanzreformkommission zu verweisen.

Abg. Quarck-Koburg (natl.) begrüßt den Gesetzentwurf.

Abg. Binder (Soz.): Die gegenwärtige Besteuerungspraxis macht sich besonders an Grenzorten nachteilig geltend. Auch für die Arbeiter ist sie ein Schaden. Wenn z. B. ein Arbeiter, der lange Zeit in Ludwigshafen gearbeitet und ein kleines Anwesen erworben hat, nach dem benachbarten Mannheim in Schlafstelle ziehen muß, infolge Arbeitslosigkeit, so wird er dort zur Steuer herangezogen. Wir sind im großen und ganzen mit dem Entwurf einverstanden. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Enders (freis. Volksp.) ist für die Vorlage, die aber für Preußen eine selbstverständliche Pflicht bedeutet.

Abg. v. Damm (wirtsch. Vereinigg.) empfiehlt die Annahme der Vorlage ohne Kommissionsberatung.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (freis. Vereinigg.) tritt ebenfalls für Annahme ohne Kommissionsberatung ein.

Abg. v. Strombeck (Zentr.) desgleichen.

Abg. Freiherr v. Gamp (Reichsp.) bittet die Konservativen, sich mit der Erledigung des Entwurfes im Plenum einverstanden zu erklären.

Abg. Dr. Zehnter (Zentr.) ist namens seiner Fraktion mit der Erledigung ohne Kommissionsberatung einverstanden.

Der Antrag v. Brockhausen auf Kommissionsberatung wird abgelehnt. Der Antrag Gamp auf Ansetzung der zweiten Lesung wird angenommen.

Es folgt Fortsetzung der Besprechung der beiden Interpellationen betr. Handhabung des Vereinsgesetzes.

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Das Material des Herrn Staatssekretärs gegen die polnischen Gewerkschaften war durchaus kein erdrückendes. Unter den von ihm verlesenen Aeußerungen einiger Redakteure sollte man nicht die polnischen Gewerkschaften leiden lassen. Man kann von uns Polen doch nicht die völlige Aufgabe des Nationalitätsgefühls als eine staatsbürgerliche Pflicht verlangen. Wenn wir auch nicht durch ein Naturereignis, sondern durch eine verwerfliche Politik Haus und Hof verloren haben, so verdienen wir doch nicht minder Mitgefühl wie die Unglücklichen in Messina. (Lebh. Zustimmung bei den Polen.) Wird es doch dem polnischen Arbeiter durch die preußische Politik unmöglich gemacht, sich auf seiner heimatlichen Scholle ein Häuschen zu bauen. Wir werden trotz aller Unterdrückung auch in Zukunft allen Stürmen mit Ruhe entgegensehen. (Lebh. Bravo! bei den Polen.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Ich habe nicht beliebige Zeitungsausschnitte verlesen, sondern aus zwei polnischen Zeitungen, welche satzungsgemäße Verbandsorgane der polnischen Gewerkvereine sind. (Zuruf b. d. Polen: Publikationsorgane!) Man kann jedenfalls nicht von nebensächlichen Zeitungsstimmen sprechen, aber es freut mich, daß Fürst Radziwill diese Blätter von seinen Rockschößen abschüttelt. Ich habe das nationale Gefühl der Polen nicht getadelt, ich habe nur Tatsachen vorgeführt und bewiesen, daß dieser Zusammenschluß der polnischen Arbeiter in der Schürung des Hasses gegen das Deutschtum seinen Ausdruck findet. Wenn Fürst Radziwill dies nicht billigt, so hoffe ich, daß er erreichen wird, daß dieses Schüren aufhört. (Lebhafter Beifall b. d. Kons. und Natl.)

Abg. Ledebour (Soz.): Im allgemeinen haben die bürgerlichen Herren Redner meine Erwartungen erfüllt. Erstaunt hat mich aber Herr Junck. Er fand es beschämend, daß nicht mehr Beschwerden vorgebracht wurden. In Wahrheit ist es aber beschämend, daß er kein Gefühl dafür hat, auf welche skandalösen Zustände in der Verwaltung es schließen läßt, daß so viele Beschwerden innerhalb so kurzer Zeit vorgebracht werden mußten. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) Ein solcher Mann zeigt, daß er bar ist jeden Ehrgefühls eines freien Mannes. (Großer Lärm im Block.) Redner mit erhobener Stimme: Bar jeden Ehrgefühls eines freien Mannes. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Vizepräsident Kaempf: Sie haben dem Abg. Junck das Ehrgefühl abgesprochen (Abg. Ledebour: das Ehrgefühl eines freien Mannes! Sehr richtig! bei den Soz.) Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! (Bravo! im Block.)

Abg. Ledebour fortfahrend: Ich gebe zu, daß Herr Junck das Maß von Ehrgefühl besitzt, das den Anforderungen seiner Partei entspricht. (Sehr gut! bei den Soz.) In Sachsen besteht die Praxis, daß bei Einreichung einer Beschwerde gegen eine Behörde die Hinterlegung einer Summe drei-, sechs-, achtmal verlangt wird, und daß der Beschwerdeführer dieses Geld verwirkt, wenn die Beschwerde zurückgewiesen wird. Das wirkt natürlich abschreckend auf die Einlegung von Beschwerden. Daß das Gesetz teilweise Verbesserungen brachte, haben wir stets zugegeben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber das Entscheidende ist, daß es mit einem Ausnahmegesetz verkoppelt ist. Als prinzipielle Gegner jeden Ausnahmegesetzes, die wir selbst unter einem solchen gelitten haben und neuerdings vom preußischen Ministerpräsidenten mit einem Ausnahmegesetz bedroht wurden, unterschreiben wir auch heute noch, daß dieses Gesetz eine Schande ist, was ja auch Herr Müller-Meiningen früher einmal gesagt hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Der Minister stellt sich nun hierher und sagt, es ist Remedur geschaffen. Sie besteht aber darin, daß der Beamte sie ganz einfach hinter den Spiegel steckt und alles beim alten bleibt. Er weiß ja, daß für sein Fortkommen nichts vorteilhafter ist als die schroffste Anwendung des Gesetzes. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Der Herr Staatssekretär hat das Verhalten des Beamten zu entschuldigen versucht, der in rigoroser Weise in einer Breslauer Frauenversammlung die Entfernung von Kindern und Jugendlichen verlangt hat. Die betreffende Dame schreibt mir aber, daß sie auf die vom Staatssekretär so anstößig befundenen Dinge erst am Schluß der Versammlung zu sprechen kam, nachdem bereits die Jugendlichen entfernt waren und die Versammlung schon eine ganz andere Zusammensetzung hatte. Das Unglaublichste hat sich aber der Amtsvorsteher v. Alvensleben geleistet. In Falkenburg war eine Versammlung angekündigt, in der über die Amtsführung des früheren Gemeindevorstehers gesprochen werden sollte. Der Amtsvorsteher verfügte wörtlich folgendes:

An den Lokalinhaber;

Hiermit untersage ich, daß in Ihrem Lokal eine öffentliche Versammlung betreffs Amtsführung des früheren Amtsvorstehers am 17. d. M. stattfindet. (Hört, hört!)

Das ist die reine Paschawirtschaft, womit ich allerdings den türkischen Paschas nicht beleidigen will. (Heiterkeit.) Man hat sich natürlich an die Verfügung nicht weiter gekehrt, aber ich möchte wissen, was geschieht mit einem solchen Beamten? Das ist doch offenbarer Mißbrauch! (Sehr wahr! b. d. Soz. u. Zuruf: Bekommt einen Orden!) Die Mehrheit dieses Hauses hat nichts getan, um den Spielraum der Verwaltung einzuschränken und solchen Mißgriffen vorzubeugen. Der preußische Ministerpräsident, selbst ein Wackelnder, hat im preußischen Abgeordnetenhaus die bureaukratische Selbstherrlichkeit geradezu zur Drangsalierung der Sozialdemokratie aufgefordert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Zitate des Staatssekretärs aus der sozialdemokratischen Presse habe ich seitens meiner Fraktion zu erklären: wir wünschen die polnischen Gewerkschaften nicht anders behandelt, als wir uns selbst behandelt wissen wollen. (Lebh. Bravo! b. d. Polen u. i. Zentrum.) Schon früher habe ich durchgreifend nachgewiesen, daß weder im Gesetz noch in der Verhandlung im Plenum ein Wort gesagt worden ist, welches die Anwendung des Sprachenparagraphen auf die polnischen Berufsvereine rechtfertigen könnte. Nachdem der Staatssekretär auf die Anfragen der Abgeordneten Graef und Müller-Meiningen unklar geantwortet hatte, hat ihn mein Parteifreund Huß zu einer bestimmten Erklärung zu provozieren versucht. Er hat aber geschwiegen. Es ist nach diesen Vorgängen erwiesen, daß man die Unklarheit gewollt hat. (Sehr wahr! bei der Minderheit.) Ich appelliere an die Herren Richter hier im Hause! Ich bin fest überzeugt, Sie würden einen Vertrag, der in solcher Weise zustande gekommen, für ungültig erklären. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Müller-Meiningen, in dessen Gehirnwindungen sich hineinzudenken einem gesunden Geiste nicht möglich ist (Heiterkeit), hat allerdings nachher einen logischen Salomortale gemacht und zu seinem Kommentar noch einen Bizekommentar geschrieben, in dem er das Wort „bewußt" eingeschaltet haben will. Vielleicht schreibt er später noch einen Bizekommentar, worin er sagt, daß unter deutscher Gewerkschaftsbewegung doch nicht die sozialdemokratische zu verstehen sei. (Sehr gut! bei den Soz.) Zum Schlusse frage ich, was versprechen Sie sich denn von diesen Verfolgungen? Die Polen werden sich nach wie vor vermehren, und zwar stärker als die Deutschen. Sie werden auch nicht auswandern, sondern auf das Gesetz pfeifen, weil sie sich als Männer, ebenso wie wir Sozialdemokraten, durch Ausnahmegesetze nicht ins Bockshorn jagen lassen. Nur die Blamage der deutschen und preußischen Politik wird noch unsäglicher. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. und Polen.)

Präsident Graf Stolberg (mit erregter Stimme): Sie dürfen die preußische und die Reichspolitik nicht als unsägliche Blamage bezeichnen. (Lebhafter Widerspruch und Unruhe bei den Soz. und im Zentrum.) Der Präsident schwingt erregt die Glocke und ruft: Ich bitte um Ruhe.

Abg. Ledebour fortfahrend: Fürst Radziwill hat mit Recht auf die Wirkung im Auslande hingewiesen, daran können die larmoyanten Ausführungen des Staatssekretärs nichts ändern.

Präsident Graf Stolberg springt erregt auf und ruft mit lauter Stimme: Sie dürfen nicht von larmoyanten Ausführungen des Staatssekretärs sprechen. (Allgemeine Verwunderung im ganzen Hause. Lebhafte Unruhe bei den Soz., Polen und im Zentrum.) Ich rufe Sie zur Ordnung! (Erneute große Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Sie schneiden sich ins eigene Fleisch, wenn Sie diese unglückliche Politik weitertreiben. Sie erreichen nur die Diskreditierung und die Verfolgung der Deutschen im Auslande. Das Gesetz muß geändert werden, und es wird weggefegt werden, sobald die jetzige Block-, Bülow- und Bureaukratenherrlichkeit weggefegt wird. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten und Polen.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Fischer bestreitet, daß in Sachsen bei Annahme von Beschwerden Kaution verlangt wird. Es werden auch jetzt noch häufig Beschwerden dort eingelegt.

Abg. Schirmer (Zentr.): Das Vereinsgesetz, das ist jetzt erwiesen, ist ein Ausnahmegesetz gegen die Polen. Wir wenden uns gegen die Unterdrückung der Polen aus Gründen des Rechts und der Freiheit. Ich habe es selbst miterlebt, daß durch die Unterdrückungen unter dem Ausnahmegesetz, die alle Arbeiter trafen, Tausende von Arbeitern, die vorher nicht an Sozialismus dachten, zu Sozialdemokraten geworden sind. (Hört, hört!) Gerechtigkeit im Innern macht das Vaterland nach außen stark.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Volksp.): Für ein Ausnahmegesetz sind wir unter keinen Umständen zu haben. (Laute Zweifelsrufe bei der Minderheit, Rufe: in der Blockära ist alles möglich.) Redner braucht alsdann, ohne vom Vizepräsidenten Kaempf gehindert zu werden, Scheltworte wie Schmäher, Querulant usw. gegen Ledebour, beklagt sich aber dabei fortwährend, daß man über ihn schimpft.

Abg. Styczel (Pole): Wenn die Ausführungen des Staatssekretärs über die Tätigkeit der polnischen Berufsvereine so richtig wären, wie sie in der Tat falsch sind (Sehr wahr! bei den Polen und den Sozialdemokraten), so wäre das doch ganz belanglos, denn es kommt darauf an, wie diese Berufsvereine sich unter dem neuen Vereinsgesetz verhalten haben. (Beifall bei den Polen.)

Abg. v. Liebert (Reichsp.) ist sittlich hochgradig entrüstet über die angebliche Zeitverschwendung einer angeblich verschwindenden Minderheit angesichts der Geschäftslage des Reichstages. Durch seine Ausführungen über ungeheuerliche Volksvermehrung der Polen, polnischen Uebermut und durch seinen furor teutonicus ruft der Redner fortgesetzt minutenlange Heiterkeitsausbrüche hervor, durch die der Beifall der Hakatisten völlig übertönt wird. Besonders, als der Redner sich über Boykott beklagt, bricht ein schallendes Gelächter aus.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. In einer persönlichen Bemerkung weist Abg. Ledebour (Soz.) auf die erfreuliche Tatsache hin, daß Vizepräsident Kaempf gegenüber den vom Abg. Müller-Meiningen gebrauchten Ausdrücken von einer sonst ungewohnten Weitherzigkeit gewesen sei.

Vizepräsident Kaempf verbittet sich unter großer Heiterkeit der „Minderheit" die Kritik an seiner Geschäftsführung.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Unlauterer Wettbewerb.)

Schluß 4½ Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Polizeikampf gegen rote Kranzschleifen.

In Borbeck bei Essen, wo vor einigen Monaten ein Parteigenosse von eifrigen Polizisten erschossen wurde, führt die Polizei nebenbei auch einen erbitterten Kampf gegen rote Schleifen. Zur Beerdigung eines Genossen in Dellwig bei Borbeck hatte der Verlag der Arbeiterzeitung einen Kranz mit roter Schleife gewidmet. Die in einer Anzahl von vierzehn Mann erschienene Polizei verlangte und erzielte die Entfernung der Schleife. Es folgte ein Strafmandat von 80 M., das sich auf eine Polizeiverordnung von 1907 stützte, wonach das Tragen von Abzeichen, Bändern usw. in anderen als den Landesfarben verboten ist.

Das Schöffengericht, das sich dieser Tage mit diesem Fall zu beschäftigen hatte, kam zur Freisprechung. Das Urteil führte aus: „Es geht aus der Polizeiverordnung nicht hervor, daß unter Bändern auch Kranzschleifen usw. zu verstehen sind. Es war deshalb Freisprechung unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse zu erkennen.

Die weitere Frage, ob die Polizei berechtigt gewesen sei, die Entfernung der Schleife zu verlangen, wolle das Gericht nicht entscheiden."

Quittung. Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein: Groß-Berlin a konto seiner acht Wahlkreise 20 000,—. Berlin, diverse Beiträge: Von den Kollegen der Werkstatt J. Demuth 5,—. Werkstattarbeiter der Firma H. Hoffmann, Friedrichstr. 50/51 50,—. Dr. K. R. 25,—. Dr. Siegfrieda 5,—. Kollegen v. Judenberg 12,50. „Abt" 5,—. Machetes 5,—. Dr. L. A. 100,—. Die Kontobucharbeiter vom Wedding 5,—. M. W. 2,—. M. B. 50,—. Gutenberg 34,60. Dr. H. 100,—. Rest der Groschenkasse v. d. Schlossern der Firma Protos 5,—. Kassenbestand bei Auflösung der Frauenorganisation durch Gen. Baader 417,64. Von den Verwaltungsbeamten der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 27, Hamburg), Filiale Berlin II 75,—. Sechs Hutmacher, Königstr. 28 15,—. Jule, Ritterstr. 83, 4. Quart. 08 17,70. Knabe 5,—. Berlitz, von den blauen Brüdern im Sanatorium 15,—. Desgleichen 30,80. Bern 50,—. Chemnitz, A. E. 1,—. Dresden-Land a konto der Beiträge des 6. sächs. Wahlkreises 3000,—. Diez-Limburg-Weilburg, Sozialdemokr. Kreiswahlverein 10,—. „Eschwege" 4,—. Eisenach, Beitrag des 2. weimar. Wahlkr. für 1. Halbjahr 1908/09 120,—. Falkenberg (Oberschl.) 3,—. Gera, Sozialdemokr. Verein für Reuß j. L., Halbjahrsbeitrag 800,—. Gebweiler i. Els., 4. Quart. 1907 19,36. Desgl. 1. Halbjahr 1908 12,03. Desgl. 3. Quart. 08 15,92. Görlitz-Lauban, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 08 231,33. Hamburg, 3. Wahlkr. a konto der Beiträge für 1908/09 15,000,—. Hamburg, in der Exped. des Hamb. Echo eingeg. 167,43. Köln a. Rh., Reg.-B. 20,—. Kiel, 7. schlesw.-holst. Wahlkr. a konto der Beiträge für 3. Quart. 08 1000,—. Leipzig, a konto der Beiträge des 12. sächs. Wahlkr. für 1908/09 500,—. Luckenwalde, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 08 110,22. Leipzig-Land, a konto der Beiträge des 13. sächs. Wahlkreises für 1908/09 6000,—. Magdeburg, Sozialdemokratischer Verein 4. Quart. 08 1000,—. Desgl. Extrabeitrag 1000,—. Mrotzen, C. H. 25,—. Mülhausen i. Els., Sozialdemokr. Kreisverein für 4. Quart. 08 78,56. München, G. R. 3,—. Neustadt (Holst.), Wahlkreisbeitrag für 2. und 3. Quart. 08 91,26. Nürnberg, Gau Nordbayern, Beitrag für 3. Quart. 08, Wahlkreise: Regensburg 44,84; Amberg 8,10; Neumarkt i. O. 3,30; Neustadt W. N. 11,04; Hof 114,69; Baireuth 112,29; Forchheim-Kulmbach 26,52; Kronach-Lichtenfels 48,15; Bamberg 33,04; Nürnberg 1137,04; Erlangen-Fürth 406,98; Ansbach-Schwabach 102,15; Eichstätt 12,59; Dinkelsbühl 16,98; Rothenburg 9,30; Kitzingen 11,52; Neustadt a. S. 9,93; Schweinfurt 56,81; Würzburg 75,63; Summa 2325,36. Olvenstedt, Wahlkr. Wolmirstedt-Neuhaldensleben, 1. Quart. 1908/09 120,—. Rixdorf, Zähler 17. 11. 9,—. Rappoltsweiler-Markirch, 3. Quart. 08 8,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Strehlen i. Schl., Beitrag des Wahlvereins für 4. Quart. 08 12,60. Stettin, Beitrag der Provinz Pommern für 3. Quart. 08, Wahlkreise: Stettin 207,72; Randow-Greifenhagen 801,56; Ueckermünde-Usedom 38,44; Greifswald-Grimmen 58,—; Stralsund-Rügen 80,80; Anklam-Demmin 16,16; Stolp-Lauenburg 6,72; Pyritz-Saatzig 20,88; Greifenberg-Kammin 8,80; Neustettin 8,—; Dramburg-Schivelbein 4,40; Bütow-Schlawe 4,—; Summa 755,48. Schwenningen, 9. württemb. Wahlkreis, 3. Quart. 08 121,16. Spandau, D. 1 3,—. X. Y. Z. 6334,70. Zingst, „Insulaner" 6,—. Zinsen aus dem Marxismus 6595,45.

Berlin, den 16. Januar 1909.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Eine Lohnstatistik der deutschen Arbeiterschaft.

ssc. Zuverlässige und umfassende Lohnstatistiken sind noch etwas Seltenes. Man ist daher genötigt, um solche zu erlangen, sich nach Hilfsmitteln umzusehen, die ursprünglich nicht zu diesem Zwecke bestimmt sind. Solche Hilfsmittel bieten in reichem Maße die Ergebnisse der Arbeiterversicherung. Sowohl die Geschäftsergebnisse der Unfall-Berufsgenossenschaften als der Krankenkassen und schließlich auch der Invaliden-Versicherungsanstalten sind schon zu solchen lohnstatistischen Arbeiten herangezogen worden.

Nach § 34 des Invalidenversicherungsgesetzes werden die Versicherten nach der Höhe ihres Jahresarbeitsverdienstes fünf verschiedenen Lohnklassen zugeteilt. Wenn auch bei der Zuteilung kleinere Abweichungen zu beachten sind (richtet sich dieselbe doch zunächst nach der Zugehörigkeit der Versicherten zu den Lohnklassen der Krankenversicherung), so läßt doch die Anzahl der in den einzelnen Lohnklassen verwendeten Beitragsmarken einen wenigstens annähernd richtigen Schluß auf die Einkommensverhältnisse der Versicherten zu. Das Ergebnis derartiger Feststellungen ist um so interessanter, als gerade bei der Invalidenversicherung die Versicherungspflicht auf alle über 16 Jahre alten gegen Gehalt und Lohn beschäftigten Personen ohne Unterschied des Berufs sich erstreckt.

Nimmt man die dem Reichstage vorgelegten Nachweisungen der Versicherungsanstalten und ähnlichen zugelassenen Kasseneinrichtungen zur Hand und nimmt man an, daß jeder Versicherte durchschnittlich jährlich 50 Wochenbeiträge entrichtet hat, so ergibt sich folgendes Bild über die Besetzung der einzelnen Lohnklassen:

	Klasse I		Klasse II		Klasse III		Klasse IV		Klasse V	
	Jahresarbeitsverdienst in Mark									
	bis 350		350—550		550—850		850—1150		über 1150	
Jahr	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1903	1678363	13	3762231	30	3211590	27	2148290	18	1464136	10
1905	1656265	12	3803326	29	3327496	25	2374454	18	2047482	17
1907	1573331	11	3614525	26	3393648	24	2656285	19	2857198	20

Zunächst zeigt die Statistik, daß nur ein ganz beschränkter Teil — im Jahre 1907 waren es 20 Proz. — der Versicherten ein Einkommen von über 1150 M. im Jahre hat. Es sind dies vorzugsweise die in der Statistik mit einbegriffenen Werkmeister, Privatangestellten und sonstige in „gehobener" Lebensstellung befindliche Personen. Der größte Teil, und zwar rund 50 Proz. der Versicherten, befindet sich in der 2. und 3. Klasse, hat also ein Einkommen von zirka 400 bis 800 M. Die Zusammenstellung zeigt eine Verschiebung der Versicherten von den unteren nach den oberen Klassen. Soweit das nicht auf die durch Anstellung zahlreicher Kontrollbeamten immer gewissenhafter werdende Durchführung der Versicherung zurückzuführen ist, ist die Verschiebung eine Folge der durch den gewerkschaftlichen Kampf gestiegenen Arbeiterlöhne. Freilich muß auch daran erinnert werden, daß die Lebensmittel fortdauernd im Preise gestiegen sind. Daß diese Lohnaufbesserungen durch die inzwischen noch mehr gestiegenen Preise der Lebensmittel usw. überholt worden sind, sei nur nebenbei erwähnt.

Der verhältnismäßige Umfang der Besetzung der einzelnen Lohnklassen ist natürlich in den einzelnen Gebieten des deutschen Reiches ein sehr verschiedener. Das veranschaulicht folgende Zusammenstellung nach den Ergebnissen des Jahres 1907:

	Klasse I bis 350 M.		Kl. II 350 bis 550 M.		Kl. III 550 bis 850 M.		Kl. IV 850 b. 1150 M.		Kl. V über 1150 M.	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Berlin	10646	2	139642	20	109106	16	155574	23	265223	39
Westfalen	19547	3	165698	25	175476	27	138694	21	162417	24
Kgr. Sachsen	79017	6	322886	26	352848	29	228161	18	262572	21
Posen	133573	41	114936	35	41901	13	17776	5	19183	6
Ostpreußen	156584	42	140189	38	37846	9	29503	6	16911	5

Die Tabelle zeigt ganz gewaltige Verschiedenheiten. Während z. B. in Berlin nur 2 Proz. der Versicherten der niedrigsten Klasse mit 350 und weniger Mark Jahresverdienst angehören, sind das in Ostpreußen 42 Proz. Dagegen gehören in Berlin 39 Proz. der höchsten Klasse an, in Ostpreußen aber nur 5 Proz. Besser als durch diese Gegenüberstellung können die Hungerlöhne, welche die Agrarier bezahlen, nicht veranschaulicht werden. Da sich bekanntlich die Renten, welche die Invaliden erhalten, nach der Klasse richten, in welcher die Beiträge entrichtet worden sind, so erhalten demnach die landwirtschaftlichen Arbeiter auch die niedrigsten Renten.

Gegen die Richtigkeit der Statistik könnte nur das eingewendet werden, daß die Zuteilung der Versicherten zu den einzelnen Klassen keine genügende Sicherheit für die Berechnung abgäbe. Dem ist entgegenzuhalten, daß eine solche Einwendung auf die Unternehmer zurückfiele, die dann bei der Beitragsentrichtung nicht die nötige Genauigkeit hätten obwalten lassen.

Aus der Umgebung.

Zum Konflikt in der Färberei und Wäscherei von Kallnich in Haidsberg!

Nachdem sich leider eine Anzahl Arbeitswilliger gefunden hat, sieht sich die Streikleitung veranlaßt, den Streik abzubrechen. Herr

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090125/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kallinich hat alles mögliche angegeben, um nur Leute zu bekommen. Die Frauen der in der Fabrik wohnenden Arbeiter mußten alle mitarbeiten. Leute, die bereits früher bei der Firma beschäftigt waren, sind mit Einladungen beglückt worden. Ob aber der Betrieb mit diesen Elementen in der Hochsaison aufrecht erhalten werden kann, das möchte man bezweifeln, es sei denn, die Feiertage werden zur Arbeit benutzt, wie das so bei Kallinichs üblich ist.

Die Löhne sind keine hohen zu nennen, besonders die männlichen Arbeiter werden minimal entlohnt. Junge Leute werden da bevorzugt; denn diesen braucht man nicht so viel zu geben wie den älteren. Auch die Mädchen verdienen sehr wenig. Nur die im Akkord Arbeitenden bringen es auf einen einigermaßen annehmbaren Lohn, vorausgesetzt natürlich, daß die eben tüchtig arbeiten. Wenn eine im Akkord arbeitende Plätterin so den Tag 12 Stunden und noch länger gearbeitet hat, dann hat sie vielleicht, wenn die Woche um ist, zirka 15 M. verdient, ein hoher Lohn für eine so überlange Arbeitszeit! Die in festem Lohn arbeitenden Mädchen erhalten natürlich bedeutend weniger. Beim Arbeitsantritt wird den Mädchen gesagt, es gibt einen Wochenlohn von 7 M. Wenn man nun denkt, die Woche wird voll bezahlt, so irrt man gewaltig. Jede Stunde wird abgezogen, die nicht gearbeitet wird. Wenn die Hochsaison beginnt, so im Frühjahr, da werden Ueberstunden gemacht; allerdings werden für diese 25 Prozent Zuschlag bezahlt, aber nur den im Lohn Arbeitenden, die Akkordleute bekommen keinen Zuschlag. Diese haben ja schon einen so „hohen Lohn". Werden 13 Stunden gearbeitet an einem Tag, so bekommt jede Arbeiterin eine mit Wurst belegte Semmel und einen Topf Kaffee, gewiß anerkennenswert. Daß aber die Leute dies erst der Firma verdienen müssen, das bedenken viele nicht. Auch über die Arbeitsweise könnte so manches geschrieben werden. Die Behandlung läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig. Die Mädchen, die sich etwas gefallen lassen, stehen auch gut angeschrieben, bei einem Vorgesetzten hauptsächlich. Das konnte man in letzter Zeit ganz besonders beobachten.

Ob die Einwohner von Dresden und Umgegend auch so zufrieden sind mit der Arbeit, die jetzt geliefert wird, kann man nicht wissen. Vielleicht kommt die Firma nicht wieder in die Lage, die Feiertage zur Arbeit benutzen zu müssen.

Ausland.

Arbeitslosenfürsorge.

Fast täglich melden die bürgerlichen Depeschenbureaus, daß in der oder jener Stadt „abermals" Mittel zur Verfügung gestellt worden seien, um die Not der Arbeitslosen zu lindern. Daß es sich bei solchen Meldungen und bei den ihnen zugrunde liegenden Beschlüssen sehr oft um Vorspiegelung falscher Tatsachen handelt, wies im Frankfurter Stadtparlament Genosse Dittmann wieder einmal an einem typischen Beispiele nach.

Frankfurt a. M. war die erste deutsche Stadt, die einen Notstandsausschuß zur Prüfung der Wirkungen der Krise und zur Ergreifung geeigneter Maßnahmen gegen die Not der Arbeitslosen geschaffen hat. Große Dinge wurden angeregt. Die Stadt sollte mit leuchtendem Beispiel vorangehen, alle Tränen sollten getrocknet werden — vor den Wahlen. Nach den Stadtverordnetenwahlen pressierte es den bürgerlichen Herren garnicht mehr. Nicht ein einziges Mal ist der mit so großem Tamtam angekündigte Notstandsausschuß noch zusammengetreten; einer privaten Hilfsaktion überließ man es, ein paar Bettelpfennige zur Linderung der allergrößten Not zusammenzufechten, von den angeregten oder bewilligten Notstandsarbeiten wurde kaum eine zur Ausführung gebracht und einzelne Aemter muteten den eingestellten Arbeitslosen überdies zu, 14 Tage auf ihren Lohn zu warten, damit nur ja der Andrang zu diesem städtischen „Wohltätigkeitsakt" kein allzu heftiger werde!

Und was antwortete der schönfärberische Oberbürgermeister Adickes unter dem Beifall seiner getreuen Blockliberalen, um den einzelnen Aemtern das soziale Gewissen zu schärfen? „Man möge nur ja nicht glauben, daß der Magistrat sich hier auf Umwegen eine Nebenregierung aufdrängen lassen werde! Zur „Schärfung des sozialen Gewissens" der einzelnen Aemter sei der Notstandsausschuß nicht gegründet worden."

So sieht es in der „sozialpolitischen Musterstadt" mit der Unterstützung der Opfer der Krise aus. Wie mag es erst in anderen Städten sein?

Ein siegreicher Streik in der elsässischen Textilindustrie.

In der Baumwollweberei von Godfrey u. Eidsser in Bühl (Oberelsaß) streikten während acht Tagen alle 300 Arbeiter und Arbeiterinnen, weil sich die Firma — trotz wiederholter Reklamationen — geweigert hatte, die in die Arbeitszeit fallenden Wartestunden zu bezahlen. Jetzt hat die Firma nachgegeben, so daß am Sonnabend den 23. Januar die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte. Unter den größtenteils unorganisierten Leuten hat der Deutsche Textilarbeiterverband, dessen Mülhausener Beamtenschaft den Streik leitete, zahlreiche Mitglieder gewonnen.

Die Wirkungen der Verhältniswahl.

Bei den Arbeitgeberwahlen zum Gewerbegericht in Saalfeld, die zum ersten Male nach der Verhältniswahl stattfanden, wurden fünf vom Gewerkschaftskartell vorgeschlagene und 13 gegnerische Arbeitgeber gewählt. Auf unsere Liste entfielen 574, auf die gegnerische Liste 1680 Stimmen. Bei der Arbeiterbeisitzerwahl wurden bekanntlich sämtliche 18 vom Gewerkschaftskartell vorgeschlagenen Kandidaten gewählt, da die sogenannten „reichstreuen Arbeiter" nicht die notwendigen Kandidaten zur Vorschlagsliste aufbringen konnten.

Ausland.

Streik im Hafen von Savona.

Die in Korporationen organisierten Hafenarbeiter von Savona (Provinz Genua) haben seit Jahren Tarifverträge mit den Turiner Firmen für alle Löscharbeiten im Hafen. Diese Tarifverträge werden alljährlich erneuert. Auch in diesem Jahre haben alle Firmen Turins, die beständig Waren über Savona beziehen, die Verträge erneuert, bis auf zwei, die auf die Anfrage der Organisationen gar nicht antworteten. Da sich nun im Hafen von Savona eine neue Genossenschaft von Schauerleuten gebildet hat, die nicht den gewerkschaftlichen Organisationen angehört und auch die Absicht zu haben scheint, unter dem Tarif zu arbeiten, so argwöhnen die alten Korporationen, daß die beiden Turiner Firmen sich dieser neuen Organisation bedienen wollen. Es wurde so beschlossen, alle Turiner Firmen zu boykottieren und die Hafenarbeiter-Organisationen aller anderen Häfen Liguriens aufzufordern, ein gleiches zu tun. Dieser am 16. Januar proklamierte Boykott hat sich nach zweitägiger Dauer zu einen allgemeinen Ausstand der Hafenarbeiter von Savona verwandelt, weil man die erwähnte neue Genossenschaft boykottierte Waren verladen sah. Die Zahl der Hafenarbeiter in Savona beläuft sich auf mehr als 1000, von denen die Mehrzahl organisiert ist. Der Gesamtverkehr des Hafens beträgt über 1½ Million Registertonnen.

Soziales.

Offerte in Menschenfleisch.

Uns wird folgendes, offenbar einem Unternehmer zugegangene Schreiben übermittelt.

P. P.

Wir gestatten uns mit Gegenwärtigem ergebenst mitzuteilen daß wir in der Lage sind, für das Frühjahr 1909 ruthenische Arbeiter, die den Aufenthaltsbeschränkungen in Deutschland nicht unterliegen, sowohl in größeren, als auch in kleineren Partien abzugeben. Auf Wunsch stellen wir auch galizisch-polnische Arbeiter. Da sich diese Leute für die Beschäftigung in Ihrem Betriebe sehr gut eignen, teilweise in derartigen Betrieben auch schon tätig waren, erlauben wir uns hiermit anzufragen, ob Sie geneigt wären, solche einzustellen? Um Ihnen hierbei in jeder Weise entgegen zu kommen, sind wir bereit, nur unsere Selbstkosten zu berechnen.

Wir sind davon überzeugt, daß ein Versuch Sie befriedigen und veranlassen dürfte, künftig Ihren Arbeiterbedarf regelmäßig bei uns zu decken. Namentlich in Zeiten steigender Konjunktur und damit verbundener Leutenot wird es von großem Vorteil für Sie sein, eine sichere Quelle in unserem Grenzamte zum Arbeiterbezuge an der Hand zu haben.

Für das Frühjahr 1909 empfiehlt es sich, die Ausländer möglichst bald zu bestellen, weil dann durch die uns zur Verfügung stehende Zeit die Auswahl und Anwerbung leichter und mithin die Qualität der Leute eine bessere ist.

Für baldgefällige Nachricht im voraus bestens dankend, stehen wir mit unseren Bezugsbedingungen und Verträgen zur ev. Auftragserteilung gern zu Diensten, und zeichnen inzwischen

Hochachtungsvoll

Grenzamt der Deutschen Feldarbeiter-Zentralstelle Berlin Neuberun.

So sehen unsere „Nationalen" aus. Es ist bekannt, daß die Feldarbeiter-Zentrale alljährlich die fremden Arbeiter an die deutschen Unternehmer, die fast durchweg auch große Patrioten sind, zu Hunderten „in größeren als auch in kleineren Partien" (wie man sich oben so geschmackvoll ausdrückt) abgibt. Was fragen diese Leute danach, ob Deutschland damit immer mehr mit fremden Völkern durchsetzt wird oder ob die deutschen Arbeiter jetzt in der Krise Arbeit haben: die Hauptsache ist für sie, möglichst viel Geld zu verdienen. Und das erreichen sie durch willige und billige Arbeitskräfte. Ihren Mangel an wahrem Patriotismus suchen sie zu verdecken, indem sie ihren Handlangern, der bürgerlichen Presse, den Auftrag geben, bei jeder Gelegenheit recht laut in die Welt hinauszuschreien: Die Sozialdemokraten sind schlechte Kerle, sie sind antinational!

Versammlungen.

Korbmacher. Am 16. Januar fand im Volkshaus eine außerordentlich gut besuchte Korbmacherversammlung statt. Sie beschäftigte sich mit den Verhältnissen der Kollegen in der Geschoßkorbbranche. Kollege Lauter hielt ein einleitendes Referat, in dem er die überaus schlechte Lage der in der betreffenden Branche beschäftigten Kollegen schilderte, eine Lage, wie sie durch das Submissionswesen und die herabdrückende Tendenz der Militärbehörden bei Vergebung der Arbeiten hervorgerufen werde. Eine Resolution, die die Beseitigung der Mißstände fordert, fand einstimmige Annahme. Die Resolution soll an die Militärbehörde abgesandt werden. Alsdann wurde noch der Jahresbericht gegeben und die Neuwahl der Sektionsleitung vorgenommen. (Eing. 22./1.)

Die Lithographen und Steindrucker, Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und Buchbinder hatten am 19. Januar eine Versammlung in den Gasthof Niedersedlitz einberufen. Sie war überaus stark besucht. Genosse Leinen sprach über: Die Lage in unserem Berufe und die Gefahren der neuen Steuervorlagen. Der Referent verstand es, die Schäden der neuen Steuervorlagen und besonders die Steuern auf Plakate vor Augen zu führen. Genosse Hermann forderte die anwesenden Hilfarbeiterinnen auf, sich zu organisieren, damit sie gewappnet seien, wenn die Folgen der Steuerpolitik sie treffen werden. Eine gegen die neuen, gewerbeschädigenden Steuern eingebrachte Protestresolution fand einstimmige Annahme. (Eing. 22./1.)

Reichenberg. Sonntag den 17. Januar fand die Halbjahrsversammlung des Bezirks Reichenberg statt, die sehr gut besucht war. Ueber die Frage: Was lehren uns die letzten Gemeinderatswahlen? entspann sich eine sehr lebhafte Aussprache. Genosse Wagner aus Vorderdorf machte die Mitteilung, daß gegen die Gemeinderatswahl in Vorderdorf in der 2. Klasse der Ansässigen wegen verschiedener Verstöße Protest erhoben worden sei. So habe als Wahlbeisitzer Gemeindeältester Postsekretär a. D. Keller fungiert, wie aber aus dem Steuerrestantenverzeichnis hervorgehe, sei dieser Herr mit seinen Gemeinde- und zum Teil auch Staatssteuern noch von 1906 im Rückstande. Die Amtshauptmannschaft hat die Beschwerde zurückgewiesen mit der Begründung, daß Herr Keller am 28. November Steuern bezahlt habe. Am 5. Dezember fand die Wahl statt. Man beschloß einstimmig, gegen diesen ablehnenden Bescheid der Amtshauptmannschaft Rekurs einzulegen. Aus dem Bericht des Bezirksleiters und Kassierers ging hervor, daß die Parteitätigkeit im allgemeinen befriedigend gewesen sei, nur im Ortsteil Alt-Reichenberg lasse sie zu wünschen übrig. Alsdann wurde der Vorstandsbericht gegeben, wobei sich über die Wahlrechtsfrage eine lebhafte Debatte entspann. Eine Resolution gelangte zur Annahme, die dem Vorstande des 4. Wahlkreises überwiesen werden soll. Unter Vereinsangelegenheiten machte Genosse Sommer als Leiter der Einwohnerversammlung vom 12. Dezember die Mitteilung, daß er eine Strafverfügung von 3 M. erhalten habe, weil die Versammlung noch nach 12 Uhr getagt habe. Es wurde aber auch bekanntgegeben, daß Herr Angermann, Zementarbeiter und Hausbesitzer, der unser Gegenkandidat in der 2. Klasse der Ansässigen war und der noch kurz vor 12 Uhr das Wort nahm und trotz mehrfacher Aufforderung des Vorsitzenden bis nach 12 Uhr sprach, es mit einem Herrn Oswald Hoyer, Maurer, gewesen sein soll, die bei der Behörde Anzeige erstattet haben sollen. Auf diese Angelegenheit kommen wir jedenfalls nochmals zurück, da von seiten des Genossen Sommer eine Eingabe an die Amtshauptmannschaft gemacht wurde. — Weiter kam zur Sprache, daß die beiden Genossen Bernhard Geisler, Maurer und Hausbesitzer aus Reichenberg, und Milchhändler Gommlich aus Vorderdorf sich bei der letzten Gemeinderatswahl von unseren Gegnern aufstellen ließen. Einstimmig wurde beschlossen, den Antrag auf Ausschluß beim Vorstande zu stellen. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, immer so zahlreich zu erscheinen, da dann auch den Mitgliedern etwas geboten werden könne, schloß der Vorsitzende die Versammlung. (Eing. 23./1.)

Markthelfer, Packer. Die Markthelfer usw. waren am 20. Januar zahlreich in den Reichshallen versammelt. Kollege Schiller hielt einen Vortrag über: Die Arbeitslosigkeit und ihre Wirkung auf das Erwerbsleben. Derselbe wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Hierauf gab der Bevollmächtigte einen kurzen Bericht über die agitatorische Tätigkeit, die die Verbandsleitung unter den Handelshilfsarbeitern im verflossenen Jahre zu entfalten hatte. Ebenso berichtet er über verschiedene Verhandlungen mit hiesigen Firmeninhabern. Redner geht auf die Agitation unter den Kollegen in den Stroh- und Filzhutfabriken näher ein und berichtet über die erzielten Fortschritte. In mehreren Fällen machte sich ein gemeinsames Vorgehen mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen notwendig, u. a. in der Frage des Achtuhr-Ladenschlusses. An diesen Bericht schloß sich eine lebhafte Debatte. Hierauf wurde die Wahl des Branchen-Vertrauensmannes vorgenommen. Der Vorsitzende machte dann auf die am 17. Februar im Volkshause stattfindende Jahres-Generalversammlung aufmerksam und ersuchte um zahlreichen Besuch. Ferner wurde auf das am 23. Februar (Fastnacht) stattfindende Stiftungsfest unseres Verbandes hingewiesen. Ueber das Arrangement desselben entspann sich eine kurze Debatte. Ein Kollege kritisierte dann in scharfer Weise das Verhalten der hiesigen Neuesten Nachrichten und richtete an alle diejenigen, die dieses Blatt noch halten, die dringende Mahnung, das Abonnement endlich aufzugeben und dafür die Dresdner Volkszeitung zu bestellen, da diese allein unsere Interessen vertritt. Mehrere Kollegen schließen sich dieser Aufforderung an. Nachdem der neugewählte Vertrauensmann noch einen Appell an alle Anwesenden gerichtet hatte, ihn bei seiner Tätigkeit tatkräftig zu unterstützen, erfolgte Schluß der Versammlung. (Eing. 23./1.)

Transportarbeiter. Die Kohlenträger und Trägerinnen sowie Platzarbeiter hielten am 19. Januar ihre Branchenversammlung ab. Der Vertrauensmann gab zunächst einen kurzen Bericht über seine Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr. An denselben schloß sich eine längere Debatte, in der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei verschiedenen Firmen scharf kritisiert wurden. In der jetzigen ungünstigen Zeit der Wirtschaftskrise versuchen verschiedene Unternehmer nach Möglichkeit die Löhne zu drücken. Eine Firma, die bisher 38 Pf. die Stunde zahlte, bietet jetzt 35 Pf., usw. Verschiedene Redner machten auf die Löhne der Platzarbeiter aufmerksam, die dringend einer Aufbesserung bedürfen. Der Vorsitzende geht auf verschiedene Punkte näher ein und weist darauf hin, daß an die Regelung der Lohnverhältnisse zu gegebener Zeit herangetreten werden wird. Die Organisation müsse aber unter den Kohlenarbeitern noch eine bessere werden, dazu müsse die jetzige Zeit ausgenutzt werden. Als Branchenvertreter für die Ortsverwaltung wurde der bisherige Vertrauensmann Docekal einstimmig wiedergewählt. (Eing. 23./1)

Neues aus aller Welt.

Neue Erdbeben.

Messina, 23. Januar. Heute abend 7 Uhr 30 Min. wurde eine sehr starke Erderschütterung wahrgenommen, die acht Sekunden anhielt und auch an Bord der Schiffe gefühlt wurde. Die Barackenbauten am Lande gerieten ins Wanken. Die Bevölkerung ist leidlich beunruhigt.

Messina, 24. Januar. Um 5 und 6 Uhr nachmittags wurden drei kurze Erdstöße wahrgenommen. Ebenso wurde in Milazzo eine starke Erderschütterung verspürt, die große Verwirrung unter der Bevölkerung hervorrief.

Reggio, 23. Januar. Um 7 Uhr 20 Min. abends ereignete sich ein leichter Erdstoß, dem 7 Uhr 24 Min. ein sehr heftiger Stoß von kurzer Dauer folgte, der an Stärke dem vom 28. Dezember gleichkam. Mehrere bereits beschädigte Mauern stürzten ein. Die Bevölkerung hat sich großer Schrecken bemächtigt.

Reggio, 23. Januar. Auch in Palmi, Bagnara, Scilla und Villa San Giovanni wurde ein sehr heftiger Erdstoß verspürt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Reggio, 24. Januar. Infolge der Erdstöße, die sich gestern abend ereigneten, ist der Tunnel zwischen Villa San Giovanni und Scilla eingestürzt. Die Eisenbahnverbindung war bis heute nachmittag unterbrochen.

Rom, 24. Januar. General Mazza hat an den Ministerpräsidenten Giolitti aus Messina gestern ein Telegramm gesandt, in dem es heißt: Heute wurden 117 Leichen aus den Trümmern geborgen. Der amerikanische Dampfer Celtic ist mit einer großen Menge Fleisch und anderen Hilfsmitteln für die Ueberlebenden im Erdbebengebiet eingetroffen. Feuerwehrleute aus Palermo sind angestrengt tätig, um die an verschiedenen Punkten der Stadt noch immer wütende Feuersbrunst zu löschen.

General Tarditi hat an den Ministerpräsidenten aus Palmi gestern telegraphiert: Die Arbeiten schreiten in dem ganzen von dem Beben betroffenen Gebiet gleichmäßig fort. Ein Ingenieur hat die Erdspalten untersucht, aus denen Schwefeldämpfe aufsteigen und festgestellt, daß sie in keinem Zusammenhang mit den Erderschütterungen stehen und keinen Anlaß zu Befürchtungen geben.

•

Konstantinopel, 24. Januar. In der Nähe Smyrnas wurden am 21. d. M. viele Erdstöße verspürt, deren Gewalt aber nicht sehr groß war. Dagegen war auf Chios die Erderschütterung sehr stark. Die Bevölkerung eilte zum Meeresufer. Am 20. d. M. hatte ein mittlerer Erdstoß stattgefunden.

Hamburg, 24. Januar. Gestern nacht wurde von den Apparaten der hiesigen Hauptstation für Erdbebenforschung wieder ein katastrophales Fernbeben registriert. Das durch das Beben betroffene Gebiet ist von Hamburg etwa 8700 Kilometer in West-Richtung entfernt. Wie bei dem jüngsten Erdbeben in Südtirol schlug auch dieses Mal die Pendelmasse mehrere Minuten hindurch an die Sicherheitsschraube. Die Aufzeichnungen begannen 3 Uhr 55 Min. 14 Sek. und dauerten zwei Stunden. Eine vorläufige Berechnung ergibt, daß der Boden in horizontaler Richtung Schwingungen von mindestens 1½ Millimeter Weite in einer Zeit von 20 Sekunden gemacht.

Eine Schiffskatastrophe.

Boston, 23. Januar. Der Dampfer Republic der White Star Linie ist heute morgen bei dichtem Nebel auf der Höhe von Nantucket von einem unbekannten Fahrzeug angerannt worden. Der Dampfer berichtet durch drahtloses Telegramm, daß er schnell sinke. An Bord befänden sich 250 Passagiere erster Klasse und 211 Zwischendeckspassagiere, die sich auf einer Reise nach dem Mittelmeer befänden. Der Maschinenraum des Schiffes stehe bereits unter Wasser. Sofort nach Eintreffen dieser Nachricht sind mehrere Schiffe, darunter der Baltic von der Red Star Linie und der französische Dampfer Lorraine der Atlantic Compagnie, ferner ein Küstendampfer und ein Zollkutter nach der Unfallstätte abgegangen, um dem sinkenden Dampfer Hilfe zu leisten.

Neuyork, 24. Januar. Der Dampfer, der die Republic angerannt hat, war die Florida, die bei dem Zusammenstoß selbst erheblich beschädigt worden ist. Die Baltic der White Star Linie nahm Passagiere und Mannschaft der Republic an Bord, die Florida brachte ihre eigenen Passagiere nach Neuyork.

Neuyork, 24. Januar. Nach einem drahtlosen Telegramm des Kapitäns des Dampfers Baltic, der neben dem verunglückten Dampfer Republic liegt, ist es möglich, die Republic fortzuschleppen.

Neuyork, 24. Januar. Nach neuerer Feststellung wurden an Bord des Dampfers Republic 2 Kajütenpassagiere getötet, während 2 andere verletzt wurden. Von den Zwischendeckspassagieren der Florida büßten vier ihr Leben ein.

Siasconsett, 25. Januar. Durch ein drahtloses Telegramm wird die Nachricht übermittelt, daß der Dampfer Republic gestern abend 8 Uhr 30 Min. gesunken ist, während er sich im Schlepptau auf der Rückfahrt nach Neuyork befand. Es war niemand an Bord, als das Schiff sank. Die Mannschaft war wohlbehalten nach dem Schleppdampfer Grafham gebracht worden.

•

Triest, 24. Januar. Eine Bora mit Windgeschwindigkeit von 95 Kilometern in der Stunde wütet in Triest und ganz Istrien. In den Straßen sind Seile gespannt, der Verkehr ist gestört, die Schiffe können nicht in den Hafen einlaufen.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke am 25. Januar, mittags 12 Uhr.

Barometer: 760. Schön Wetter
Thermometer: — 1° R.
Thermometrograph: Min. —5, Maxim. +1.
Hygrometer: 67%.
Wasserstand: — 190.

Versammlungskalender für Dienstag.

Bezirk Striesen. Abends 8 Uhr Tanzabend in Hammers Hotel.
Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter. Filiale Dresden. Abends 9 Uhr Schneiderversammlung in der Restauration.
Volksbildungsverein Radeberg. Mitgliederversammlung im Sächsischen Reiter.
Bezirk Pirnaldiswalde-Schmiedeberg. Abends 8½ Uhr Wöchentliche Versammlung in der Reichskrone, Pirnaldiswalde.
Möbelpacker, -Träger und Hilfsarbeiter. Abends 9 Uhr Branchenversammlung im Volkshaus.
Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Dresden und Umgegend. Abends 8½ Uhr Vertrauensmänner-Versammlung im Volkshaus.
Bäcker. Nachmittags 4 Uhr öffentliche Versammlung in der Restauration.
Verband der Tapezierer. Filiale Dresden. Abends 8 Uhr General-Versammlung in den Reichshallen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090125/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] gefällte Verband behält sich durchaus [illegible], daß das Preisgericht zur Beurteilung der in den Fachausstellungen des Kunstgewerbevereins zum Wettbewerb gestellten Arbeiten [illegible] . . . zu chemnt hat. In vorzüglicher Hochachtung Der Vorstand des Dresdner Kunstgewerbevereins: . . . . Dresden, den . . . .
Der mit dem 1. Preise ausgezeichnete Entwurf wird ausgeführt. 8. Tischler. Formen und Text stehen im Ermessen des Bewerbers. Buchbinder (fällig bis mit 3. Februar): 1. Halbfranzband. 2. Gesangbuch; Preis etwa 25 M. Maler (fällig bis mit 3. Februar): Kaffeetischdecke. Die Skizzen für die Gesamtdecke und zwei Kacheln müssen in Deckfarben auf Holz ausgeführt sein. Bildhauer, Modelleure und Stukkateure (fällig bis mit 3. Februar): 1. Decke für Salon, Speise- oder Wohnzimmer mit Wandabschluß, 1 : 10 für bürgerliche Verhältnisse, ein Stück wesentlichen Stück in natürlicher Größe. 2. Kamin mit Wand- und Deckenanschluß. 3. Wandbrunnen für Diele oder Wintergarten, ½ natürliche Größe mit Materialangabe. 4. Urne mit Sockel zur Anbringung der Schrift. 5. Kopfstück einer Grabeinfassung zur Aufnahme von Grabplatten. 6. Stand- oder Kaminuhr-Gehäuse, in Naturholz ausgeführt oder auch vergoldet. 7. Salon-, Rauch- oder Speisetisch. 8. Beleuchtungskörper für ein Speisezimmer, Mittel- oder Wandbeleuchtung in Bronze oder Messing ausgeführt.

Preisrichter sind für Buchbinder, Buchdrucker und Lithographen die Herren Schriftsteller Kalbschmidt, Frau Irma Lux, Buchdruckereibesitzer Kleiser, Professor P. Naumann, Hofbuchbinder Oesterreich, Buchbindermeister Kleine, Professor Schumacher; für dekorative Malerei: die Herren Professor Guhmann, Professor Lossow, Dekorationsmaler May, Maler Moedin, Dekorationsmaler Gebr. Rothe, Dekorationsmaler E. Seifert, Professor P. Schumann; für dekorative Plastik: die Herren Holzbildhauer Albrecht, Bildhauer Bräunig, Bildhauer Burghardt, Hofrat Dorngot, Dr. phil. Fechter, Baurat Frauberer, Professor Groß, Bildhauer A. König, Oberbaurat Schmidt. Die Preisaufgaben sowie Anmeldeformulare können durch die Kanzlei der Königl. Kunstgewerbeschule bezogen werden.

Musik Ueber die Musik der Gegenwart und Richard Strauß sprach am Sonntag abend der Herausgeber der Neuen deutschen Rundschau, Professor Dr. Oskar Bie aus Berlin. Die Art und Weise, wie Bie seine Gedanken dem Publikum beibringt, wie er in leichtem Plaudertone seine Zuhörer auf den Punkt hinführt, auf den es ihm gerade ankommt, ist köstlich. Obwohl Bie doch allein redet, hat man bei ihm doch immer das Gefühl, als ob man mit ihm in lebhafter Unterhaltung begriffen sei. Kein lehrhaft aufdringlicher Ton drängt sich störend dazwischen.

Die Gedankengänge des Vortrages waren dem Fachmanne nicht neu. Denn Bie hat über die betreffenden Fragen schon Schriften veröffentlicht. Eine davon, Moderne Musik und Richard Strauß, die in der Sammlung Die Kultur bei Bard, Marquardt u. Komp. in Berlin erschienen ist, habe ich schon öfters zitieren können. Bei seinem Vortrage ging Bie davon aus, daß Wagner hinter uns liege. Die Forderung nach dem Gesamtkunstwerk sei ein Fehlschlag gewesen. Auch bei Wagner habe — glücklicherweise — die Praxis anders ausgesehen als die Theorie, und unweigerlich sei Wagner beim Parsifal wieder zur Oper zurückgekehrt. Die nachwagnerischen Strömungen in der Musik gehen sehr auseinander. Gemeinsam haben sie das Bestreben, sich von den Fesseln Wagners zu lösen. Führer, der leidenschaftliche, Schillings, der Aristokrat, Humperdinck, der gemütvolle, sind die Hauptvertreter der deutschen Oper der Gegenwart. In Frankreich hat sich eine Art von Sezession gebildet, die starke bildnerische Neigungen hat. Ihr Haupt ist Claude Debussy, der in seiner Oper Pelleas und Melisande die Musik mit äußerster Rücksichtslosigkeit zur Dienerin des dramatischen Gehaltes der Dichtung machte; so, daß die Musik gar kein eigenes Leben mehr führt. Die italienische Oper der Neuzeit pflegt wieder die Musik mehr um der Musik willen. Sie steht im Zeichen einerseits des deutschen Verdismus, anderseits des gezügelten Melodismus. Zu den Italienern muß man auch d'Albert rechnen. Die absolute Musik wird im wesentlichen in Deutschland gepflegt. Sie ist als eine Art von musikalischen Gewissen angesehen. Reger und Mahler sind gegenwärtig die bedeutendsten Komponisten dieser Richtung. Ganz abseits von allen steht Strauß. Er gehört in die Rubrik Berlioz, das heißt, seine Bedeutung beruht darauf, daß er aus dem Apparat der Musik (vornehmlich dem Instrumentalklang) heraus seine Musik schafft. Aus dieser Schaffensweise heraus sind seine sinfonischen Dichtungen vom Zarathustra an zu erklären. Die betreffenden Ueberschriften haben kaum etwas mit der Musik zu tun. Statt Zarathustra könnte die Ueberschrift besser lauten: „Kampf zwischen Chromatik und Diatonik." Im Heldenleben finden wir den Kampf der verschiedenen Instrumentengruppen gegeneinander. Die Blechbläser sind der Held, die Violine die Frau, die Holzbläser die Widersacher. In der Sinfonia domestica ist das Instrumentale dann wieder etwas überwunden zugunsten eines lebendigeren Inhalts. In der Oper hat Strauß eine ähnliche Entwicklung durchgemacht. Salome zumal entsteht in ihm als sinfonische Oper. Nicht der Stoff als solcher reizt Strauß, sondern die Möglichkeiten, die er für Orchesterfarben bietet. Auch die Elektra sei aus diesem Klangsinn heraus entstanden. Nur seien statt der leuchtenden Farben der Salome jetzt die dunklen bevorzugt. Bie glaubt übrigens, daß die Koloristik der Salome in der Elektra doch zugunsten der Dramatik etwas zurücktritt. Unser Zeitalter zieht seine Kühnheit aus der Lösung technischer Probleme. Daß Strauß in der Musik dieses Problem künstlerisch gelöst habe, erkläre seine Popularität. — Zur Ergänzung der Bieschen Ansicht, daß die Strauß-Oper in erster [illegible] und den letzten Elektra-Proben erwähnen. Schuch hatte das Orchester, wie üblich, wundervoll abgedämpft, um die Singstimmen zu heben. Strauß verlangte größere Stärkeentfaltung. Frau Schumann-Heink meinte, daß man dann nichts mehr von ihr höre und Strauß meinte darauf, daß das auch nicht so wesentlich sei. Im übrigen: Warten wir ab, was die Uraufführung heute bringt!

Liederabend für die Schüler der 37. Bezirksschule im Gasthof zu Wölfnitz. Seit Jahren ist man erfreulicherweise bestrebt, die Kunst als Gemeingut und Bildungsmittel allen auch dem Volke zugänglich zu machen. Volksvorstellungen im Schauspielhause, Konzerte zu ermäßigten Preisen, unentgeltlicher Eintritt in Kunstsammlungen und dergleichen suchen dieses Ziel zu fördern. Freilich setzen alle diese Veranstaltungen neben dem natürlichen Kunstempfinden auch ein gewisses Kunstverständnis voraus. Dieses Kunstverständnis anzubahnen und weiterzubilden, hat die Volksschule sich zur Aufgabe gemacht, soweit das mit den bescheidenen Mitteln, die ihr zu diesem Zwecke zu Gebote stehen, möglich ist, vor allem auch auf dem Gebiete der Musik. In dankenswerter Weise hat die Volkssingakademie bisher sich in den Dienst der guten Sache gestellt und alljährlich Kinderkonzerte veranstaltet. Doch konnte immer nur ein kleiner Teil der Schüler einer Schule diesen Darbietungen beiwohnen. Um so mehr ist es zu begrüßen, wenn sich den einzelnen Schulen künstlerische Kräfte zur Verfügung stellen, damit ermöglicht werde, alle Schüler an einer künstlerischen Darbietung teilnehmen zu lassen. In dieser glücklichen Lage befindet sich die 37. Bezirksschule, die dank der Bereitwilligkeit der beiden Konzertsängerinnen Fr. Engel und Frl. Liebold nächsten Dienstag den 26. d. M., abends 7 Uhr, im Gasthofe zu Wölfnitz ihren Schülern eine solche Einführung in die Liederkunst zu bieten vermag.

Kleine Mitteilungen Die Familie eines verstorbenen Vereinsmitglieds [illegible] bittet zur Feier des 150. Geburtstages Schillers einen Betrag zur Besserung aller Kosten für die Neuausstattung und Neuinszenierung von Wallenstein und Goethes Faust.

Caruso hat sich kontraktlich verpflichtet, nächsten Herbst in den englischen Provinzstädten eine Tournee zu unternehmen. Sein Honorar beträgt 40000 M. pro Woche.

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 27. Januar. Opernhaus (Altstadt): Salome. Drama in einem Aufzuge. Musik von Richard Strauß. Anfang 7 Uhr. — Schauspielhaus (Neustadt): Die Rabensteinerin. Schauspiel in vier Akten von Wildenbruch. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater. Operetten-Abonnement 5. Serie: Der Fidele Bauer. Anfang 7½ Uhr. — Zentraltheater. Der tapfere Soldat. Anfang 7½ Uhr.

Wochenplan der Königl. Hoftheater. Opernhaus. Sonntag (zum ersten Male): Elektra (8). Dienstag: Salome (8). Mittwoch: Freischütz; Symphonia domestica (8). Donnerstag: Elektra (8). Freitag: Zar und Zimmermann (7). Sonnabend: Tannhäuser (7). Sonntag: Undine (½8). Montag: 4. Sinfoniekonzert Reihe B (Sollst: Dem Kreisler, Gollisch (7). — Schauspielhaus. Sonntag: Kommilitonen (½8). Dienstag: Die Rabensteinerin (½8). Mittwoch: Die glückliche Hand (½8). Donnerstag (neu einstudiert): Donna Diana (½8). Freitag: Clavigo (8). Sonnabend: Donna Diana (½8). Sonntag: Donna Diana (½8).

Residenztheater. Am Dienstag wird im Operetten-Abonnement 5. Serie, Freitag im selben Abonnement 3. Serie Der Fidele Bauer aufgeführt. Am Mittwoch findet die 25. Aufführung der Operette Die Förster-Christl statt; am Donnerstag und Sonnabend wird die Operette wiederholt. Das Weihnachtsmärchen Die Reise ins Märchenland geht jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, bei ermäßigten Preisen in Szene.

Vorträge. In der Literarischen Gesellschaft spricht Montag den 25. Januar, abends 8 Uhr, im Künstlerhaus Dr. Otto Kiepling aus Berlin über Selma Lagerlöf. Nächster Vortrag am 15. Februar: Kurt Martens (München) und Anna Croissant-Rust: Eigene Dichtungen.

Im Literarischen Verein spricht nächsten Dienstag 8 Uhr in den Drei Raben Herr Dr. Paul Fechter über den dänischen Dichter Johannes V. Jensen.

Spitteler-Abend. Mittwoch den 27. Januar von abends 8 Uhr an auf dem Königl. Belvedere: Neben Otto Schabbel aus Zürich, der über den Dichter sprechen wird, wird die Konzertsängerin Ende Ostermann mitwirken. Sie wird, begleitet von Professor Bertrand Roth, die Glockenlieder, komponiert von M. v. Schillings, singen. Eintrittskarten zu 2 M. bei Gebrüder Bieber, Seestraße 2.

Dem Andenken Ernst von Wildenbruchs ist einer der von dem Inhaber der Zittmannschen Buchhandlung arrangierten Vortragsabende gewidmet. Herr Lothar Mehnert wird am 8. Februar Dichtungen des Dahingeschiedenen, in denen seine warm lebensvolle Persönlichkeit besonders leuchtend hervortritt, vortragen. — Der literarische Verein gedenkt Dienstag den 9. Februar in den Drei Raben für Ernst v. Wildenbruch eine würdige Gedächtnisfeier zu veranstalten, zu welcher Herr Dr. Friedrich Kummer eine Ansprache halten und Herr Baron Gotta von der Kopp Dichtungen Wildenbruchs vortragen wird.

Leben ◉ Wissen ◉ Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 19 Dresden 25. Januar 1909

Schubert als Komponist der Goetheschen Dichtung*

Das Lied ist urdeutsch, zum mindesten urgermanisch, und von einer solchen Eigenart, daß die Romanen zu seiner Bezeichnung kein Wort, das den Sinn völlig wiedergibt, besitzen: „le lied" sagen die Franzosen, deren „romance" und „chanson" etwas von unserem Lied völlig Verschiedenes bezeichnen; die fadlele „Marguerite" gegenüber dem gemütvollen deutschen „Gretchen" würde den Gegensatz annähernd treffen. Goethe, der im Gretchen jenem sinnigen deutschen Mädchencharakter ewigen Ausdruck verliehen, war es auch, der das deutsche Lied, jenes Aschenbrödel, das so lange verachtet und verkannt nur beim „gemeinen" Volk eine Zufluchtsstätte gefunden hatte, wiederum pflegte und ihm, befruchtet von seinem wunderbaren Genius, aufs neue herrliche Blüten entsprießen ließ. Goethes Lyrik, durchaus im Volkslied wurzelnd, mußte so der Ausgangspunkt des neuen musikalischen Liedes werden. So war es denn auch Goethes der Romantik geheiligter Name, an dessen Altare Arnim und Brentano ihre wundersame Sammlung alter deutscher Lieder, „Des Knaben Wunderhorn" genannt, niederlegten im Jahre 1806, dem Jahre der tiefsten Erniedrigung Deutschlands. Die rechten romantischen Weisen aber, die Goethes Gedichten die „Flügel des Gesanges" verleihen sollten, sie erstanden erst nach dem denkwürdigen Jahre, das mit der Befreiung Deutschlands zugleich die Geburt der musikalischen Romantik bedeutete. „Nur nicht lesen, immer singen, und ein jedes Blatt ist dein" hatte Goethe einst den Tondichter zugerufen; manche, darunter ein Mozart und Beethoven, ein Zelter und Reichardt hatten bereits das Wort beherzigt, noch aber hatte keiner von allen diesen den romantischen Geist in Goethes Lyrik erfaßt: da kam Schubert.

Am 19. Oktober 1814 komponierte der noch nicht 18jährige Schubert Goethes „Gretchen am Spinnrad". Zum ersten Male lodert der Genius des jungen Meisters, entzündet am Genius des größten deutschen Dichters, zu heller Flamme auf: ein Meistergesang war entstanden. Vorüber waren die tastenden Versuche der vorhergehenden Jahre, da er sich vornehmlich an Schillerschen und Matthissonschen Gedichten versucht hatte, wo er noch in der Nachahmung älterer Muster, besonders der Lieder des feinsinnigen Zumsteeg befangen war, ohne in diesen verwaschenen Schöpfungen seine wirkliche Eigenart gefunden zu haben, so überraschend auch manche Einzelheiten dieser Erstlingswerke anmuten. Nun war der Bann gebrochen durch Goethes Zauberwort. „In der Umgebung, in der das Gretchenlied geschaffen ist", sagt Mandyczewski, der ausgezeichnete Herausgeber der Gesamtausgabe, „nimmt sich dieses Stück wie eine Vision aus". Scharf ausgeprägte, einheitliche Stimmung, folgerichtige musikalische Entwicklung, Freiheit in der Behandlung der Tonart, Eigenart in der Melodie, kurz, fast alles, was Schubert später zum bedeutenden Komponisten gemacht hat, tritt hier mit einem Schlage auf. Daß sich dieses Lied so heftig seinem bewegten Innern entrang, muß ihm über sich selbst die Augen geöffnet und in ihm eine ungeheure Wandlung verursacht haben. Denn alsobald wendet er sich mit einem unbezwinglichen, ihm selbst noch unbekannten und nur bei einem Genie von solcher Gewalt erklärlichen Fleiße der Komposition von Liedern zu. Goethe bleibt nun sein Leitstern, und wie es in Schuberts Gewohnheit lag, seitenweise die Lyrik eines Dichters in Musik zu setzen, so blieb er zunächst Goethe treu, indem er noch im gleichen Jahre fünf seiner Gedichte komponierte, darunter auch die Domszene aus „Faust" gleich in zwei Bearbeitungen. So leicht Schubert auch erfand, so wenig leichtfertig war er doch in der Ausführung. In großen Zügen entwarf er jedes Lied, doch nicht immer war es mit dem ersten Einfall zufrieden. Die meisten seiner Lieder, namentlich jene der früheren Zeit, hat er zweimal, viele, auch spätere, dreimal, ja sogar viermal niedergeschrieben, und fast jedesmal brachte er dabei kleinere oder größere Verbesserungen und Aenderungen an, die zeigen, mit welcher Sorgfalt, Liebe und Kenntnis er bei allem Schwunge seiner Phantasie auch das einzelne zu behandeln wußte. Auch dieser Götterliebling hat gleich Mozart der strenge Arbeit nie gescheut und erst hierdurch seinem Genius das Rechte und Höchste abgerungen.

Gretchen am Spinnrad, sein Erstlingswerk (später als Op. 2 erschienen — die Opuszahlen bei Schubert sind für die Entstehung keineswegs maßgebend), zeigt bereits eine Schubertsche Eigentümlichkeit, die sich noch weiterhin aufs schärfste ausprägen sollte: den Zug zum Dramatischen. Jenes unablässig rollende Begleitmotiv des Klaviers, das nicht nur auf die Bewegung des Spinnrades, sondern fast noch mehr auf die Gretchen unablässig folternde Qual hindeutet, zaubert sofort die dramatische Szene vors Auge, während das Ohr darüber jene traurigsüße Weise, gesungen von fast schmerzerstickter Stimme, vernimmt. Einen Augenblick, beim Gedanken an die Liebesstunden, stockt jene unruhvolle Bewegung, dann aber wieder beginnt die alte Qual, die alte Müh aufs neue, unerbittlich sich forttreibend bis zur Verzweiflung. Daß dieses Lied nicht großartiger und ergreifender in Musik gesetzt werden könne, als es Schubert gelang, darüber herrscht heute kein Zweifel. Daß aber diese dramatische Auffassung seiner Lyrik der vom Volkslied und dessen schlichter Weise ausgehenden Anschauung des Dichters nicht entsprach, und daß Goethe damit in mancher Hinsicht ein nachbrechiges stilistisches Prinzip wahrte, ist ebenso sicher. Goethe wünschte stets Musik zu seiner Lyrik, und er betonte „mit einfachen treuen Worten" dem Komponisten Tomaschek gegenüber, der manches Goethesche Lied schlicht und sinnig vertont hatte, daß er seinen „so mannigfachen, unter den verschiedensten Anlässen entstandenen Liedern nur dann eine innere Uebereinstimmung und ideelle Ganzheit zuschreiben" dürfe, „als der Tonkünstler sie auch in die Einheit seines Gefühles nochmals aufnehmen und, als wären sie ein Ganzes, nach seiner Weise durchführen wolle". Daß Goethe, der hiermit dem Komponisten gewissermaßen einen Freibrief ausgestellt hatte, doch von dieser „Weise" ganz bestimmte, Schubert manchmal entgegengesetzte Anschauungen hatte, dies zeigte er in so mancher anderen Aeußerung, z. B. in den Annalen 1801. So riet er einmal dem Komponisten Kayser, „das Akkompagnement sehr mäßig zu halten, nur in der Mäßigkeit ist der Reichtum". Mit diesen — in dieser Hinsicht wohlbegründeten — Anschauungen mußte aber Goethe in einen Konflikt mit dem musikalischen Zeitgeist geraten, der immer mehr auf reichere Ausgestaltung der Begleitung hindrängte, um in ihr alle feinsten Unterströmungen des singenden Individuums aufs feinste zur Wirkung kommen zu lassen. Diesem neuen Ideal, das sich in schärfsten Gegensatz zu dem der älteren, mit Goethe befreundeten Meister des Liedes Zelter und Reichardt setzte, verhalf das Genie Schuberts gerade an Goetheschen Dichtungen zum Durchbruch, und von hier aus gingen alle jene Fäden, die das 19. Jahrhundert zu den folgenden Meistern des Liedes, insbesondere Schumann, Cornelius und Hugo Wolf spann. Diese dramatische Gestaltung fand dann bereits im folgenden Jahre (1815) ihren gewaltigen Ausdruck in Schuberts „Erlkönig", welcher einer seiner Geniesschöpfungen, denen gegenüber es nur Staunen und Bewunderung gibt. Ob Schubert hier den Balladencharakter wirklich getroffen, ist eine relativ belanglose Frage angesichts der vollendeten Plastik seiner Gestaltung. Welche stilistischen Unterschiede er dem Loeweschen Erlkönig gegenüber aufweist, mag später noch erörtert werden. Daß Schubert auch jene andere einfach-strophische mäßige Gestaltung als Meister beherrschte, daß er mit den geringsten Begleitungsmitteln auszukommen vermochte, hat er in unzähligen anderen Kompositionen auch Goethescher Dichtungen, bewiesen. Man denke nur an das entzückende „Heidenröslein", im selben Jahre 1815 entstanden und an einem Tage komponiert (19. August) mit drei anderen Goetheliedern, darunter „Rattenfänger", „Schatzgräber", „Bundeslied" und „An den Mond" — eine schier unbegreifliche Fruchtbarkeit! Aus der großen Zahl der Goethelieder (30) dieses Jahres seien nur noch die Gesänge Mignons und des Harfners erwähnt, die hier zum ersten Male von Schubert vertont wurden. Unablässig fühlte sich Schubert zu den beiden Gestalten des Goetheschen Romans hingezogen, deren gerade die Romantik über alles verehrte; 1816 versuchte er wiederum, die rechten Töne zu finden, und nochmals zehn Jahre später, auf der Höhe der Meisterschaft, hat ihn Mignon zu erneuter Gestaltung — zum letzten Male hatte sich der Meister mit der Muse Goethes vermählt. Im ganzen hat Schubert 59 Dichtungen Goethes als einstimmige Lieder komponiert, sechs doppelt, eine dreifach und eine vierfach — die edlen Suleikagesänge, deren Dichtung eigentlich von Marianne v. Willemer stammt, als Goethesche Gedichte mitgezählt. Und der Fülle des Wunderbaren, das Goethe in Schuberts Tönen wirkt, seien hier nur noch hervorgehoben neben dem herrlichen Gebetsruf (Geistlicher Diwan) die drei gewaltigen Gesänge: An Schwager Kronos (1816), Prometheus (1819) und Grenzen der Menschheit (1821), drei Gesänge, von denen jeder einzelne bereits genügen würde, Schubert die Unsterblichkeit zu sichern. Die Behandlung der Sprache in einer eigenartig deklamatorisch-ariosischen Art, die Aehnlichkeit der ins feinste [illegible], [illegible] die schwungvollen Begleitung

* Wir entnehmen mit Erlaubnis der Verlagsbuchhandlung B. G. Teubner in Leipzig die obenstehenden Ausführungen dem in der bekannten Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens „Aus Natur und Geisteswelt" erschienenen Bande: Die Blütezeit der musikalischen Romantik in Deutschland von Dr. Edgar Istel in München. (239. Bd. 1. geh. 1 M., in Leinwand geb. 1,25 M.)

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090125/9
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

[illegible] die gleichzeitig das [illegible] Gedichte einer [illegible] und die [illegible] damit [illegible] Beziehung auf die [illegible] zu unmittelbarer [illegible] bringt, daß beides [illegible] Dichter [illegible] und die [illegible] des [illegible] Gesehenen und geistig Geschauten [illegible] konnte.

Unerschöpflich ist die Fülle der Lyrik aller Zeiten, die Schubert seiner Kunst zugeführt hat, und Schumann mag wohl recht haben mit der Behauptung, Schubert, dieser „heiligste Künstler", hätte „nach und nach wohl die ganze deutsche Literatur in Musik gesetzt". Bewundernswert ist die feinsinnige Auswahl, die Schubert aus der Fülle der Gedichte traf, die ihm in die Hände fiel; sie hätte für seine Zwecke kaum besser sein können. Einmal über die ersten Anfänge hinaus, beurteilte er die Gedichte, wenn die Gesamtausgabe beweist, immer nur nach ihrem Grundgedanken, ihrem allgemeinen Charakter. Es ist ihm gleich, in welcher Form sie sich darbieten. Nachdem er mit Beherrschung der musikalischen Form gelernt hatte, ein Gedicht als Ganzes aufzufassen, so daß die Komposition gleich als Ganzes fertig vor des Schöpfers geistigem Auge steht, entwickelte er mit der Aufnahme der verschiedenartigsten Anregungen aus der gleichzeitigen Literatur die Kunst, jeder Stimmung den richtigen Ausdruck zu verleihen, und innerhalb der Grenzen des Ganzen auch dem einzelnen gerecht zu werden. Schubert hatte in ganz außerordentlichem Maße die Fähigkeit, die Gedichte seiner Wahl bis in die verborgensten Einzelheiten mitzuempfinden, ihren Inhalt gleichsam nochmals selbst zu erleben. Diese Tiefe der künstlerischen Empfindung befähigte ihn, im Verein mit dem immer mächtiger werdenden Strom musikalischer Erfindung, für jeden Dichter neue Töne anzuschlagen, jedem Liede einen besonderen, aus der Eigenart der Dichtung hervorgehenden Charakter aufzuprägen.

---

28)

Erich Hetebrink

Roman von Ilse Frapan

Der behäbige Mann runzelte verständnislos die Brauen. „Na, und so einer bist du?" fragte er voller Unschuld, aber zugleich voll Empörung gegen „solche Leute".

„Ich? O nein! Mir ist sehr vieles heilig, die Wahrheit vor allem," und Erich sah an die Zimmerdecke hinauf. „Mit solchen Menschen ist doch kein Verständnis möglich," grollte er bei sich.

„So? Na, und warum willst du denn nicht schwören?" erkundigte sich der Chef verbissen.

Erich schenkte sich noch einmal Wasser ein.

„Privatansichten."

„Nee du, das verbitt ich mir!" Der Onkel stemmte die merklich bebende Hand auf die grüne Tuchplatte. „Da irrst du dich gewaltig; ein Angestellter im Geschäft kann sich keinen Privatansichten hingeben, noch dazu über so was. Das fällt auf meine Firma," sagte er großartig.

In Erichs Kopfe brauste es wie ein Wasserfall. „Warum ist es nicht mit dem Ehrenwort genug?" sagte er mit schwerer Zunge.

Onkel Aloys murrte. „Je du, das weiß ich nicht, geht mich auch nichts an — das werden wohl die Leute wissen, die das gemacht haben."

„Sind ja auch nur Menschen, Onkel."

Da ward der Alte grimmig. „Aber deine Vorgesetzten, den Teufel auch!" schrie er mit kaum unterdrückter Wut. „Was nimmst du dir heraus, du? Was bist du für 'n Wichtigtuer mit deiner werten Person? Du willst deinen Willen durchsetzen, wo du gehorchen sollst, weiter nichts."

„Meine Aufrichtigkeit hat noch niemand bezweifelt," rief Erich aufbrausend.

Aber der Onkel wehrte ab. Er brauche Leute in seinem Geschäft, die der Obrigkeit gehorchen und sich nicht anmaßend betragen, wenn man ihnen den Kopf zurechtsetzt. „So 'n junger Mensch, der nichts ist und nichts hat und will kommen und angesehene Leute belehren und sogar Geschäftsinhaber," sagte er und wurde immer wütender, bis sein Kopf ganz rot und voll von aufsteigendem Blute war.

„Ich habe mich deiner angenommen, ich hab dich sozusagen zum Kompagnon gemacht! Was ist der Dank dafür? Nichts als Verluste und Aerger! Aber so seid ihr alle! Aufbegehren, Privatansichten [illegible], die Nase in die Bücher stecken statt ins Geschäft und schließlich noch froh sein, wenn einer kommt, der über eure Schulden 'nen Strich macht! So ist dein Vater gewesen, so bist du!"

„Laß Papa aus dem Spiel!" schrie Erich, den letzten Rest von Ruhe verlierend, und faßte nach der Hand des Onkels. Der sah ihn groß an, zog seine Hand an sich und knurrte:

„Dein Vater hat es zu nichts gebracht, und du bringst es auch zu nichts! Wo sind die Fünfzehntausend, die du abzahlen wolltest, he?"

Erich ergriff das [illegible], das auf dem Schreibtisch lag, [illegible] beiden [illegible] damit auf die Platte.

„Von dem erbärmlichen Gehalt, das du mir gibst, hab ich dir zweitausend Mark zurückgezahlt, wie du weißt," sagte er heiser, aber ziemlich ruhig. „Ich verlange, daß du nie mehr von Fünfzehntausend sprichst, verstehst du, Onkel, denn Papas Schuld beträgt jetzt Dreizehntausend. Ferner will ich dir sagen, daß es nichts Schrecklicheres gibt, als bei reichen Verwandten in Stellung zu sein, und drittens kündige ich dir hiermit meine Stellung auf."

Er warf das Lineal krachend zu Boden und wollte hinausgehen.

„Du bist wohl so freundlich, mir meine Kündigung zu bestätigen," sagte er, an der Tür stehenbleibend, denn Herr Schäfer saß da, ohne zu antworten.

„Das muß schriftlich eingereicht werden, wie [illegible], soviel ich weiß, im Kontrakt miteinander. Setz dein Gesuch auf, wenn es dir Ernst damit ist," brummte der Chef, ihm den Rücken zuwendend.

„Gut, gut, soll sofort geschehen," und Erich faßte den Drücker.

„Sofort?" rief es hinter ihm. „Du hast noch 'n Berg Zeit. Dreiviertel Jahr."

Erich kam ins Zimmer zurück. Er sah jetzt, daß der Onkel ihn halten wollte, und Genugtuung und Widerwillen stritten in seiner Seele.

„Es wäre mir lieber, wenn ich gleich fort könnte," sagte er in geschäftsmäßigem Ton. „Wir können den Kontrakt nach gegenseitiger Uebereinkunft aufheben."

Er bekam keine Antwort. Der Onkel hatte seinen roten Kopf über die Papiere vor sich gebeugt und schien darin zu lesen.

Noch einige Augenblicke stand Erich wartend da. Dann sagte er laut:

„Für den Fall jedoch, daß der Kontrakt bindend bleibt, verlange ich dein Versprechen. Ich will nie wieder behandelt werden wie heute, verstehst du? Verstehst du?" wiederholte er lauter.

Ein unverständlicher Laut kam aus dem Munde des Chefs, er bewegte sich nicht.

„Ich habe mir nichts zuschulden kommen lassen, zweitausend hab ich abgezahlt, und das übrige werde ich später — du aber hast mich von Anfang an unter ganz anderen Bedingungen als versprochen waren, angestellt und ohne alle Achtung behandelt. Das lasse ich mir nicht länger gefallen, und wenn du zehnmal mein Onkel und mein Chef bist!" rief Erich an der Tür, froh, einmal sein Herz zu erleichtern, und so sehr mit sich beschäftigt, daß er nicht auf Herrn Schäfers sonderbares Dahocken und Schweigen achtete.

Plötzlich stammelte Onkel Aloys mit gleichsam schnarchender Stimme, die wie aus weiter Ferne zu kommen schien: „Unwohl! Doktor holen," und eine Art Krampf verzerrte sein rotes blankes Gesicht. Da sprang Erich mit langen, erschrockenen Schritten herzu, und während er den, wie es schien, fast Bewußtlosen mit einer Hand stützte, läutete er mit der andern Sturm ins Kontor der jungen Leute hinüber. Der Prokurist und der Kontorbote waren die ersten, die kamen. Mit ihrer Hilfe trug Erich den Onkel, auf dessen Gesicht der Krampf weiterspielte, zum Sofa und bettete ihn hoch. Das Privatkontor füllte sich mit entsetzten neugierigen Gesichtern. Der Arzt von gegenüber kam nach wenigen Minuten. Er warf einen Blick auf das Sofa mit dem Kranken, zu dessen Häupten Erich stand und [illegible]. Erich hatte bereits eine nasse Serviette auf die Stirn des Onkels gelegt.

„Ein plötzliches Unwohlsein, eine Ohnmacht," sagte Erich mit zitternder Stimme.

„Herr Schäfer hat schwere Aufregung gehabt?" wurde er gefragt.

„Ja," sagte Erich.

„Schicken Sie die Leute hinaus und —" es folgten die Anweisungen; sehr schnell sollte alles gehen.

Das Einfachste war das Schwerste — woher nimmt man nasse Leibtücher in einem Geschäftshause, das nur Kontore enthält?

Aber der Kontorbote fand sie endlich doch, und was schadete es, daß es alte geflickte Tücher aus einer [illegible] waren? Erich faßte tüchtig mit an. Er war es, der den Onkel auf Geheiß des Arztes entkleidete und den großen, dicken weißen Körper mit Hilfe des Kontorboten auf dem Fußboden in die nassen Tücher einschlug. Das Gesicht des Kranken hörte zu zucken auf, die Augenlider bewegten sich.

„Doch nichts Ernsthaftes?" fragte Erich, der endlich Worte fand.

[illegible] „[illegible] — der Herr Schäfer [illegible] gehabt?"

„Ja," sagte Erich, und es war ihm elend zumute, als wäre diese ganze schreckliche Erkrankung sein Werk. Das bläuliche Rot zog merkbar ab, der Kopf des Kranken starrte nicht mehr Schrecken verbreitend aus den Tüchern. Niemand im Kontor arbeitete; es mußte im Privatkontor ein Bett für die Nacht aufgerichtet werden, und der Prokurist holte Eis für Umschläge, denn den Kranken könnte man nicht transportieren, sagte der Arzt. Erich betreute ihn den ganzen Tag, und auch die Nacht blieb er bei ihm, obgleich Frau Hetebrink ihn hatte nach Hause schicken wollen.

Sie war ganz außer sich — die gute Frau Hetebrink, sprudelte in ihrem Schrecken alles heraus. Gerade gestern hatte sie einen Brief von Robert, dem Verschollenen, bekommen. Er war Zitronenpflücker in Kalifornien, hoffte aber mit Onkel Aloys' Hilfe selbst eine kleine Zitronenpflanzung zu kaufen, denn der gute Onkel Aloys hatte ihm schon zweitausend Mark zugesagt!

„Er hat immer was für Robert übriggehabt, und nun muß er so daliegen. Was is das einmal schrecklich!" weinte Frau Hetebrink.

Erich aber fiel aus einem Traum in den andern, aus einem Gefühl in das andere. Es schien ihm, daß der Onkel mit Absicht krank geworden ist, um ihn zu bestrafen und zu erschrecken. Und Robert ist in Kalifornien, wo ewiger Frühling ist, wo die Kolibris fliegen und wo [illegible] sind! Und die zweitausend Mark, die er sich abgedarbt, um dem habsüchtigen Onkel die Schulden seines Vaters zu bezahlen, hat dieser selbe Onkel dem Landstreicher zu geben versprochen, der sich damit ankaufen wird.

„Gott, Erich, warum lachst du mit eins? Hier ist doch nichts zu lachen! — Will's Gott, wird Onkel Aloys wieder gesund — aber du hast ja 'n ganzen Berg zu tun! All's allein!" nickte Frau Hetebrink, als sie um Mitternacht aus dem in ein Krankenzimmer umgewandelten Kontor Abschied nahm, um ihr Bett aufzusuchen. Sie war nur froh, daß Erich „das mit Robert" nun auch gleich wußte.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Dresdner Konzerte

In den letzten sechs Wochentagen habe ich neun Konzerte besucht, deren Ergebnis einer Erwähnung wert. In diesen neun Konzerten waren Klavierspieler, Violinisten, Violoncellisten, Organisten, Sänger, Orchester- und Männerchorleistungen zu hören, und auch ein Teil der aufgeführten Kompositionen verdient kritische Worte. Die Auswahl ist also groß. Das freilich, was mir jetzt, am Sonntag nachmittag, da ich schreibe, noch als besonders genußvoll in Erinnerung ist, ist nicht so viel. Denke ich genau nach, um zum endgültigen Schluß zu kommen, so heben sich drei Dinge aus der Vielheit heraus. Das ist erstens die G-Moll-Suite, für Violine allein, von Paganini, die Jan Kubelik am Montag spielte. Da klang mehr als nur Technik heraus. Ich dachte an [illegible] Klagen gegenüber [illegible] Menschen oder an [illegible], wenn man weiß, der ein [illegible] laut an unser Ohr, in unsere Seele bringt. [illegible] gesagt, daß Kubelik weder an das eine noch an das andere dachte, sondern dem Spiel nur seinen Klangsinn [illegible], der ihm [illegible], die Eigenart seiner Violine auszunutzen und die Tremolo-Akkorde auf der unteren Saite [illegible] zu haben, als die [illegible] auf der [illegible] klingende Melodie. [illegible] — Zum andern aber war es sehr schön, als Emil Sauer am Sonnabend die [illegible] Stücke von ihm spielte. Es war Klavierspiel, dessen [illegible] Musiker war. Sauer kann die [illegible] Klavier [illegible]. Und der [illegible] (Erinnerungs-Stücke), die ganz auf Duft und [illegible] ist, wurde unter seinen Händen zu einer [illegible] Vollkommenheit an Feinheit und [illegible] des Klavierspiels [illegible] Sauer kann an der Grenze der Pianisten. Er ist [illegible] der Unterhaltsmusik [illegible]. In seinem Spiel liegt [illegible]. [illegible] Aber man [illegible] bei ihm [illegible] Gemeinplätzen an den Kompositionen. [illegible] Sie komponiert. [illegible] Konzerte [illegible] Bernhard [illegible] Klassikkonzerte . . .

Und zum dritten [illegible] herausgehoben, wie Elena Gerhardt am Mittwoch „[illegible]" von [illegible], „Ueber allen Gipfeln ist Ruh'". Das war zum Erleben. [illegible] Künstlerin nicht zu sehen. Das Lied ist [illegible] Gedicht. Die [illegible] dieser Gebilde sind [illegible]. Wenn man deshalb einen [illegible] kritischen Maß-[illegible]

[illegible] —

Violinisten:

Waclaw Kochanski gab am Donnerstag einen Violinabend [illegible]. Er ist ein Violinspieler von nicht [illegible] im Konzert [illegible] Alexander [illegible] [illegible]

Wenn ich diesmal von dem Orgelabend Alfred Sittards ohne Erörterung schreibe, so lag es nicht am Konzertgeber, sondern an einer Komposition: Präludium und Doppelfuge in C-Moll von Friedrich Klose. Das Werk ist dem Andenken Anton Bruckners gewidmet; aber dessen großartige Kraft sucht man vergeblich darin. Das Präludium [illegible] noch durch manche Tonkombination [illegible], kleinlich aber ist die Fuge. Weder thematisch noch harmonisch hebt sie sich zu größeren Einheiten. Auch der bombastische Schluß, bei dem schließlich zwölf Trompeten und Posaunen zusammen mit der Orgel blasen, [illegible]. Lieder von Adolph W. Böhm, die Frau Böhm van Endert sang, waren wohl ursprünglich kaum für Orgelbegleitung gedacht; denn aus dem zweiten, „Sternennacht", vermochte Sittards große Registrierkunst Farbe abzugewinnen. Die Lieder selbst zählen nicht zu den besten Werken Böhms; [illegible] Lieder von ihm, die prägnantere musikalische Bilder geben. — Auch beim Organisten Heinrich Kaspar Schmid [illegible], der mit Unterstützung einer [illegible] hellen Sopran [illegible] Münchner Sängerin [illegible] acht Lieder vortrug. [illegible] „Das Vöglein [illegible]" [illegible] Monja Freitag-Winkler [illegible]

Freundliche Eindrücke hinterließ am Sonnabend Doris Walde in einem Konzert, das die Männergesangvereine [illegible], Keramik-Dresden-A. und Vereinigte Turner und Sänger-Uebigau-Pieschen veranstaltet hatten. [illegible] Otto Neubert [illegible] —

Die Vereinigung der Musikfreunde gab am Dienstag ihr drittes Konzert. [illegible] Georg [illegible] Ernst Kraus von der Berliner Hofoper. [illegible] „Die heiligen drei Könige aus Morgenland" [illegible] Jacques von Lier. [illegible] Die Gewerbehauskapelle [illegible] —a.

Kunstgewerbe

Dresdner Kunstgewerbeverein. Die 1. Abteilung der diesjährigen Fachausstellungen im Kunstgewerbemuseum, [illegible] 34, wird Sonntag den 7. Februar, vormittags 11 Uhr, eröffnet. Der Besuch der Fachausstellungen im Vorjahr (über [illegible] Personen) hat gezeigt, welch großes Interesse das Dresdner Publikum den Arbeiten unserer Meister im Kunsthandwerk entgegenbringt. Die [illegible] Wettbewerbsaufgaben, welche in Verbindung mit diesen Ausstellungen wieder zu lösen sind, sollen den Sinn für Qualität in bezug auf Geschmack und Technik weiter fördern helfen. Die 1. Abteilung umfaßt Arbeiten der Buch- und Steindruckerei, Lithographie, Buchbinderei, dekorativen Malerei und Plastik. Als Preisaufgaben sind gestellt für die Abteilung der:

Buch- und Steindrucker und Lithographen (fällig bis mit 3. Februar): 1. Diplom für die Auszeichnungen der Fachausstellungen,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090125/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG